

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Bassam Tibi

Der Irak und der Golfkrieg

Gunther Hellmann

Der Krieg um Kuwait:  
Katalysator einer „neuen Weltordnung“  
oder Vorbote neuer Konflikte?

Ferhad Ibrahim

Saudi-Arabien im nahöstlichen  
regionalen System

Andreas Rieck

Der Golfkrieg als Schlüsselereignis  
für den arabisch-israelischen Konflikt

B 7-8/91  
8. Februar 1991

**Bassam Tibi**, Dr. phil. habil., geb. 1944 in Damaskus; Studium der Philosophie, der Sozialwissenschaften und der Geschichte; Promotion in Frankfurt; Habilitation in Hamburg; seit 1973 Professor für Internationale Politik an der Universität Göttingen, zugleich 1988–1990 Research Associate an der Harvard University.

Veröffentlichungen u. a.: Der Islam und das Problem der kulturellen Bewältigung sozialen Wandels, Frankfurt 1985. Vom Gottesreich zum Nationalstaat, Frankfurt 1987; Konfliktregion Naher Osten, München 1989; Die Krise des modernen Islams, Frankfurt 1991; zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen der Dritten Welt.

**Gunther Hellmann**, MSFS (Master of Science in Foreign Service), geb. 1960; Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Philosophie in Freiburg, München und Washington D. C.; seit 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Arbeitsstelle für Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Freie Universität Berlin.

Veröffentlichung: Die Außenpolitik der USA im südlichen Afrika zwischen Anti-Apartheid und Anti-Kommunismus: War „Constructive Engagement“ zum Scheitern verurteilt?, in: Helga Haftendorn/Jakob Schissler (Hrsg.), Rekonstruktion amerikanischer Stärke? Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik der USA während der Reagan Administration, Berlin 1988.

**Ferhad Ibrahim**, Dr. phil., geb. 1950 in Amouda, Syrien; wissenschaftlicher Assistent am Fachbereich Politische Wissenschaft – Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients – der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Die Kurdische Nationalbewegung im Irak, Berlin 1983; Nationalstaaten, Minderheitenunterdrückung und Entstehung von Flüchtlingsproblemen, in: Abraham Ashkenasi (Hrsg.), Das weltweite Flüchtlingsproblem, Bremen 1988; zahlreiche Artikel in Fachzeitschriften.

**Andreas Rieck**, Dr. phil., geb. 1954; Studium der Islamwissenschaft und Politologie in Bonn und Hamburg; 1984–1987 Referent am Orient-Institut der DMG in Beirut/Libanon; seit 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Orient-Institut in Hamburg.

Veröffentlichungen u. a.: Unsere Wirtschaft (kommentierte Übersetzung von: M. B. Sadr, Iqtisaduna), Berlin 1984; Die Schiiten und der Kampf um den Libanon, Hamburg 1989; Aufsätze zum Libanon-, zum arabisch-israelischen Konflikt und zum Iran.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Die beiden Bände des Jahrgangs 1989 sind nur noch begrenzt vorrätig und können zum Preis von DM 25,— (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten bestellt werden.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Der Irak und der Golfkrieg

## Regionale Faktoren der irakischen Invasion Kuwaits

Trotz der Besetzung Kuwaits durch den Irak am 2. August 1990 saßen die Vertreter beider Staaten auf der OPEC-Konferenz vom Dezember 1990 als zwei der dreizehn Teilnehmer-Staaten nebeneinander, ohne einander anzugreifen oder politische Polemiken auszutragen. Diese OPEC-Konferenz war „die kürzeste und zugleich am wenigsten streitbeladene OPEC-Sitzung während der gesamten dreißigjährigen Geschichte dieser Organisation“<sup>1)</sup>. Der Vertreter des Irak begnügte sich dort mit der sachlichen Bemerkung, sein Land habe Kuwait angegriffen, weil die irakische Wirtschaft durch die „exzessive Öl-Produktion Kuwaits beeinträchtigt wurde“<sup>2)</sup>. Ehe Saddam Hussein seine Truppen am

2. August in Kuwait einmarschieren ließ und fünf Tage danach, am 7. August, durch die Erklärung des Jihad, des Heiligen Krieges<sup>3)</sup>, den Islam in diesen Konflikt einbezog, ging es nur um jene ökonomischen Belange, die der irakische Vertreter auf der angeführten OPEC-Sitzung ansprach. Warum entwickelte sich dieser zwischenstaatliche Konflikt zunächst zu einer regionalen Krise, die dann durch die Stationierung eines multinationalen militärischen Kontingents (rund 750 000 Soldaten, darunter der Kern von 430 000 US-Soldaten), und durch die Maßnahmen einer umfassenden Wirtschaftsblockade gleichermaßen politisch und ökonomisch internationalisiert worden ist?

### I. Die außenpolitischen Beweggründe Iraks in der Golf-Krise

Den Ausgangspunkt der Golf-Krise, die aus der irakischen Kuwait-Invasion hervorging, bildete ein lokaler Konflikt zwischen Irak und Kuwait, der auf die koloniale Grenzziehung beider Staaten zurückgeht. Die dem Konflikt zugrundeliegenden Faktoren wurden bereits in der Juli-Krise erkennbar, die der Invasion vom 2. August unmittelbar vorausgegangen war. Mit einer Ansprache Saddam Husseins, die am 17. Juli 1990 von Radio Bagdad aus-

gestrahlt wurde, löste der Irak einen zwischenstaatlichen Konflikt mit Kuwait aus<sup>4)</sup>.

Die Streitpunkte beschränkten sich in dieser frühen Phase des Konflikts auf das Ölfeld von Rumaila sowie auf die Ölproduktion Kuwaits und der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE); beide Staaten überschritten, so die Irakis, die ihnen von der OPEC zugestandenem Produktionsobergrenzen, die im OPEC-Quotensystem vereinbart worden sind. Im Sinne einer „Entschädigung“ forderte die irakische Regierung umfangreiche finanzielle Leistungen. Die Forderungen Iraks an Kuwait bezogen sich damit zunächst ausschließlich auf Zahlungsforderungen – territoriale Ansprüche auf die kuwaitischen Inseln Bubiyan und Warba waren noch von relativ untergeordneter Bedeutung.

Niemand konnte zu diesem Zeitpunkt wissen, was Saddam Hussein im Schilde führte, als er sich in den irakischen Massenmedien, die seinen Personenkult betreiben, als neuer Harun al-Raschid oder als Saladin al-Ayubi betiteln ließ. Bereits seit dem Ende des Krieges mit dem Iran waren Saddams Ansprüche auf die panarabische Führerschaft, die einst Nasser verkörpert hatte, nachdrücklicher gewor-

1) Yusef Ibrahim, OPEC Unites in Looking for a Post-Crisis Role, in: International Herald Tribune vom 17. Dezember 1990, S. 9. Zu den inneren OPEC-Problemen und zu dem Quotensystem vgl. Bassam Tibi, OPEC. 25-Jahr-Feier in einer Doppelkrise, in: Beiträge zur Konfliktforschung, 15 (1985) 4, S. 73–103.

2) Y. Ibrahim (Anm. 1).

3) Der arabische Text der Jihad-Erklärung ist abgedruckt in: Bulletin al-Muntada (Amman), 5 (1990) 4, S. 21–22. Saddam Hussein wiederholte diesen Aufruf am 5. September. Vgl. den Bericht: Iraq Chief Renews Jihad Call, in: International Herald Tribune vom 6. September 1990, S. 3.

Der vorliegende Aufsatz basiert auf Recherchen, die in Kairo (September und Dezember 1990) und Washington (August und November 1990) durchgeführt worden sind; er enthält zentrale Thesen meines auf dem Kairoer Symposium „Perspectives on the Gulf Crisis“ am 17. Dezember vorgetragenen Papers. Meine Mitarbeiter Kai Dierke, Anke Houben und Petra Geile von der Göttinger Abteilung für Internationale Beziehungen haben mir bei der Abfassung dieses Artikels dankenswerterweise assistiert.

4) Zu dieser Rede vgl. Arnold Hottinger, Irakische Drohungen gegen Kuwait und die VAE, in: Neue Zürcher Zeitung vom 20. Juli 1990, S. 3.

den. Im Verlaufe der Juli-Krise 1990 entwickelte sich der ursprünglich zwischenstaatliche Konflikt zwischen Irak und Kuwait durch die Involvierung weiterer arabischer Staaten, insbesondere Saudi-Arabiens und Ägyptens, zu einem regionalen Konflikt. Dabei schienen die Vermittlungsbemühungen des ägyptischen Präsidenten Mubarak zunächst Erfolg zu haben. Bei seinem Besuch in Bagdad erhielt er von Saddam Hussein die Zusage, zur Lösung des Konflikts keine Waffengewalt einzusetzen<sup>5)</sup>.

Tatsächlich wurden in der Folge irakische Truppen zeitweilig von der kuwaitischen Grenze abgezogen; der Konflikt verlor scheinbar an Brisanz. Auf dem Treffen zwischen irakischen und kuwaitischen Vertretern am 31. Juli 1990 in Dschidda deutete jedoch das Verhalten der irakischen Delegation auf ein Diktat, nicht auf eine Verhandlungslösung hin: Der Irak erhöhte seine finanziellen Forderungen noch und ließ den Kuwaitis damit keinerlei Raum für Verhandlungen. Diese fanden sich zwar bereit, die ursprünglichen Forderungen Iraks in Höhe von 2,4 Mrd. US-Dollar zu erfüllen. Sie waren jedoch nicht willens, sich allen überhöhten Forderungen Saddam Husseins — wie dem Erlaß der irakischen Schulden in Höhe von zehn Mrd. US-Dollar — zu fügen. Ebenso wie die Iraner im September 1980, so unterschätzten auch die Kuwaitis die aggressive Rhetorik und die Bereitschaft Saddam Husseins, seine militärische Stärke tatsächlich einzusetzen. Für gut informierte Experten kam die irakische Invasion Kuwaits indes nicht überraschend. Der in der gegenwärtigen Krise angemeldete Anspruch Iraks auf Kuwait ist nicht neu — er geht auf die dreißiger Jahre zurück.

Der Fokus der Weltpolitik auf Europa seit dem Frühjahr 1989 schien Saddam Hussein den geeigneten Moment zu bieten, diese alten irakischen Ansprüche zu realisieren. Mit Sicherheit jedoch hätte Saddam das Risiko einer Invasion Kuwaits nicht auf sich genommen, wenn er eine solche überwältigende weltweite Reaktion vorausgesehen hätte. Aber nicht nur die Konzentration der Weltpolitik auf Europa im Rahmen der Auflösung der Nachkriegsordnung hat Saddam Hussein wähen lassen, daß die Welt ihn bis auf verbale Proteste mit der „Beute“ Kuwait würde laufen lassen. Auch die falsche Annahme einer immer noch bestehenden bipolaren Weltordnung, die staatlichen Akteuren in regionalen Konflikten (Klienten) erlaubt, die Spannungen und den Wettbewerb der Supermächte als

<sup>5)</sup> Vgl. Viktor Kocher, Schwierige Vermittlung Mubaraks in Bagdad, in: Neue Zürcher Zeitung vom 27. Juli 1990, S. 1.

ihre Patrone für sich zu nutzen<sup>6)</sup>, lag der irakischen Invasion Kuwaits zugrunde. Dies belegen die erfolglosen Versuche des Irak, die Sowjetunion für sich zu aktivieren. Der irakische Außenminister Tariq Aziz reiste noch vor dem sowjetisch-amerikanischen Gipfel von Helsinki nach Moskau, um Gorbatschow für den Irak zu gewinnen, und er mußte mit leeren Händen nach Bagdad zurückkehren<sup>7)</sup>. Wie fremd die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges<sup>8)</sup> für Saddam Hussein scheint, davon zeugt seine Botschaft an Gorbatschow am Vorabend des Helsinki-Gipfels. In dem offenen Schreiben fragt Saddam Gorbatschow, ob die Sowjetunion nunmehr aufgehört habe, als eine Supermacht zu existieren, und er fügt hinzu, Gorbatschow solle sich vergegenwärtigen, „daß Zweifel an der Stellung der Sowjetunion als einer Supermacht aufkommen, nachdem die USA nunmehr als einzige Weltmacht auftreten, ohne daß sie in ihrer Arroganz von einer anderen Macht zu einem Gleichgewicht gezwungen werden“<sup>9)</sup>.

Saddam Hussein fordert Gorbatschow in orientalischer Manier auf, es den Amerikanern zu zeigen. Die gemeinsame Erklärung von Bush und Gorbatschow<sup>10)</sup> muß Enttäuschung bei dem irakischen Diktator hervorgerufen haben. Die arabische Presse der Anti-Saddam-Front hat den Helsinki-Gipfel als „Beginn einer strategisch lang anhaltenden Supermacht-Allianz zur Bewältigung regionaler Konflikte im Nahen Osten und zur Überwindung von Despotien à la Saddam Hussein im Rahmen einer neuen Weltordnung nach dem Ende des Kalten Krieges“<sup>11)</sup> gedeutet. Die irakische Politik hat diese Entwicklung offensichtlich nicht berücksichtigt und basierte in den Anfängen der Eskalation des Konflikts zu einer Krise entsprechend auf falschen Annahmen, die in der Folge zu inadäquaten strategischen Entscheidungen führten.

<sup>6)</sup> Zu diesem Rahmen der Patron-Klient-Staaten-Beziehungen im Kontext regionaler Konflikte vgl. Bassam Tibi, Konfliktregion Naher Osten. Regionale Eigendynamik und Großmachtinteressen, München 1989.

<sup>7)</sup> Vgl. Michael Dobbs, Iraqi Official Makes His Case with Gorbachev, in: International Herald Tribune vom 6. September 1990, S. 1f.

<sup>8)</sup> Vgl. Bogdan Denitch, The End of the Cold War, Minneapolis 1990.

<sup>9)</sup> Saddam Hussein zit. nach John Burns, Hussein Says He Won't Budge, in: International Herald Tribune vom 10. September 1990, S. 6.

<sup>10)</sup> Der Text der gemeinsamen Erklärung von Bush und Gorbatschow ist abgedruckt in: Süddeutsche Zeitung vom 10. September 1990, S. 1.

<sup>11)</sup> Vgl. Bush wa Gorbatschow did Saddam (Bush und Gorbatschow gegen Saddam), in: al-Akhbar (Kairo) vom 10. September 1990. Vgl. auch den Bericht: al-Scharq al-Awsat ba'd Helsinki (Der Nahe Osten nach Helsinki), in: al-Ahram vom 17. September 1990, S. 5.

Die zentrale Fehlkalkulation ist die Wahl des Zeitpunkts für die Aktualisierung des irakischen Anspruchs auf Kuwait. Dieser Anspruch Iraks auf Kuwait ist nicht erst von Saddam Hussein erfunden worden. Bereits im Jahre 1961, im Zuge der Unabhängigkeitserklärung Kuwaits, hatte Irak unter dem damaligen Staatschef Qassem Ansprüche auf Kuwait als früheren Teil der osmanischen Provinz Basra erhoben<sup>12</sup>). Der territoriale Expansionismus Iraks gründete sich somit auf historische Ansprüche aus der osmanischen Zeit, während der Kuwait zu Irak gehört hatte<sup>13</sup>). Dabei ist zu bedenken, daß während der Zeit des Osmanischen Reiches — also bis zum Ende des Ersten Weltkrieges — Nationalstaaten im Nahen Osten nicht existierten<sup>14</sup>). Auch der Irak war zu diesem Zeitpunkt noch kein Nationalstaat (s. Karte S. 6). Er wurde erst im Jahre 1921 durch das Zusammenfügen der drei osmanischen Provinzen Bagdad, Mossul und Basra geschaffen<sup>15</sup>). Nach dem Sturz des Regimes von General Qassem im Februar 1963 und einer Zahlung Kuwaits an Irak in Höhe von 84 Mio. US-Dollar verlor der Konflikt vorübergehend an Schärfe. 1963 erkannte der Irak Kuwait als souveränen Staat förmlich an. Dennoch: Ungelöste Grenzfragen blieben weiterhin bestehen<sup>16</sup>). Besonders in Krisensituationen wurden vom Irak immer wieder territoriale Ansprüche erhoben, die entweder der Erpressung Kuwaits dienten oder das Ziel verfolgten, einen Zugang zum Golf auf Kosten Kuwaits zu erobern. Das Streben Iraks nach einer Überwindung seiner Situation als Quasi-Binnenland bildete oft die Hauptantriebskraft für dieses Verhalten<sup>17</sup>).

Das Scheitern der Dschidda-Verhandlungen zwischen dem Irak und Kuwait am 31. Juli führte zur irakischen Invasion Kuwaits<sup>18</sup>), die in der irakischen Propaganda als „Wiedereingliederung“ Kuwaits in das irakische „Mutterland“ gefeiert wurde. Der irakische Annexionsakt vom 8. August wurde vom Irak als „Wihda indimağiyya“<sup>19</sup>), d. h. als eine panarabische Vereinigung zwischen beiden Ländern, deklariert. Dieser Akt bringt die totalitäre Ideologie des Panarabismus, so wie sie von dem irakischen Regime der bisher säkular orientierten Baath-Partei vertreten worden ist, zum Ausdruck<sup>20</sup>).

Der in Irak fast wie ein Heiliger gefeierte geistige Vater dieses Panarabismus, Sati al-Husri, dessen Bild irakische Briefmarken zieren, hat sich in seinen Schriften für ein „arabisches 1871“ nach deutschem Vorbild, das von einem „arabischen Bismarck“ — wenn nötig auch mit militärischen Mitteln — zu realisieren ist<sup>21</sup>), eingesetzt. Saddam Hussein hat sich in dieser Rolle schon vor der Invasion Kuwaits gesehen. Neu nach der Invasion ist jedoch, daß Saddam Hussein, der bisher strikt die säkulare Position seiner Baath-Partei vertreten hat, nunmehr auch die Ideologie des islamischen Fundamentalismus in seine Legitimation einbaut. Im Kontext der Kuwait-Invasion und der nachfolgenden Stationierung US-amerikanischer Truppen in Saudi-Arabien wechselte Saddam Hussein von panarabischer zu fundamentalistischer Rhetorik. Indikator hierfür ist der Aufruf zum Heiligen Krieg gegen die „Ungläubigen“<sup>22</sup>). Unter muslimischen Fundamentalisten ist Saddam Hussein damit gegenwärtig einer der populärsten politischen Führer. Saudi-Arabien und Ägypten haben es vermocht, das islamische Establishment (Schriftgelehrte, Muftis, al-Azhar) auf ihre Seite zu bringen. Die Hauptströmung des politischen Islams steht heute jedoch eindeutig auf Saddam Husseins Seite<sup>23</sup>).

<sup>12</sup>) Mehr hierüber bei Uriel Dann, *Iraq under Qassem. A Political History 1958–1963*, New York 1969, bes. S. 352 f.

<sup>13</sup>) Zu einer völkerrechtlichen Bewertung des irakischen Anspruchs auf Kuwait vgl. die ältere, jedoch auch für die heutige Situation unverändert gültige Deutung von R. V. Pillai/M. Kumar, *The Political and Legal Status of Kuwait*, in: *International and Comparative Law Quarterly*, 11 (1962), S. 108–130.

<sup>14</sup>) Hierüber im einzelnen Bassam Tibi, *Vom Gottesreich zum Nationalstaat. Islam und panarabischer Nationalismus*, Frankfurt/M. 1987.

<sup>15</sup>) Zur Geschichte des Iraks seit seiner Konstituierung 1921 vgl. Phebe Marr, *The Modern History of Iraq*, Boulder/Col. 1985. Über den Irak unter der Baath-Partei Saddam Husseins vgl. Marion und Peter Sluglett, *Iraq Since 1959. From Revolution to Dictatorship*, London 1987, hier: Kap. 4, 5 und 6, bes. S. 205 ff. Vgl. auch Majid Khadduri, *Socialist Iraq. A Study in Iraqi Politics since 1968*, Washington 1978.

<sup>16</sup>) Mehr hierüber in dem Kapitel: *Iraq-Kuwait*, in: Alan Day (Hrsg.), *Border and Territorial Disputes*, London 1987<sup>2</sup>, S. 244–247.

<sup>17</sup>) Vgl. den Abschnitt: *Overcoming Landlock*, in: Christine M. Helms, *Iraq. Eastern Flank of the Arab World*, Washington D. C. 1987, S. 46–49. Allerdings ist die Angabe des irakischen Zugangs zum Golf mit 15 km falsch. Es handelt sich um einen um die Fao-Halbinsel zentrierten Küstenstreifen von ca. 50 Meilen, der aber für den Aufbau eines Tiefwasserhafens nicht geeignet ist.

<sup>18</sup>) Vgl. Bassam Tibi, *Die irakische Kuwait-Invasion und die Golf-Krise. Lokale und regionale Bestimmungsfaktoren eines internationalisierten Konflikts nach dem Ende des Kalten Krieges*, in: *Beiträge zur Konfliktforschung*, 20 (1990) 4, S. 5–34.

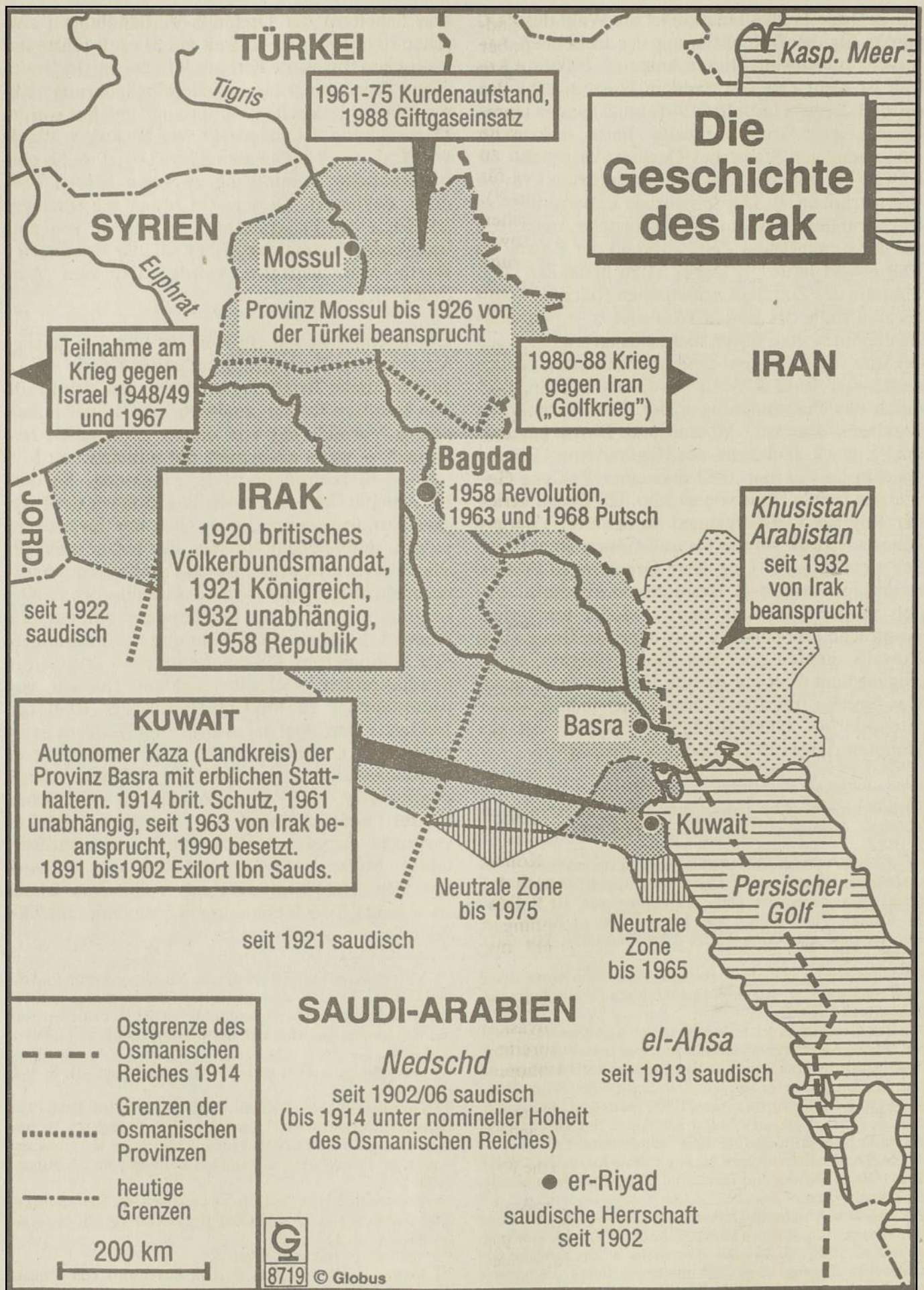
<sup>19</sup>) Der arabische Text ist in al-Muntada (Anm. 3), S. 19 f. enthalten.

<sup>20</sup>) Hierüber Samir al-Khalil, *The Republic of Fear. The Politics of Modern Iraq*, Berkeley 1989, bes. S. 147 ff. und dazu Bassam Tibi, *Saddam Hussein und seine Republik der Angst*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 29. August 1990, S. 4.

<sup>21</sup>) Über Sati al-Husri vgl. B. Tibi (Anm. 14), Kap. 3 und 4. Zum Einfluß von al-Husri auf die Baath vgl. S. al-Khalil (Anm. 20), S. 152–160.

<sup>22</sup>) Vgl. die Berichte in Anm. 3.

<sup>23</sup>) Mehr hierüber in dem Bericht aus Kairo von Bassam Tibi, *Dürfen sich Muslime von ‚Ungläubigen‘ verteidigen lassen?.* in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Oktober 1990, S. 8.



Vor der Irak-Kuwait-Krise galt der Irak unter Saddam Hussein als der Beschützer der Golf-Araber vor dem iranischen Expansionismus. Die Ängste der arabischen Führer vor den Bedrohungen des islamischen Fundamentalismus und dem entsprechenden Anspruch Khomeinis, seine „Islamische Revolution“ in die arabischen Nachbarstaaten zu exportieren, begründeten deren Unterstützung für Saddam Hussein während des Irak-Iran-Kriegs<sup>24</sup>). Ohne die finanzielle Hilfe durch die arabischen Staaten des Golf-Kooperationsrates (GCC) sowie die militärische und demographische Unterstützung durch Ägypten wäre der Irak nicht fähig gewesen, einen achtjährigen Krieg durchzustehen<sup>25</sup>). Obwohl die Scheichs der arabischen Golfstaaten ebenso wie die saudische Führung Saddam Hussein niemals hochschätzten, unterstützten sie ihn trotzdem für ihre Zwecke. Sie hatten nicht die Möglichkeit einkalkuliert, daß aus dieser Unterstützung ein „Monster“ erwachsen könnte, das sie in einem weit ernsthafteren Maße bedrohen würde als die Islamische Revolution Khomeinis. In der Tat ist die Gefahr eines Exports dieser Revolution stark übertrieben worden, wie der Verfasser bereits 1986 dargelegt hat; es wurde aufgezeigt, daß ein solcher Export der iranischen Revolution höchst unwahrscheinlich ist<sup>26</sup>).

Saddam Hussein hat die Ängste, die die iranische Revolution hervorrief, weidlich ausgenutzt. Saddam führte einen achtjährigen Krieg mit massiver arabischer Unterstützung und dennoch war er nicht in der Lage, diesen Krieg militärisch zu gewinnen. Nur der Gebrauch chemischer Waffen<sup>27</sup>) zwang Iran schließlich, einer Beendigung des Krieges zuzustimmen – wenn auch nicht zu Saddam Husseins Bedingungen. Für die irakische Bevölkerung, die diesen langen Krieg von 1980 bis 1988 durchleiden mußte, wird nicht nur das Friedensangebot ihres Präsidenten vom 16. August zu iranischen Konditionen<sup>28</sup>) ein wahrer Schock gewesen sein; auch der Aufruf Saddams an den Iran zu islamischer Solidarität ist nach seinen jahrelangen Beschimpfungen der Iraner als „furs majus/unreine Perser“ nur schwerlich nachzuvollziehen.

Kaum zwei Jahre nach dem Ende des Golf-Krieges startete Saddam am 2. August 1990 die Invasion Kuwaits. Nur der Bezug auf das weitverbreitete anti-ausländische Gefühl angesichts der Stationie-

rung fremder Truppen auf arabisch-muslimischem Boden ermöglichte ihm dabei, die panarabischen Emotionen – nun islamisch gepaart – zu instrumentalisieren<sup>29</sup>). Die in diesem Kontext wichtigsten Ansprechpartner sind die Palästinenser in Jordanien und den von Israel besetzten Gebieten. In diesen Zusammenhang ist auch die Initiative von Saddam Hussein vom 12. August einzuordnen, in der er die irakische Besetzung Kuwaits mit den israelisch besetzten Gebieten in Verbindung bringt und die Lösung der Golf-Krise mit der Lösung anderer Konflikte in der Region, insbesondere des Palästina-Konflikts, verknüpfen will<sup>30</sup>). Das israelische Massaker am Tempelberg, parallel zur extremistisch-zionistischen Beanspruchung des Geländes der al-Aqsa-Moschee (der drittichtigste islamische Schrein nach den Moscheen von Mekka und Medina), war das unerwartete „Geschenk Israels für Saddam Hussein“<sup>31</sup>). Diese Ereignisse haben zur Öffnung einer „zweiten Front im Golf-Konflikt“<sup>32</sup>) beigetragen.

Die zusätzliche Verbindung des panarabischen Gefühls mit dem islamischen Fundamentalismus in seiner propagandistischen Synthese von Islam und Arabismus bot Saddam Hussein die adäquate Basis für weitreichende öffentliche Unterstützung. Zuvor war Saddam niemals ein Freund des islamischen Fundamentalismus; ganz im Gegenteil: er stellte sich selbst stets als die arabisch-säkulare Alternative zu Khomeinis Fundamentalismus dar. Saddam Hussein ist jedoch ein Diktator mit Kalkül, der sich der Wirkung des Fundamentalismus durchaus bewußt ist. Nach der Landung der US-amerikanischen Truppen in Saudi-Arabien behauptete er öffentlich – entgegen der tatsächlichen Sachlage –, daß amerikanische Soldaten in Mekka und Medina stationiert seien. Dieser fundamentalistische Tonfall spiegelt sich auch in seinen folgenden, oft gebrauchten Worten wider: „*durb al-kufr kullahu bi al-iman kullahu*“, „den völligen Unglauben mit der ganzen Kraft des Glaubens zu schlagen“. Saddams Wechsel zum Fundamentalismus hat seine Wirkung nicht verfehlt. Dieser Wechsel ist als ein bedeutender Sieg des islamischen Fundamentalismus als einer antiwestlichen Strömung im Nahen Osten zu sehen<sup>33</sup>).

29) Vgl. Joseph B. Treaster, Saddam Hussein is Evoking Powerful Pan-Arab Feelings, in: International Herald Tribune vom 18./19. August 1990, S. 5.

30) Der arabische Text von Saddam Husseins Initiative vom 12. August ist enthalten in: al-Muntada (Anm. 3), S. 25 f.

31) Arnold Hottinger, Ein Geschenk Israels für Saddam Hussein, in: Neue Zürcher Zeitung vom 12. Oktober 1990, S. 3.

32) Vgl. Bassam Tibi, Die zweite Front im Golf-Konflikt. Wie die Golf-Krise mit dem Palästinenserproblem zusammenhängt, in: St. Galler Tagblatt vom 30. Oktober 1990, S. 2.

33) Über den politischen Islam als eine anti-westliche Strömung vgl. Bassam Tibi, Islamischer Fundamentalismus gegen den Westen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/90, S. 40–46.

24) Vgl. Shahram Chubin/Charles Tripp, Iran and Iraq at War, Boulder/Col. 1988, darin bes. das Kapitel: Iraq and the Region, S. 139 ff.

25) Vgl. Gerd Nonneman, Iraq, the Gulf States and the War, London 1986, bes. S. 95 ff.

26) Vgl. Bassam Tibi, The Iranian Revolution and the Arabs, in: Arab Studies Quarterly, 8 (1986) 1, S. 29–44.

27) Vgl. den Abschnitt über die irakischen C-Waffen in Victor Utgoff, The Challenge of Chemical Weapons, London 1990, S. 80–86.

28) Der arabische Text des Briefes von Saddam Hussein an den iranischen Präsidenten Rafsanjani ist abgedruckt in: al-Muntada (Anm. 3), S. 27 f.

Angesichts der Sachlage besteht kein Zweifel daran, daß der Irak unter Saddam in dem am 17. Januar ausgebrochenen Krieg der Verlierer sein wird. Der Schaden wird aber die gesamte Region betreffen. Die politischen Folgen eines solchen mit Friktionen überladene(n) Krieges<sup>34)</sup> sind kaum zu überschätzen. Am Ende des Krieges gibt es weder die Scheichtümer am Golf noch eine Saudi-Dynastie in Arabien, wenn die Kampfhandlungen nicht begrenzt werden können. Die zu erwartende irakische Niederlage wird vermutlich in einen Krieg terrori-

stischer Anschläge münden. Die Aussichten sind in der Tat furchtbar<sup>35)</sup>.

Der gegenwärtige Krieg, der trotz seines spezifisch-regionalen Charakters — entgegen der jordanischen und irakischen Position — keine „arabische Lösung“<sup>36)</sup> haben kann, ist dennoch nur adäquat in seinem regionalen Rahmen zu begreifen. Aus diesem Grund wird im folgenden Abschnitt der Versuch unternommen, diesen Rahmen zu rekonstruieren.

## II. Die Golf-Region als Rahmen der gegenwärtigen internationalisierten Krise

Die irakische Annexion Kuwaits kann ohne die Beurteilung der politischen Entwicklung in den regionalen Strukturen des Nahen Ostens als eines Subsystems<sup>37)</sup> nicht angemessen verstanden werden. Die Golf-Region ist eine Subregion des Nahen Ostens. Die zwei in diesem Kontext relevanten Schlüsselereignisse sind der Friedensvertrag Ägyptens mit Israel im Jahr 1979, der sogenannte Camp-David-Frieden<sup>38)</sup>, und das Ende des Iran-Irak-Krieges von 1988. Im Jahre 1979 wurde Ägypten aus der Arabischen Liga nach dem Separatfrieden mit Israel im Gefolge der Camp-David-Verhandlungen ausgeschlossen. Der damalige Ausstieg Ägyptens aus der arabischen Politik bedeutete, daß der Irak unter Saddam Hussein nun in der Lage war, Ägypten abzulösen und die panarabische Führung für sich in Anspruch zu nehmen. Es war auch kein Zufall, daß das dem Ausschluß zugrundeliegende arabische Gipfeltreffen von 1978 in Bagdad stattfand. Der Beobachter kann heute im nachhinein in der damaligen irakischen Politik gegenüber Ägypten eher eine Inanspruchnahme der arabischen Führung als eine gegen die Anerkennung Israels gerichtete Handlung erkennen. Die Gründung des Arabischen Kooperationsrats (ACC)<sup>39)</sup> unter

Beteiligung Ägyptens im Februar 1989 markiert zwar die Rückkehr Ägyptens zur arabischen Politik, steht aber nicht im Widerspruch zu dieser Interpretation. Denn Ägypten kehrt als Mitglied des ACC in vollem Umfang in die arabische Politik zurück, ohne jedoch eine Führungsposition zu übernehmen. Ägyptische Diplomaten haben gegenüber dem Autor mehrmals kritisch angemerkt, daß Ägypten sich im ACC stets mit dem irakischen Führungsanspruch konfrontiert sah und niemals mit der ihm zugeschriebenen Rolle einer „zweiten Geige“ in der nahöstlichen Sicherheitspolitik glücklich war. In diesem Sinne können wir in der gegenwärtigen Golf-Krise auch eine Wiedererlangung der arabischen Führung durch Kairo beobachten. Die Ägypter lösen die Irakis in der Führung ab<sup>40)</sup>.

Das zweite Schlüsselereignis ist das Ende des Golf-Krieges der achtziger Jahre und bezieht sich auf die Ansprüche, die Irak hieraus abgeleitet hat: „Saddam Hussein fühlte, daß er nun endlich das Recht erworben hat, offiziell als der Golf-Beschützer zu gelten, eben wie er dies zu Beginn des Krieges — jedoch als Anspruch — formuliert hat.“<sup>41)</sup> Wollten sich die Golf-Araber von Saddam tatsächlich beschützen lassen? Es trifft zu, daß Iran zu Beginn der islamischen Revolution und während der gesamten Khomeini-Zeit, von den arabischen Golf-Staaten als eine Bedrohung im Sinne eines „Exports der islamischen Revolution“<sup>42)</sup> wahrgenommen wurde. Aber diese Staaten hatten den Irak „niemals um einen Schutz gebeten, weder während der iranischen Revolution noch danach; sie waren zwar in bezug auf den Iran besorgt, aber sie hatten fast ebensoviel Grund Irak selbst zu fürchten“<sup>43)</sup>.

In der Tat haben sich die arabischen Golf-Staaten unter saudischer Führung nach dem Ausbruch des Iran-Irak-Krieges zusammengetan und den bereits im Januar 1981 in Kuwait proklamierten Golf-Ko-

34) Mehr hierüber bei Bassam Tibi, Kriegsdrohung und Friktion. Ein Szenarium zur Golf-Krise nach Clausewitz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. Dezember 1990, S. 10.

35) Vgl. das Szenarium von Bruno Etienne, From the Gulf Crisis a New Power Balance Will Emerge, in: International Herald Tribune vom 3. September 1990, S. 2.

36) Über die irakische Formel einer arabischen Lösung der Golf-Krise vgl. Bassam Tibi, Ein dauernder Streit unter ‚Brüdern‘. Gibt es eine ‚arabische Lösung‘ für die Golf-Krise?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. November 1990, S. 14.

37) Zum Bezugsrahmen des regionalen Subsystems vgl. die in Anm. 6 zitierte Arbeit; über den Golf als einer Konfliktregion (Subregion des Nahen Ostens) vgl. auch Bassam Tibi, Die Golf-Region im globalen Kräftefeld, in: Fred Scholz (Hrsg.), Die Golfstaaten, Braunschweig 1985, S. 17–35.

38) Vgl. William Quandt, Camp David Peace Making and Politics, Washington D. C. 1986 und ders., The Middle East. Ten Years after Camp David, Washington D. C. 1988.

39) Der ACC wurde am 16. Februar 1989 in Bagdad gegründet; vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 18. Februar 1989.

40) Vgl. den Abschnitt: Ägypten: Rückkehr als Führungsmacht, in: B. Tibi (Anm. 18), S. 17–21.

41) Liesl Graz, The Turbulent Gulf, London 1990, S. 257.

42) Vgl. B. Tibi (Anm. 26).

43) L. Graz (Anm. 41), S. 33.



operationsrat (GCC) im Mai gegründet<sup>44</sup>). Wäre der Golf-Kooperationsrat nur ein Zusammenschluß der arabischen Golf-Staaten gegen den Iran gewesen, hätte es nahe gelegen, daß auch der arabische Golf-Staat Irak dieser Organisation hätte beitreten dürfen. „Es war deutlich, daß die Golf-Staaten den Irak nicht als ein GCC-Mitglied haben wollten.“<sup>45</sup>)

Die GCC-Staaten haben zwar den Irak in seinem achtjährigen Krieg gegen den Iran finanziell unterstützt, aber selbst dies haben sie von Anbeginn nur halbherzig getan. Der Wendepunkt war das Jahr 1984, als sich der Irak während des Krieges an Kuwait mit einem Angebot zu einer endgültigen Regelung der Grenzstreitigkeiten wandte. Diese Offerte beinhaltete u. a. den irakischen Anspruch auf die kuwaitische Insel Bubiyan. „Das wirkliche Anliegen war jedoch die Sicherstellung kontinuierlicher finanzieller Hilfe. Der Geldfluß aus Kuwait wäre eher gewährleistet, wenn dieser von Kuwait (und natürlich von Saudi-Arabien) als Zahlung von Schutz-Geldern angesehen würde . . . die irakische Taktik war in dieser Hinsicht ein Glücksspiel, aber grundsätzlich war sie erfolgreich.“<sup>46</sup>) Der irakische Erfolg kann daran gemessen werden, daß Kuwait, zusammen mit Saudi-Arabien, während der Kriegsjahre jährlich ca. 15 Mrd. US-Dollar an den Irak zahlte. Hierauf aufbauend stellte der Irak seinen Krieg gegen Iran als eine Komponente des Jahrhunderts andauernden historischen Kampfes zwischen Persern und Arabern dar. Der propagandistische Rückgriff auf den arabischen Erfolg in der historischen Qadisiyya-Schlacht<sup>47</sup>) gegen die iranischen Sassaniden ist in diesen Kontext einzuordnen.

Nach dem Ende des Iran-Irak-Krieges und bereits in den ersten Monaten nach dem Waffenstillstand fingen die Araber am Golf an, nervös zu werden. Der Irak wollte als ein siebtes Mitglied des Golf-Kooperationsrates aufgenommen werden. Die irakische Führung unter Saddam Hussein wollte nicht wahrnehmen, daß die Gründung des GCC „eine Reaktion auf den Krieg war, oder noch präziser, eine Reaktion auf die Ambitionen der beiden Nachbarstaaten Irak und die islamische Republik von Iran“<sup>48</sup>). Saudi-Arabien und Kuwait hatten nach 1988 umfangreiche Versuche unternommen, ein institutionelles Kooperations-Netz zwischen dem GCC und den benachbarten Ländern, einschließlich Iran, aufzubauen. Es ging hierbei darum, die

Neutralisierung Iraks zu erreichen. Die GCC-Staaten waren zufrieden, als noch im Februar 1989 der Arabische Kooperationsrat zwischen Irak, Ägypten, Jordanien und dem damaligen Nord-Jemen gegründet wurde. Denn dadurch wurde endgültig, daß der Irak außerhalb des GCC bleibt. Nur wenige Wochen nach der Gründung des ACC flog der saudische König Fahd nach Bagdad, um einen „Nichtangriffspakt“ zwischen seinem Land und dem Irak abzuschließen. Die Bedeutung jenes Besuches ist darin zu sehen, daß er nicht nur zum Abbau der saudischen Ängste vor dem Irak beitrug, sondern auch das „Draußen-Bleiben“ des Iraks außerhalb des GCC sicherstellte. Regionalexperten wie Fred Halliday haben schon vor der irakischen Kuwait-Invasion die vom Irak ausgehende sicherheitspolitische Gefahr erkannt<sup>49</sup>). Ebenso prägte Prakash bereits vor der Invasion die Formel: „No One Sleeps in the Gulf Tonight/Niemand schläft heute Nacht am Golf.“<sup>50</sup>)

Zwar hatte der Irak damals noch zu seinen Gunsten den Krieg mit Iran — wenn auch ohne Friedensvertrag — beendet und ebenfalls den angeführten Nichtangriffspakt mit Saudi-Arabien abgeschlossen. Auch hatte er freundschaftliche Beziehungen mit der Türkei, die nicht nur den Export von Öl durch zwei irakische Pipelines über türkisches Territorium zum Mittelmeer zuließen; der Irak gab der Türkei das Recht, kurdische Rebellen<sup>51</sup>) auf irakischem Territorium zu verfolgen. Mit anderen Worten: es bestand keine sicherheitspolitische Gefährdung für den Irak, so daß er nicht aufrüsten mußte. Aber dadurch verringerten sich seine militärischen Ausgaben nicht. Ganz im Gegenteil: Nach 1988 hatte der Irak seine Rüstungsanstrengungen fortgesetzt und eine immense Waffenindustrie aufgebaut<sup>52</sup>). „Die Botschaft war nun klar und deutlich: indem der Irak der Rüstungsindustrie den Vorrang gab, war er in der Lage, eine beachtliche Bandbreite militärischer Ausrüstung anzuhäufen und einiges darunter zu transformieren, wie etwa die Hussein- und Abbas-Raketen, die aus dem sowjetischen Scud-System weiterentwickelt worden sind.“<sup>53</sup>)

Besonders besorgnis- und angsterregend war unter dieser Aufrüstung das Arsenal an chemischen und biologischen Waffensystemen; sie wurden bereits während der letzten Jahre des Iran-Irak-Krieges und auch nach 1988 in den Kurden-Gebieten im

44) Vgl. Erik R. Peterson, *The Gulf Cooperation Council. Search for Unity in a Dynamic Region*, Boulder/Col. 1988, S. 87 ff.

45) L. Graz (Anm. 41), S. 258.

46) Ebd., S. 86 f.

47) Im siebten Jahrhundert in der Qadisiyya-Schlacht vom Jahre 637 eroberten die den Islam kriegerisch verbreitenden Araber den Iran, stürzten das persische Sassanidenreich und islamisierten den Iran. Hierauf bezieht sich Saddam Hussein, dessen Qadisiyya sich jedoch in ein Waterloo verwandelte. Zur ursprünglichen Qadisiyya-Schlacht vgl. W. M. Watt/A. Welch, *Der Islam I*, Stuttgart 1980, S. 151.

48) L. Graz (Anm. 41), S. 227.

49) Vgl. Fred Halliday, *Iraq and its Neighbours: The Cycles of Insecurity*, in: *The World Today*, 46 (1990) 6, S. 104 bis 106.

50) S. Prakash, *No One Sleeps in the Gulf Tonight*, in: *Defense and Foreign Affairs*, July 1990, S. 12–21.

51) Zu den irakischen Kurden vgl. Edmund Ghareeb, *The Kurdish Question in Iraq*, Syracuse 1981, bes. S. 45 ff., 71 ff. zur Baath-Politik gegenüber den Kurden.

52) Einzelheiten hierüber in dem Kapitel über die politische Ökonomie des Golf-Krieges und die irakische Aufrüstung in: M. Mofid, *Economic Consequences of the Gulf War*, London–New York 1990.

53) L. Graz (Anm. 41), S. 41.

Experten, daß der Irak dabei „der gesamten Welt und insbesondere der Dritten Welt gezeigt hat, wie leicht es für ein Land mit durchschnittlichen technologischen Fähigkeiten ist, solche Waffensysteme zu produzieren. Das Rohmaterial hierfür ist einfach und die gesamte Operation kann als eine Düngemittel-Fabrik getarnt werden.“<sup>54)</sup> Der Irak führt uns mit seinen chemischen Waffen das vor Augen, wofür manche Experten den Begriff „Die Atom-bombe der armen Länder“ geprägt haben.

Abgesehen von seinen militärischen Potentialen besitzt der Irak die drei wichtigsten Voraussetzungen, die einen Anspruch auf regionale Führung untermauern können: Öl, Wasser (Tigris und Euphrat) und eine für den arabischen Golf vergleichsweise große Bevölkerung (16 Mio.). Lediglich das demographische Potential des Irans ist mit seinen 50 Mio. Menschen weit mächtiger. Die GCC-Staaten haben zwar mehr Öl als der Irak, sind aber dünn besiedelt und bestehen zum größten Teil aus Wüstenregionen. Kuwait kann sich z. B. ohne seine Entsalzungsanlagen noch nicht einmal mit dem benötigten Trinkwasser versorgen<sup>55)</sup>. Ca. 75 Prozent der Bevölkerung Kuwaits besaßen vor dem 2. August 1990 keine kuwaitische Staatsangehörigkeit.

Die arabischen Golf-Staaten wollten sich mit dem GCC auch gegen den Irak schützen. Vor dem 2. August wollten sie generell keine fremde Hilfe, geschweige denn amerikanische Hilfe in Anspruch nehmen; sie haben diese — wenn sie ihnen angeboten wurde — stets abgelehnt. Der im Januar 1981 in Kuwait gegründete Golf-Kooperationsrat erklärte am 26. Februar 1981 offiziell: „Die Sicherheit und Stabilität der Region ist eine Angelegenheit der Völker und Staaten der Region selbst . . . Deswegen treten wir für die Freihaltung der gesamten Region . . . von der Präsenz von Flotten und ausländischen Streitkräften ein.“<sup>56)</sup>

Golf-Experten sind mit der Tatsache vertraut, daß die GCC-Staaten die Sicherheitspolitik in den Mittelpunkt ihrer Planung stellten. Offiziell und verbal galt der GCC als ein ökonomischer Kooperationsrat. Aber wie es in der arabischen Politik üblich ist, dient die „arabische Sprache“<sup>57)</sup> nicht als Medium der Artikulation eines Inhalts, sondern eher als eine

die Wirklichkeit verhüllende Poesie. So stehen Verlautbarungen nicht im Einklang mit tatsächlichen Sachverhalten. Der GCC war ein primär sicherheitspolitischer Verband. Als ein solcher scheiterte er nicht nur an der strukturellen Schwäche seiner Mitglieder, sondern auch an der beduinischen Mentalität seiner Führer. Alle GCC-Staaten sind Beduinen-Staaten. Kein Beduine vertraut einem anderen Stamm außer seinem eigenen. Der lokale Beduinen-Stolz der jeweiligen Öl-Emire führte nicht nur dazu, daß jeder unter ihnen seinen eigenen internationalen Flughafen, sondern auch seine eigene Sicherheitspolitik haben wollte<sup>58)</sup>. Der GCC überlebte die irakische Invasion von Kuwait nicht, wengleich er formell nach wie vor besteht; er ist aber nunmehr bedeutungslos.

Um sich vor der Gefahr des großen arabischen Bruders zu schützen, mußten die Golfstaaten nach dem 2. August die USA um die Entsendung von Truppen bitten. Mit seiner Invasion von Kuwait wollte Saddam Hussein, der sich mit Hammurabi gleichsetzen läßt, den Grundstein für die Verwirklichung einer Mischung von babylonischen und panarabischen Träumereien legen, erreichte jedoch dadurch unbeabsichtigt, daß das wichtigste Hemmnis für die US-amerikanische Strategie am Golf beseitigt wurde. Aus einer umfassenden Studie von Amitav Acharya wissen wir, daß die Weigerung der GCC-Staaten zu einer militärischen Zusammenarbeit mit den USA der US-amerikanischen militärischen Golf-Strategie die logistische Basis versagt hatte<sup>59)</sup>.

Die Geschichte zeigt uns jedoch in zahlreichen Beispielen, daß Staatsmänner mit ihren Handlungen oft genau das Gegenteil des Beabsichtigten erreichten. Um seinen eigenen persönlichen Ruhm zu sichern, wollte Saddam Hussein einen panarabisch oder babylonisch starken Irak aufbauen, der durch die Annexion Kuwaits ein regionales Bollwerk am Golf werden sollte. Erreicht hat er eine große Penetration der Region durch fremde Mächte und die Erleichterung des Aufbaus einer militärischen Logistik für die USA in der Region. An die Stelle des starken Iraks ist nach dem Ausbruch des Krieges ein durch die massiven Bombardierungen zerstörtes Land getreten.

<sup>54)</sup> Ebd., S. 42.

<sup>55)</sup> Vgl. das informative Kuwait-Kapitel von H.-U. Schwedler, in: Fred Scholz (Hrsg.), Die kleinen Golf-Staaten, Stuttgart 1985, S. 94–121.

<sup>56)</sup> Amitav Acharya, U. S. Military Strategy in the Gulf, London 1990, S. 110.

<sup>57)</sup> Vgl. hierüber das Kapitel über die „arabische Sprache“, in: Bassam Tibi, Der Islam und das Problem der kulturellen Bewältigung sozialen Wandels, Frankfurt/M. 1985, S. 99 bis 130.

<sup>58)</sup> Auch der Irak ist kulturell eine Beduinen-Gesellschaft. Vgl. die deutsche Übersetzung der Arbeit des irakischen Soziologen Ali al-Wardi, Soziologie des Nomadentums. Studie über die irakische Gesellschaft, Neuwied-Darmstadt 1972, bes. S. 196 ff.

<sup>59)</sup> Vgl. A. Acharya (Anm. 56), und dazu Bassam Tibi, Was Saddam erreicht hat. Wandel der amerikanischen Sicherheitspolitik am Golf, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Dezember 1990, S. 15.

### III. Perspektiven

Dem Ausbruch des Krieges am 17. Januar lag die im November 1990 verabschiedete Resolution 678 des UN-Sicherheitsrates zugrunde, die zu einer Anwendung „aller möglichen Mittel“ ermächtigt, sollte der Irak nicht freiwillig seine Besatzungstruppen aus Kuwait abziehen. Als „Deadline“ wurde Mitte Januar 1991 festgelegt. Saddam Hussein weigerte sich, seine Truppen abzuziehen<sup>60</sup>). Er hat nicht nur die Vermittlungsversuche des französischen Präsidenten und des UN-Generalsekretärs de Cuellar, sondern auch das Ultimatum ignoriert<sup>61</sup>), so daß der Weltgemeinschaft nur die Anwendung militärischer Gewalt geblieben ist – die einzige Sprache, die Saddam Hussein zu verstehen scheint.

Das zentrale Problem des Krieges besteht darin, daß die USA einerseits weit über die Anwendung der UN-Resolution 678 hinausgingen, andererseits aber die Weltgemeinschaft kein im Clausewitzschen Sinne klar definiertes Kriegsziel angegeben hat. Die Interessen der internationalen Gemeinschaft (keine Duldung einer Völkerrechtsverletzung durch den Irak) und die der USA (geostrategische und wirtschaftliche Interessen) sind nicht klar auseinander gehalten worden. Der britische Nahostexperte und Publizist Edward Mortimer stellte die Frage, ob Präsident Bush durch seinen Aufruf zu einer neuen, von den USA getragenen Weltordnung<sup>62</sup>), die am Gegenstand der Golf-Krise zu entfalten wäre, nicht doch eher zu einer „new world disorder“<sup>63</sup>) beitrage. Einerseits haben die USA nicht ihre europäischen Verbündeten an den zentralen Entscheidungen beteiligt, andererseits haben sie nicht berücksichtigt, wie sehr sie ihre eigenen regionalen Verbündeten destabilisieren. Arthur Schlesinger hat sich darüber beklagt, daß die USA nicht wüßten, was sie am Golf taten<sup>64</sup>).

Diese kritischen Bemerkungen dürfen von der Notwendigkeit, den Irak und den Nahen Osten von Saddam Husseins Despotie und Terror zu befreien, nicht ablenken; dennoch dürfen sie in dieser schwierigen Situation nicht unterbleiben, wenn gleich Gefahr besteht, daß sie von Berufsdemon-

stranten mißbraucht werden, die ihre Ablehnung des Krieges erst am 17. Januar entdeckten und sich zuvor am 2. August 1990 nicht im geringsten an Saddam Husseins Piraterie störten.

Der Krieg hat mit massiven Bombardierungen<sup>65</sup>), die am fünften Kriegstag bereits 7 000 Einsätze überschritten, begonnen. Saddam hat glücklicherweise bisher nicht vermocht, durch seine Abbas- und Hussein-Raketen, die auf Israel abgeschossen wurden, den Golfkrieg in einen erneuten arabisch-israelischen Krieg zu verwandeln. Die Alliierten haben gehofft, durch ihre Überlegenheit in der Luft Saddam Hussein zum Einlenken zu zwingen; bisher haben sie das nicht erreicht. Der orientalische Despot Hussein ließ nicht davon ab, auch nach den massiven Bombardierungen zur „Schlacht aller Schlachten gegen die Ungläubigen“ aufzurufen. Er hat einen rational kaum mehr zu durchschauenden Mangel an Konzessionsbereitschaft an den Tag gelegt. Bis jetzt hat Saddam Hussein keine Anzeichen dafür gezeigt, daß er aus der Luft zu besiegen oder zu demoralisieren ist<sup>66</sup>).

Die alliierten Streitkräfte haben mit den Vorbereitungen für einen Landkrieg begonnen. Die Bodenkämpfe werden verheerend und opferreich sein. Der Golf-Krieg hat über die militärische hinaus zentrale kulturelle und sozialpsychologische Dimensionen. Die Welt des Islams wird emotionalisiert und schlägt sich auf die Seite Saddam Husseins. Muslime scheinen Saddams Anspruch zu akzeptieren, er bekämpfe „die westlichen Kreuzzügler“, um sie aus dem Land der islamischen Offenbarung zu vertreiben. Saddam Hussein und seine ideologisch ausgebildete Armee werden wohl bis zum Ende verbittert kämpfen. Am Ende aber wird Saddam Hussein fallen, und es ist zu befürchten, daß er dann in den Augen der islamischen Welt als ein „Märtyrer“ gelten wird, um dann zu einer Legende zu werden<sup>67</sup>). Eine solche Legende könnte zu einer Quelle des Terrorismus in den neunziger Jahren werden. Die Suche nach Frieden in dieser Region wird weit schwieriger als das Gewinnen des Krieges<sup>68</sup>).

<sup>60</sup>) Vgl. Saddam Hussein Insists Troops are in Kuwait to Stay, in: International Herald Tribune vom 2. Januar 1991.

<sup>61</sup>) Vgl. Ian Davidson u. a., Saddam Ignores UN Deadline, in: Financial Times vom 15. Januar 1991, S. 1, und den Bericht: Baker and Perez de Cuellar Offer No New Hope for Peace, in: International Herald Tribune vom 15. Januar 1990, sowie Bassam Tibi, Die Konsequenz ist Krieg, in: St. Galler Tagblatt vom 10. Januar 1991.

<sup>62</sup>) Vgl. Edward Mortimer, Reality versus Rhetoric in New World Order, in: Financial Times vom 28. Dezember 1990, S. 8.

<sup>63</sup>) Vgl. ders., Judgement of History: The New World Order has become the New World Disorder, in: Financial Times vom 18. Januar 1991, S. 15.

<sup>64</sup>) Vgl. Arthur Schlesinger Jr., America Doesn't Know What it's Doing in the Gulf, in: International Herald Tribune vom 17. Dezember 1990, S. 8.

<sup>65</sup>) Vgl. die umfassenden Berichte: Air Strikes Lay Siege to Saddam, und Allied Air Armada Achieves Spectacular Tactical Surprise, in: Financial Times vom 18. Januar 1991; Allied Aircraft Smash Hundreds of Iraqi Targets in Most Intensive Pounding Since World War II, in: International Herald Tribune vom 18. Januar 1991.

<sup>66</sup>) Vgl. David White, The Monster that Refuses to Lie Down, in: International Herald Tribune vom 21. Januar 1991, S. 13.

<sup>67</sup>) Vgl. Bassam Tibi, Beginn einer gefährlichen Legende, in: St. Galler Tagblatt vom 15. Januar 1991, S. 2.

<sup>68</sup>) Vgl. Ian Davidson, Peace will be More Difficult, in: Financial Times vom 19./20. Januar 1991, S. 9.

# Der Krieg um Kuwait: Katalysator einer „neuen Weltordnung“ oder Vorbote neuer Konflikte?

## I. Einführung

Die irakische Invasion, Okkupation und versuchte Annexion des kleinen Scheichtums Kuwait hat einen internationalen Aufschrei provoziert, wie ihn die Welt seit den Eroberungen Nazi-Deutschlands in dieser Einstimmigkeit nicht mehr erlebt hat. Nicht nur vor dem Hintergrund der Entwicklung in Europa, sondern auch angesichts der Entschärfung zahlreicher regionaler Konflikte unter wesentlicher Mitwirkung der USA und der UdSSR<sup>1)</sup> erscheint dabei sogar der inflationäre Gebrauch von Superlativen gerechtfertigt. Seit dem Bestehen der Vereinten Nationen (UN) hat es keinen Fall gegeben, in dem ein Mitgliedsstaat in vergleichbarer Weise den Versuch unternommen hat, ein anderes UN-Mitglied derart brutal und in eklatanter Mißachtung sämtlicher Normen des zwischenstaatlichen Umgangs auszulöschen<sup>2)</sup>. Dieser Versuch der Auslöschung eines ganzen Staates ist so außergewöhnlich, daß wir, wie kürzlich angemerkt wurde, noch nicht einmal über einen passenden Begriff verfügen, um diesen Vorgang zu beschreiben<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Vgl. Helmut Hubel, Die Rolle von Regionalkonflikten im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis, in: Europa-Archiv, 45 (1990) 2, S. 61–68; Stephen Larrabee, Lessons for the USSR and the USA in the Third World, in: International Affairs (Moscow), (1990) 6, S. 23–32.

<sup>2)</sup> Vgl. als ein Beispiel für zahlreiche Berichte über irakische Gewalttaten den Bericht der Menschenrechtsorganisation Amnesty International (Wo ein Leben nichts mehr wert ist, in: Süddeutsche Zeitung vom 20. Dezember 1990, S. 10). Zur Plünderung Kuwaits vgl. Walter H. Pfaeffle, Kuwait hat an Substanz verloren, in: Der Tagesspiegel vom 6. Dezember 1990, S. 21.

<sup>3)</sup> Vgl. Geoffrey Kemp, The Gulf Crisis: Diplomacy or Force?, in: Survival, 32 (1990) 6, S. 507.

Bereits heute steht fest, daß die Kuwait-Krise einen bedeutsamen Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte darstellt. Vor dem geschichtlichen Hintergrund der vergangenen vier Jahrzehnte sind dabei vor allem zwei Veränderungen bemerkenswert, die weitreichende Folgen haben werden. Diese Veränderungen betreffen

1. die in diesem Ausmaß völlig unerwartete Bereitschaft und Fähigkeit der beiden ehemaligen Kontrahenten USA und UdSSR, zusammenzuarbeiten, und
2. die Tatsache, daß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vor allem dank der Kooperationsbereitschaft aller ständigen Mitglieder in dieser Form erstmals in seiner Geschichte als Instrument kollektiven Krisenmanagements zur Geltung kam.

In diesem Beitrag soll ein erster Versuch unternommen werden, kurz jene Aspekte der Kuwait-Krise zu skizzieren, die in weltpolitischer Perspektive nicht nur ungewohnt anmuten, sondern mittel- und langfristig besonders bedeutsam sein könnten. Zu diesem Zweck soll es hier weniger darum gehen, einen chronologischen Überblick über das Verhalten der Akteure (USA, UdSSR oder UN) zu geben, als vielmehr darum, durch eine detailliertere Analyse von entscheidenden Wendepunkten in der Kuwait-Krise darzulegen, was sich am Verhalten der beiden Weltmächte und der Vereinten Nationen geändert hat und worin möglicherweise die Implikationen für die zukünftige Weltordnung bestehen.

## II. Die Kuwait-Krise, die Weltmächte und die Vereinten Nationen

### 1. Beschwichtigung statt Abschreckung

Worin die tieferen Ursachen und die unmittelbaren Anlässe für die irakische Invasion am 2. August 1990 gelegen haben könnten, wird die Politikwissenschaft ohne Zweifel noch eine Weile beschäftigen und soll hier auch nicht im Detail untersucht werden. Für die Fragestellung dieser Arbeit ist allerdings ein Aspekt der Kuwait-Krise von besonderer Bedeutung, weil sich darin möglicherweise eines der zentralen Probleme regionaler Sicherheit in den neunziger Jahren andeutet: Das Versagen der betroffenen Regionalorganisation, der Arabischen Liga, den Konflikt zwischen Kuwait und dem Irak auf diplomatischem Wege beizulegen sowie entsprechende Vorkehrungen zu treffen, um für eine gewaltsame Aktion seitens des Irak gerüstet zu sein.

Richtig ist gewiß, daß es eine unzulässige Verkürzung darstellen würde, die irakische Invasion in Anlehnung an Clausewitz einzig und allein als „Resultat zweckrationaler Entscheidungen“<sup>4)</sup> Saddam Husseins zu charakterisieren, denen sein Streben nach „kuwaitischem Öl“ zugrunde liege<sup>5)</sup>. Es hieße allerdings, die erfahrungswissenschaftliche Beschäftigung mit Kriegsursachen ad absurdum zu führen, wenn wir uns mit einer Erklärung „in der Denkweise Tolstois“ zufrieden geben würden, die auf die Kuwait-Krise übertragen angeblich darin bestünde, daß die Besetzung Kuwaits durch die Iraker nur als „ein einzelnes, zwar unrechtmäßiges, für sich genommen aber nicht sonderlich bedeutsames Glied in einer Kette von internationalen und transnationalen Handlungen“ zu charakterisieren wäre, die eigentliche Bedeutung der irakischen Aggression aber darin liege, daß sie „das Scheitern der internationalen Politik in dieser Region an den Anforderungen des Friedens hat unerträglich deutlich werden lassen“<sup>6)</sup>.

4) Vgl. hierzu grundlegend die empirisch und theoretisch ertragreiche Arbeit von Klaus Jürgen Gantzel, *Tolstoi statt Clausewitz!? Überlegungen zum Verhältnis von Staat und Krieg seit 1816 mittels statistischer Beobachtungen*, in: *Kriegsursachen*. Redaktion Reiner Steinweg, Frankfurt 1987, S. 70.

5) So die meines Erachtens unzulässige Verkürzung der These Gantzels durch Hanne-Margret Birckenbach/Christian Wellmann, *Eskalation oder Verantwortung? Über den Umgang mit der irakischen Aggression gegen Kuwait*, in: dies./Uli Jäger (Hrsg.), *Jahrbuch Frieden 1991. Ereignisse, Entwicklungen, Analysen*, München 1990, S. 99.

6) So die bevorzugte Version von H.-M. Birckenbach/C. Wellmann, ebd., S. 99.

Was wir aufgrund unseres heutigen (gewiß begrenzten) Erkenntnisstandes über Ursachen und Anlässe der irakischen Invasion in Kuwait aussagen können, ist bedeutend mehr, als hier suggeriert wird. Nach heutigem Erkenntnisstand scheint sicher, daß der Entscheidung zur Invasion in der Tat eine gewisse „Zweckrationalität“ zugrunde lag. Die territorialen Ansprüche des Irak gegenüber Kuwait waren seit Jahrzehnten bekannt. Nach der Invasion haben sich auch die Hinweise verdichtet, daß Saddam Hussein die Annexion Kuwaits (und aller Wahrscheinlichkeit nach auch eines Teils Saudi-Arabiens) schon seit mehreren Jahren ins Auge gefaßt und nicht nur seine Armee gezielt darauf vorbereitet hatte, sondern auch bereits Absprachen mit verbündeten arabischen Staaten getroffen waren, wie die Beute aufzuteilen sei. Arabische und amerikanische Geheimdienstexperten behaupten, daß sie über „zwingende Beweise“ verfügen, daß Saddam Hussein die Besetzung Kuwaits sowie die anschließende Eroberung der Ölfelder im Osten Saudi-Arabiens seit mindestens zwei, möglicherweise aber auch seit fünf Jahren geplant und mehrere Male in Manövern geübt hat<sup>7)</sup>.

Daß Saddam Hussein seine Pläne erst im Sommer 1990 zu verwirklichen versuchte, hatte mehrere Gründe. Das regionale Gleichgewicht der Kräfte, das sich seit dem Ende des Iran-Irak-Krieges zugunsten des Irak verschoben hatte, schien sich nach dem für Saddam nur scheinbar erfolgreichen arabischen Gipfeltreffen in Bagdad im Mai 1990 zu Lasten des Irak zu verändern<sup>8)</sup>. Ägypten und Syrien waren bemüht, alte Differenzen beizulegen, Iran und Kuwait signalisierten erstmals seit der Konfrontation in der Endphase des Golf-Krieges, daß ihnen an einer Normalisierung der bilateralen Beziehungen gelegen war, Saudi-Arabien unternahm größere Anstrengungen, sein Waffenarsenal aus amerikanischen Beständen aufzustocken, und die im Golfkooperationsrat zusammengeschlossenen

7) Die saudischen und amerikanischen Nachrichtendienste verfügten zwar schon vor der Besetzung Kuwaits über diese Informationen, hatten sie jedoch nicht dahingehend interpretiert, daß sie eine Invasion Kuwaits simulieren sollten; vgl. Hussein Offered „Split the Spoils“ Plan to Arabs, AuCoin Says, in: *Washington Times* vom 11. September 1990, S. 10; Douglas Jehl, *Iraqis Spent Years Plotting Kuwait Strike*, in: *Los Angeles Times* vom 14. September 1990, S. 1.

8) Vgl. Arnold Hottinger, *Rebellen oder Amerikas Musterknaben. Die neue Polarisierung der arabischen Welt nach dem Rückzug der Sowjetunion*, in: Bahman Nirumand (Hrsg.), *Sturm im Golf. Die Irak-Krise und das Pulverfaß Nahost*, Hamburg 1990, S. 36 f.

Staaten waren stärker denn je bemüht, die militärische Zusammenarbeit zu intensivieren. Kurzum, die Einschätzung, daß Bagdad die Golfanrainerstaaten „allmählich dem eisernen Griff entgleiten“<sup>9)</sup>, die alten Rivalen innerhalb der arabischen Welt sich einander annähern, und sich selbst angesichts der finanziellen Belastungen infolge des Krieges mit dem Iran immer weniger in der Lage sah, mit den reicheren Nachbarstaaten im Rüstungswettlauf mitzuhalten, ist durchaus plausibel.

Trotz dieser Konstellation kam die Zuspitzung des Konflikts zwischen Kuwait und Irak Mitte Juli für die meisten Beobachter unerwartet. Sie begann mit der Forderung der irakischen Führung, daß die Kuwaitis nicht nur ihre umfangreichen finanziellen Forderungen an den Irak aus der Zeit des Iran-Irak-Krieges gleichsam als Schutzgebühr abschreiben, sondern darüber hinaus auch Ersatz für die angeblich durch kuwaitische Überproduktion verursachten Einnahmeausfälle in Milliardenhöhe sowie für „gestohlenen Öl“ aus dem im irakisch-kuwaitischen Grenzgebiet gelegenen Ölfeld Rumailah leisten müßten. Das kuwaitische Verhalten, so die massivste Anschuldigung, gleiche einer „militärischen Aggression“ gegen den Irak<sup>10)</sup>. Diese unverhüllte Drohung wurde durch einen massiven Aufmarsch von irakischen Truppen an der Grenze zu Kuwait untermauert<sup>11)</sup>. Da diese Truppen jedoch bis Ende Juli nicht über die für eine Invasion notwendige logistische Unterstützung verfügten<sup>12)</sup>, sahen die meisten Nachrichtendienste und nahezu sämtliche andere Experten im irakischen Aufmarsch lediglich eine Drohgebärde, die primär dem Ziel diene, den Preis, den die kuwaitische Führung zu entrichten hätte, in die Höhe zu treiben. Im schlimmsten Fall, so die weit verbreitete Einschätzung, würde Sad-

<sup>9)</sup> Vgl. Heikle Lage Kuwaits gegenüber dem Irak, in: Neue Zürcher Zeitung vom 1./2. August 1990, S. 3.

<sup>10)</sup> Vgl. zu den irakischen Anschuldigungen an die Adresse Kuwaits das in Auszügen abgedruckte Schreiben des irakischen Außenministers Tarik Asis an den Generalsekretär der Arabischen Liga, Schadhli Klibi, vom 15. Juli 1990 (Radio Bagdad vom 18. Juli 1990, in: Deutsche Welle Monitor Nahost, Nr. 137, 20. Juli 1990, S. 1–8); zur kuwaitischen Reaktion vgl. die Agenturmeldungen der kuwaitischen Nachrichtenagentur KUNA vom 18. und 19. Juli 1990, in: Deutsche Welle Monitor Dienst Nahost, Nr. 136, 19. Juli 1990, S. 7f. und Nr. 137, 20. Juli 1990, S. 9–11.

<sup>11)</sup> Vgl. Nora Boustany/Patrick Tyler, Iraq Masses Troops at Kuwait Border, in: Washington Post vom 24. Juli 1990, S. 1; Caryle Murphy, Iraq Expands Force Near Kuwaiti Border, in: Washington Post vom 31. Juli 1990, S. 16.

<sup>12)</sup> Vgl. zum Kenntnisstand der US-Nachrichtendienste vor der irakischen Invasion Peter Pringle, How Bush Got to the Brink, in: The Independent on Sunday (The Sunday Review) vom 2. Dezember 1990, S. 4.

dam Hussein ein kleines Stück kuwaitischen Territoriums besetzen<sup>13)</sup>.

In dieser angespannten Situation kam aus Saddams Sicht begünstigend hinzu, daß nicht nur die wichtigsten arabischen Staaten (d. h. vor allem Ägypten und Saudi-Arabien, aber auch der Gegner Kuwait selbst), sondern auch die USA bereit waren, seine Definition des Konflikts als einer innerarabischen „Familienangelegenheit“ zu übernehmen. Saudi-Arabien, Ägypten und Kuwait wollten wie Saddam selbst bis zuletzt jegliche Einmischung nicht-arabischer Akteure verhindern<sup>14)</sup>. Da sie davon ausgingen, daß sich auch diese Krise durch Gespräche, kuwaitische Dinare und Appelle an die pan-arabische Solidarität beilegen lassen würde, wurde eine Beschwichtigungsstrategie als letztlich aussichtsreicher eingeschätzt als eine Strategie der Abschreckung — dies vor allem deshalb, weil allein der Patron des zionistischen Erbfeindes Israel, die USA, die Rolle der Garantiemacht in diesem innerarabischen Konflikt übernehmen konnte<sup>15)</sup>. Die kuwaitische Herrscherfamilie Sabah, die es mit ihrer geschickt angelegten „Dinar-Diplomatie“ in den vorausgegangenen Jahrzehnten immer wieder verstanden hatte, sich entweder „mehr Freunde oder bessere Abschreckung“ zu kaufen<sup>16)</sup>, wurde in diesem Fall zum Opfer ihrer eigenen Überheblichkeit.

Die Appelle zur Zurückhaltung fanden bei den wichtigsten Entscheidungsträgern der Bush-Administration fast bis zuletzt Unterstützung. Zwar waren jene Stimmen nie ganz verstummt, die vor dem

<sup>13)</sup> Zu Hintergrundinformationen sowie Einschätzungen von unabhängigen Experten und Regierungsbeamten zwischen Mitte Juli und Anfang August vgl. Caryle Murphy, Persian Gulf Crisis Swells, Iraqi Is Given New Title, in: Washington Post vom 20. Juli 1990, S. 12; Will Iraqis Attack? Unlikely, U.S. Officials Say, in: International Herald Tribune vom 21./22. Juli 1990, S. 3; C. Murphy (Anm. 11); Gerald F. Seib, U.S. Edges Perilously Close to a Bid to Influence Middle East Oil Politics, in: Wall Street Journal vom 30. Juli 1990, S. 6; Caryle Murphy, Iraq Takes Hard Line as Talks Open, in: Washington Post vom 1. August 1990, S. 14.

<sup>14)</sup> Vgl. Joseph Fitchett, Kuwait Reportedly Rejected U.S. Military Aid Before Iraqi Invasion, in: International Herald Tribune vom 5. Oktober 1990, S. 6.

<sup>15)</sup> Vgl. zu entsprechenden Äußerungen Mubaraks Caryle Murphy, Mubarak Says Iraq, Kuwait Will Begin Talks This Weekend, in: Washington Post vom 26. Juli 1990, S. 34. Aus einem Hintergrundgespräch mit einem Beamten der Bush-Administration ging später hervor, daß sich Bush am 26. Juli gegenüber zwei Vertrauten Mubaraks besorgt über das irakische Vorgehen geäußert hatte. Für die USA sei es, so die Bush zugeschriebene Aussage, „sehr schwer, geduldig zu sein“. Die beiden Ägypter hätten ihn jedoch gebeten, ihnen noch etwas Zeit zu lassen; vgl. hierzu David Hoffman, Some Say U.S. Missed Warning Signs in Gulf, in: International Herald Tribune vom 9. August 1990, S. 1 und 5.

<sup>16)</sup> Abdul-Reda Assiri, Kuwait: How a Small State Can Maintain Its Security in an Unstable Region, Paper presented at the 31st Annual Convention of the International Studies Association, Washington, D.C., 10.–14. April 1990, S. 1.

unberechenbaren Diktator Saddam Hussein warnen, aber sie blieben im Entscheidungsprozeß zumeist außen vor. Die Irak-Perzeption der Administration folgte weitgehend der Einschätzung jener Experten, die Saddam Husseins Außenpolitik nach dem teuren Golfkrieg auf lange Sicht durch „Mäßigung und Pragmatismus“ geprägt sahen<sup>17)</sup>. Als sich der Konflikt zwischen Irak und Kuwait im Juli zuspitzte, beschränkte sich die US-Regierung — ähnlich wie die Sowjetunion<sup>18)</sup> — vor allem auf Appelle, den Konflikt durch Verhandlungen beizulegen. Die Signale, die die Bush-Administration zwischen Mitte Juli und Anfang August an Saddam Hussein sandte, waren zwar insgesamt weder einheitlich auf Beschwichtigung angelegt noch in allen Nuancen stimmig<sup>19)</sup>, aber die wahrscheinlich entscheidenden Botschaften mußten doch den Eindruck vermitteln, daß die USA nicht zugunsten Kuwaits militärisch intervenieren würden. Besonders bedeutsam war in diesem Zusammenhang ein kurzfristig arrangiertes Treffen zwischen der US-Botschafterin in Bagdad, April Glaspie, und Saddam Hussein am 25. Juli. Dabei machte Saddam Hussein nicht nur deutlich, daß er alle Mittel einsetzen würde, um der „kuwaitischen Aggression“ zu begegnen, er warnte die USA darüber hinaus auch unverblümt, sich nicht einzumischen, weil die USA „10 000 Tote in einer Schlacht“ nicht verkraften würden und ein leichtes Ziel für terroristische Angriffe wären. Statt diese Drohung zurückzuweisen betonte die US-Botschafterin, daß die US-Regierung zum irakisch-kuwaitischen Konflikt „keine Meinung“ habe, daß Präsident Bush die Beziehungen mit dem Irak verbessern wolle und seine Administration nicht (wie vom Kongreß gefordert) beab-

sichtige, Sanktionen gegen den Irak zu verhängen<sup>20)</sup>.

Als sich ab dem 29. Juli die nachrichtendienstlichen Erkenntnisse verdichteten, daß die irakische Mobilisierung nicht mehr nur als bloße Drohgebärde abgetan werden konnte<sup>21)</sup>, war es bereits zu spät. Zwar wurde noch am 1. August der ins Außenministerium zitierte irakische Botschafter gewarnt, daß der Konflikt „friedlich geregelt werden muß“<sup>22)</sup>, diese Warnung konnte die Invasion allerdings nicht mehr aufhalten.

## 2. Die Formierung und Festigung der Anti-Saddam-Koalition

Mit dem Einmarsch seiner Truppen in Kuwait in den frühen Morgenstunden des 2. August war Saddam ein Coup gelungen, der sogar den vielfach gerühmten Überraschungseffekt übertraf, den die ägyptisch-syrische Allianz mit ihrem Angriff auf Israel zu Beginn des Oktober-Krieges 1973 erzielt hatte. Dank der eindeutigen Überlegenheit seiner Streitkräfte gelang ihm auch, was den Arabern im Oktober-Krieg und ihm selbst im September 1980 nach seinem Einfall im Iran mißlungen war: seine potentiellen Gegner innerhalb weniger Stunden vor vollendete Tatsachen zu stellen. Wie immer in einer Situation, in der die Abschreckung versagt hatte (oder, was in diesem Fall zutreffender ist: in der sie erst gar nicht ernsthaft als Strategie erwogen wurde), hatte sich der Aggressor die beste aller Ausgangssituationen gesichert. Die Last der Entscheidung oblag nunmehr den Opfern: sollten sie die neue Lage akzeptieren oder ernsthaft versuchen, den Status quo ante wiederherzustellen, d. h. den Konflikt ihrerseits politisch-militärisch zu eskalieren?

Die arabischen Gegner des Irak und die Bush-Administration entschieden sich für die Eskalation.

<sup>20)</sup> Vgl. hierzu die von irakischer Seite veröffentlichte (und von amerikanischer Seite nicht dementierte) Aufnahme des Gesprächs zwischen Saddam Hussein und April Glaspie. Jim Hoagland, Iraqi Warned U.S. Against Interference, in: International Herald Tribune vom 14. September 1990, S. 3. Noch deutlicher äußerten sich hohe US-Regierungsbeamte in Hintergrundgesprächen mit der Presse. So wurde beispielsweise ein namentlich nicht genannter US-Offizier am 25. Juli mit der Aussage zitiert, daß die USA im Falle einer irakischen Annexion eines kleineren Teils von Kuwait zwar Protest einlegen, Manöver abhalten und Kriegsschiffe auffahren lassen, aber „nicht in den Krieg ziehen“ würden. Vgl. Nora Boustany/Patrick E. Tyler, U.S. Pursues Diplomatic Solution In Persian Gulf Crisis, Warns Iraq, in: Washington Post vom 25. Juli 1990, S. 17.

<sup>21)</sup> Vgl. Sam Meddis, Iraq Duped Everyone, Except CIA, in: USA-Today vom 12. September 1990, S. 1.

<sup>22)</sup> So die Äußerungen des Pressesprechers des US-Außenministeriums vom 1. August 1990, in: U.S. Policy Information and Texts, Nr. 102 vom 3. August 1990, S. 4.

<sup>17)</sup> Vgl. als ein Beispiel dieser Einschätzung Frederick W. Axelgard, A New Iraq? The Gulf War and Implications for U.S. Policy (The Washington Papers Nr. 133, Center for Strategic and International Studies), New York u. a. 1988, S. 91; zur Charakterisierung verschiedener Denkschulen innerhalb der Bush-Administration vgl. ferner Kuwait: How the West Blundered, in: The Economist, Nr. 7674 vom 29. September 1990, S. 17–20.

<sup>18)</sup> Vgl. zu sowjetischen Reaktionen etwa Aleksey Zlatorunskiy, Commentary, Moscow International Service in Arabic vom 20. Juli 1990, in: United States, Foreign Broadcasting Information Service, Daily Report, Soviet Union (nachfolgend abgekürzt als FBIS-SOV) vom 20. Juli 1990, S. 24 f.; ferner den Bericht der Nachrichtenagentur TASS über die Pressekonferenz des Sprechers des sowjetischen Außenministeriums, Juri Gremitskich, vom 24. Juli 1990, in: FBIS-SOV vom 25. Juli 1990, S. 2; B. Ivanov/V. Shevchenko, Conflict Between Iraq and Kuwait, in: Izvestiya vom 26. Juli 1990, S. 4, in: FBIS-SOV vom 26. Juli 1990, S. 14 f.

<sup>19)</sup> Vgl. hierzu beispielsweise die vom Pressesprecher des Pentagons zitierte Warnung des amerikanischen Verteidigungsministers Cheney an die Adresse Saddam Husseins vom 24. Juli 1990, in: U.S. Policy Information and Texts, Nr. 98 vom 25. Juli 1990, S. 18–20; David Hoffman, More Evidence of Mixed U.S. Signals, in: International Herald Tribune vom 20. Oktober 1990, S. 5.

Diese Grundsatzentscheidung war zu Beginn zwar insofern vor allem defensiv motiviert, als das befürchtete weitere Vordringen der irakischen Armee nach Saudi-Arabien verhindert werden sollte. Sie beinhaltete aber auch schon in dieser Anfangsphase die Keimzelle ihrer späteren Ausweitung im Sinne einer offensiven Zielsetzung.

Bereits in den frühen Morgenstunden des 2. August, d. h. nur etwa zehn Stunden nach dem Einfall der irakischen Truppen, trat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf kuwaitischen und amerikanischen Antrag zu einer Sondersitzung zusammen. Dabei stellte er unter Bezugnahme auf Kapitel VII der UN-Charta einstimmig und für alle UN-Mitglieder völkerrechtlich verbindlich fest, daß die irakische Invasion „einen Bruch des internationalen Friedens und der Sicherheit“ darstelle. Er verurteilte die Invasion, bestand darauf, daß der Irak alle seine Truppen „umgehend und bedingungslos“ aus Kuwait zurückziehe, forderte Kuwait und Irak auf, die bestehenden Differenzen durch die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen beizulegen und entschied, „weitere Schritte“ ins Auge zu fassen, um die Durchführung dieser Resolution zu erreichen<sup>23</sup>). Nie zuvor in der Geschichte der Vereinten Nationen waren die Mitglieder des Sicherheitsrates derart schnell übereingekommen, solch weitreichende Entscheidungen zu treffen<sup>24</sup>).

Der Tag der irakischen Invasion Kuwaits war zufälligerweise auch der letzte Tag bilateraler Gespräche zwischen den Außenministern der USA und der UdSSR im sibirischen Irkutsk. Äußerungen Schewardnadses zufolge waren beide Seiten vor dem Bekanntwerden des irakischen Einmarsches nur kurz auf die Situation an der Grenze zwischen Irak und Kuwait eingegangen. Baker sei angesichts der irakischen Truppenkonzentrationen sehr besorgt gewesen, während Schewardnadsse zu diesem Zeit-

punkt — nach eigenen Angaben — eine weitere Verschlechterung der Lage „nahezu ausgeschlossen“ habe<sup>25</sup>). Als beide Außenminister kurz vor Beendigung ihrer offiziellen Gespräche gegen 11.10 Uhr Ortszeit eine erste Nachricht über den irakischen Einmarsch erreichte, verschob Baker seinen Abflug in die Mongolei um etwa 40 Minuten, um mit seinem Amtskollegen die neue Situation zu besprechen. Dabei soll Baker darauf gedrungen haben, daß die Sowjetunion ihre Waffenlieferungen an den Irak einstelle. Aufgrund der unsicheren Informationslage zu diesem Zeitpunkt kamen beide Seiten jedoch lediglich überein, sich möglicherweise kurzfristig ein zweites Mal zu treffen, falls sich die Situation verschlechtere<sup>26</sup>).

Nachdem das ganze Ausmaß der irakischen Invasion in Kuwait offenbar geworden war, trafen beide Staaten zusätzlich zur Verurteilung durch die Vereinten Nationen eine Reihe von unilateralen Sanktionsmaßnahmen gegen den Irak. Das sowjetische Außenministerium ließ bereits am Nachmittag des 2. August verkünden, daß die Sowjetunion sämtliche Waffenlieferungen an den Irak eingestellt habe<sup>27</sup>). Im Verlauf des Tages kamen die USA und die Sowjetunion überein, daß Außenminister Baker seinen Besuch in der Mongolei abkürzen und auf dem Rückflug eine kurze Zwischenlandung in Moskau einlegen würde, um mit Schewardnadsse das weitere Vorgehen in der Kuwait-Krise zu koordinieren<sup>28</sup>). Auf amerikanischen Vorschlag verabschiedeten beide Seiten bei diesem Treffen eine gemeinsame Erklärung, in der sie „den ungewöhnlichen Schritt“ bekannt gaben, „gemeinsam den Rest der internationalen Staatengemeinschaft aufzufordern, zusammen mit uns sämtliche Waffenlieferungen an den Irak einzustellen“. Es reiche nicht aus, so die beiden Außenminister, die irakische Aggression zu verurteilen. Vielmehr müßten die UN-Resolution 660 „vollständig und umgehend implementiert“ und darüber hinaus „praktische Schritte“ unternommen werden, um „diese ekla-

<sup>23</sup>) Vgl. UNSC Doc. S/RES/660 (1990) vom 2. August 1990. Zu den Stellungnahmen der einzelnen Staaten während der Debatte im UN-Sicherheitsrat vgl. Provisional Verbatim Record of the 2932nd Meeting of the United Nations Security Council, New York vom 2. August 1990, UN Doc. S/PV.2932 vom 2. August 1990.

<sup>24</sup>) Im Kapitel VII der UN-Charta wurden von den Gründungsmitgliedern der Vereinten Nationen die wirksamsten Instrumente zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung des internationalen Friedens niedergelegt. Aufgrund der jahrzehntelangen Lähmung der UN durch den Ost-West-Konflikt wurde dieses Kapitel vor der irakischen Invasion in Kuwait nur in sechs Fällen als Grundlage von UN-Beschlüssen herangezogen: 1948 im arabisch-israelischen Krieg; 1950 im Korea-Krieg; zwischen 1965 und 1979 zur Durchsetzung der Sanktionen gegen das rassistische Regime in Rhodesien sowie 1977 zum selben Zweck gegenüber Südafrika; 1982 im Falkland-Krieg und 1987 im Iran-Irak-Krieg; vgl. hierzu Anthony Parsons, *The United Nations Comes into its own*, in: *Middle East International*, Nr. 382 vom 31. August 1990, S. 27–29.

<sup>25</sup>) Vgl. die Äußerungen Schewardnadses, zit. in: *Moscow TASS in English* vom 3. August 1990, in: *FBIS-SOV* vom 6. August 1990, S. 9; vgl. ferner den Wortlaut eines „Hintergrundgesprächs“ mit einem „hohen Beamten des Außenministeriums“ vom 3. August 1990, in: *U.S. Policy Information and Texts*, Nr. 103 vom 6. August 1990, S. 44 f.

<sup>26</sup>) Vgl. zu diesen Hintergrundinformationen M. Yusin, *From Mutual Understanding to Interaction*, *Izvestiya* vom 4. August 1990, in: *FBIS-SOV* vom 7. August 1990, S. 6; vgl. ferner Michael Dobbs, *Moscow Halts Supply of Arms to Baghdad*; Baker, *Soviet to Meet*, in: *Washington Post* vom 3. August 1990, S. 25.

<sup>27</sup>) Vgl. *Moscow TASS in English* vom 2. August 1990, in: *FBIS-SOV* vom 3. August 1990, S. 24.

<sup>28</sup>) Vgl. die sowjetische Pressemitteilung vom 2. August 1990, *Moscow World Service in English*, in: *FBIS-SOV* vom 3. August 1990, S. 17.



tante Verletzung der grundlegenden Normen zivilisierten Verhaltens“ rückgängig zu machen<sup>29)</sup>.

Ähnlich wie im Falle der schnellen Verständigung über die UN-Resolution stellte auch diese gemeinsame amerikanisch-sowjetische Erklärung ein Novum dar. Dies wurde von beiden Seiten mehrfach hervorgehoben. Besonders bemerkenswert war die Tatsache, daß die Sowjetunion dem harschen Wortlaut der Erklärung zustimmte und ein völliges Waffenembargo über jenen Irak verhängte, dem gegenüber sie durch einen weiterhin gültigen Vertrag zu „unverbrüchlicher Freundschaft“ und „umfassender Zusammenarbeit“ (gerade auch im Verteidigungssektor) verpflichtet war; einem Vertrag, in dem beide Seiten einander zugesichert hatten, sich nicht an „Aktionen oder Maßnahmen“ zu beteiligen, die gegen die andere Vertragspartei gerichtet sind<sup>30)</sup>. Gerade diese vertraglichen Verpflichtungen hatten es der sowjetischen Führung nicht leicht gemacht, ein Waffenembargo zu verhängen. Ganz im Gegenteil, angesichts langjähriger Beziehungen sei dies, so Schewardnadse vor der Presse, „eine recht schwierige Entscheidung“ gewesen. Die Sowjetunion habe sich jedoch „gezwungen“ gesehen, diese Maßnahmen zu ergreifen, weil „diese Aggression weder mit den Prinzipien des neuen politischen Denkens noch mit den Prinzipien des zivilisierten Umgangs zwischen Nationen vereinbar ist“<sup>31)</sup>. Befragt, ob Schewardnadse und Baker auch über eine mögliche „militärische Intervention“ gesprochen hätten, antwortete der sowjetische Außenminister, daß die Sowjetunion „über keinerlei Pläne dieser Art“ verfüge und auch die USA nach seinem Verständnis „zum jetzigen Zeitpunkt keine derartigen Pläne“ haben<sup>32)</sup>.

Präsident Bush hatte in der Tat am 2. August zuerst angedeutet, daß er eine militärische Reaktion nicht

<sup>29)</sup> Text der Gemeinsamen Erklärung der USA und der UdSSR vom 3. August 1990, in: U.S. Policy Information and Texts, Nr. 103 vom 6. August 1990, S. 21.

<sup>30)</sup> Vgl. insbesondere die Artikel 1, 7, 8, 9 und 10 des Vertrages über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Irak, abgedruckt in: Archiv der Gegenwart, 42 (1972), S. 17025.

<sup>31)</sup> Schewardnadse äußerte sich in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Baker im Anschluß an ihr gut einstündiges Treffen am 3. August 1990 (zum Wortlaut der Pressekonferenz vgl. U.S. Policy Information and Texts, Nr. 103 vom 6. August 1990, S. 30). Ein hoher Beamter des US-Außenministeriums bestätigte anschließend, daß die sowjetische Führung zuerst gezögert, nach Abwägung der „unmißverständlichen und illegitimen Natur“ des irakischen Einmarsches und nach Berücksichtigung möglicher Konsequenzen für das „sich entwickelnde amerikanisch-sowjetische Verhältnis“ aber zugestimmt habe. Vgl. Transcript of a Background Briefing by a Senior State Department Official, 3. August 1990, in: U.S. Policy Information and Texts, Nr. 103 vom 6. August 1990, S. 40.

<sup>32)</sup> Vgl. die ebd. angeführte Pressekonferenz, S. 33.

in Betracht ziehen würde, schon am darauffolgenden Tag aber mehrere Male hervorgehoben, daß seine Administration keine Option ausschließe<sup>33)</sup>. Bereits am 4. August, also unmittelbar nach Bakers Rückkehr, entschied er nach Rücksprache mit seinen engsten Beratern und trotz starker Bedenken der militärischen Führung, daß das Pentagon alle Vorbereitungen für die Entsendung von US-Truppen nach Saudi-Arabien treffen solle. Die entsprechenden Befehle wurden in der Nacht zum Montag nach zahlreichen persönlichen Telefongesprächen Bushs mit verbündeten Regierungschefs vorbereitet und am Montag ausgegeben. Am Dienstag wurden die ersten Truppen nach Saudi Arabien entsandt<sup>34)</sup>. Parallel zur Entsendung der amerikanischen Truppen verabschiedete der Sicherheitsrat eine zweite Resolution, in der ein für alle Staaten verbindliches Embargo über den Irak und das besetzte Kuwait verhängt wurde<sup>35)</sup>.

Mit der Entsendung amerikanischer Truppen und mit der zweiten weitreichenden Resolution des Weltsicherheitsrates waren innerhalb einer Woche nach dem irakischen Einmarsch in Kuwait die entscheidenden Parameter gesetzt. Durch die Verabschiedung dieser Resolutionen hatten sich die Vereinten Nationen allerdings auch unter beträchtlichen Erfolgszwang gesetzt, denn anders als in den unzähligen internationalen Krisensituationen in den vorangegangenen Jahrzehnten hatten sich die Mitglieder des Sicherheitsrates nicht auf unverbindliche Empfehlungen, sondern auf einen völkerrechtlich verbindlichen Forderungskatalog und entsprechende Zwangsmaßnahmen festgelegt. Wenn diese Krise, so die von zahlreichen Diplomaten vertretene Auffassung, ein neues Zeitalter einläuten sollten, in dem die Vereinten Nationen die ihr ursprünglich zugeordnete friedenserhaltende Führungsrolle in der internationalen Politik ausübten, dann dürfe der sich in den UN-Resolutionen manifestierende politische Wille der internationalen Staatengemeinschaft nicht dadurch in Zweifel gezogen werden, daß der Sicherheitsrat nicht durch begleitende Maßnahmen sicherstellt, daß seine Entscheidungen auch tatsächlich durchgesetzt werden würden.

In dieser Entscheidungssituation kam den Vereinigten Staaten eine herausragende Bedeutung zu. Die Bush-Administration hatte durch die Entsendung

<sup>33)</sup> Vgl. Iraq Warns Against Intervention, in: International Herald Tribune vom 3. August 1990, S. 1.

<sup>34)</sup> Vgl. Ann Devroy/Dan Balz, For Bush, Moment of Decision Came Saturday at Camp David, in: Washington Post vom 9. August 1990, S. 31; vgl. ferner Molly Moore, Pentagon Provides Bush with List of Options for Defending Saudis. No Major Deployment of U.S. Ground Forces Said Recommended, in: Washington Post vom 4. August 1990, S. 17.

<sup>35)</sup> Vgl. UNSC Doc. S/RES/661 (1990) vom 6. August 1990.

von Truppen und durch öffentliche Erklärungen frühzeitig deutlich gemacht, daß sie den Druck auf Saddam Hussein soweit erhöhen wollte, daß dieser sich aus Kuwait zurückzieht. Schon wenige Tage nach Verhängung der Sanktionen durch den Sicherheitsrat verkündete der US-Außenminister, daß die USA einer formellen Bitte der kuwaitischen Regierung entsprechen werde und alle Schiffe, die unter dem Verdacht stünden, die UN-Sanktionen zu unterlaufen, „mit den notwendigen und angemessenen Mitteln“ stoppen würde<sup>36</sup>). Obgleich dies unter Berufung auf das Recht zur „individuellen und kollektiven Selbstverteidigung“ nach Artikel 51 der UN-Charta zulässig war, hatte die Bush-Administration mit der Ankündigung dieser unilateralen Maßnahme ein unübersehbares Zeichen gesetzt, daß sie im Ernstfall nicht bereit sein würde, die Implementierung der aus ihrer Sicht gebotenen Strategie den Erfordernissen einer multilateralen Abstimmung im Weltsicherheitsrat unterzuordnen<sup>37</sup>).

Die heftigen Proteste der engsten Verbündeten und der Sowjetunion, daß der von den USA eingeschlagene Weg den gerade erst neu begründeten Konsens der internationalen Staatengemeinschaft im Rahmen der Vereinten Nationen aufs Spiel setzen würde<sup>38</sup>), führte jedoch schon wenige Tage später zu einer Korrektur der amerikanischen Politik. Zwar ließ die Bush-Administration nicht von ihrem Ziel ab, die Sanktionsmaßnahmen notfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen, aber sie erklärte sich nunmehr zumindest bereit, durch Sondierungen im Weltsicherheitsrat zu prüfen, inwieweit diese Vorgehensweise durch die Vereinten Nationen legitimiert werden könnte<sup>39</sup>). Der Bush-Administration war dabei vor allem daran gelegen, daß die sowjetische Führung diesem Kurs explizit zustimmte, da dies einer jeden Resolution ein Höchstmaß an internationaler Legitimation verleihen würde. Ähnlich wie Anfang August erwies sich auch in dieser Situation das „neue Verhältnis“ zwischen beiden Weltmächten als wichtigster Hebel im Machtkalkül der Bush-Administration<sup>40</sup>). Obgleich die sowjetische Führung (wie zahlreiche andere Mitglieder des Sicherheitsrates) zuerst abwar-

ten wollte, ob die Sanktionen tatsächlich in einem Maße unterlaufen werden würden, daß militärische Mittel gerechtfertigt wären, stimmte sie einer abgemilderten Version der Resolution nach intensiver „Telephon-Diplomatie“ zwischen den Außenministern Baker und Schewardnadse<sup>41</sup>) und weiteren ergebnislosen Gesprächen und Notenwechseln mit der irakischen Führung<sup>42</sup>) zu.

Die Resolution 665 des Sicherheitsrates ist ein Meilenstein in der 45jährigen Geschichte der Vereinten Nationen<sup>43</sup>). Erstmals wurde der Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung von Sanktionen autorisiert, allerdings ohne daß die Vereinten Nationen selbst die Zwangsmaßnahmen unter ihrer Flagge bzw. unter ihrem Kommando vollstreckten. Obwohl die Resolution in dieser Hinsicht eindeutig war, ließ sie doch genügend Interpretationsspielraum für jene Staaten, die sich nicht allzu deutlich mit der Anwendung von Gewalt identifizieren wollten. Zwar wurden jene Staaten der Anti-Saddam-Koalition, die im Persischen Golf Seestreitkräfte disloziert hatten (in erster Linie also die USA), ermächtigt, „angemessene“ Maßnahmen zu ergreifen, um die Sanktionsbeschlüsse durchzusetzen, andererseits wurde aber auch die Notwendigkeit hervorgehoben, daß die vorangegangenen UN-Resolutionen „mit einem maximalen Einsatz von politischen und diplomatischen Mitteln“ durchgesetzt und die zentrale Kontrollfunktion des Sicherheitsrates durch die Reaktivierung des Militärischen Stabskomitees gestärkt werden sollte<sup>44</sup>).

Die politische Dimension der Resolution wurde durch eine Vermittlungsinitiative von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar akzentuiert, die am Tage

41) Vgl. E. Sciolino/E. Pace (Anm. 39).

42) Vgl. die Äußerungen des Pressesprechers des sowjetischen Außenministeriums, Moscow Domestic Service in Russian, 23. August 1990, in: FBIS-SOV vom 24. August 1990, S. 5, sowie die TASS-Meldung über einen Notenwechsel zwischen Gorbatschow und Saddam Hussein, Moscow TASS International Service in Russian, 24. August 1990, in: FBIS-SOV vom 24. August 1990, S. 16.

43) Vgl. den Text der Resolution, UNSC Doc. S/RES/665 (1990) vom 25. August 1990.

44) Die beiden letzten Punkte wurden vor allem vom sowjetischen Außenminister zur Begründung der sowjetischen Zustimmung zur Resolution hervorgehoben; vgl. die als UN-Dokument reproduzierte Stellungnahme Schewardnades vom 25. August 1990, im Anhang zu: Letter Dated 27 August 1990. From the Permanent Representative of the Union of Soviet Socialist Republics (Yuli Vorontsov) to the United Nations Addressed to the Secretary General, UNSC Doc. S/21650 vom 27. August 1990; vgl. zu den Positionen der einzelnen Mitglieder des Sicherheitsrates ferner die Beratungen des Sicherheitsrates, in: Provisional Verbatim Record of the 2938th Meeting of the UN Security Council, UNSC Doc. S/PV.2938 vom 25. August 1990, hier insbesondere die Stellungnahmen des amerikanischen und britischen Vertreters auf der einen sowie des sowjetischen und chinesischen Vertreters auf der anderen Seite (S. 26–31 und S. 47–49 sowie S. 41–44 und S. 52–54).

36) Transcript of an Interview with U.S. Secretary of State James Baker on the ABC news program „This Week with David Brinkley“ vom 12. August 1990, in: U.S. Policy Information and Texts, Nr. 106 vom 13. August 1990, S. 26 f.

37) Vgl. zu den politischen und rechtlichen Aspekten dieser unilateralen Entscheidung Legality of Blockade, in: The Times vom 14. August 1990, S. 11.

38) Vgl. Patrick E. Tyler/Al Kamen, 4 U.N. Members Fault Blockade, in: Washington Post vom 14. August 1990, S. 1.

39) Vgl. Elaine Sciolino/Eric Pace, How U.S. Got U.N. Backing For Use of Force in the Gulf, in: New York Times vom 30. August 1990, S. 1.

40) Vgl. hierzu die implizite Warnung eines US-Diplomaten an die Adresse der Sowjetunion: John M. Goshko, U.S. Pushes for New Vote in U.N., in: Washington Post vom 23. August 1990, S. 35.

nach der Verabschiedung der Resolution veröffentlicht wurde<sup>45)</sup>. Da die Bemühungen des höchsten UN-Repräsentanten jedoch ergebnislos verliefen, galt auch in den folgenden Wochen das Hauptinteresse der internationalen Öffentlichkeit den beiden Weltmächten. Als weitere symbolische Geste zur Unterstreichung der neuen Qualität der bilateralen Beziehungen vereinbarten die Präsidenten Bush und Gorbatschow, kurzfristig zu einem Gipfeltreffen zusammenzutreffen, bei dem die irakische Aggression zentraler Tagesordnungspunkt sein sollte. Im Vorfeld des Treffens wurde bekannt, daß die Bush-Administration der sowjetischen Führung weitreichende Wirtschaftshilfe für den Fall angeboten hatte, daß sie ihre noch im Irak verbliebenen Militärs abziehen und sich mit einem eigenen Truppenkontingent an der multilateralen Streitmacht im Golf beteiligen würde<sup>46)</sup>. Beim Gipfeltreffen zwischen Bush und Gorbatschow am 9. September in Helsinki wollte die sowjetische Führung diesen beiden Anliegen zwar nicht entsprechen, aber Gorbatschow erklärte sich bereit, in Abstimmung mit den Vereinigten Staaten notfalls weitere Zwangsmaßnahmen im Einklang mit der UN-Charta zu ergreifen, wenn die bereits verabschiedeten Resolutionen nicht vollständig implementiert würden<sup>47)</sup>. Die Tatsache, daß Gorbatschow in seinen Unterredungen mit Bush nicht darauf bestanden hatte, eine militärische Option explizit auszuschließen, wurde von US-Außenminister Baker als Signal gewertet, daß die Sowjetunion am Ende auch bereit sein würde, dieses letzte Mittel zu unterstützen, wenn die Sanktionen und diplomatischen Initiativen nicht zum Ziel führen würden<sup>48)</sup>.

Für Gorbatschow und seinen Außenminister stellen die im Gemeinsamen Kommuniqué enthaltenen Forderungen weitreichende Zugeständnisse an die US-Position dar. Vor dem Hintergrund zunehmender Differenzen zwischen Gorbatschow, Schewardnadse und einigen wenigen Reformern auf der einen und dem Apparat des sowjetischen Außenministeriums sowie weiter Teile der sowjetischen

Streitkräfte auf der anderen Seite<sup>49)</sup> waren diese Zugeständnisse umso bemerkenswerter. Auf der Haben-Seite konnten die Sowjets jedoch auch auf einige Zugeständnisse der US-Administration verweisen, denn nach Jahrzehnten heftigster Rivalität im Nahen und Mittleren Osten gestand ein US-Präsident der Sowjetunion nicht nur erstmals ein Mitspracherecht in allen die Region betreffenden Fragen zu. Bush willigte darüber hinaus auch in die Forderung Gorbatschows ein, daß nach der ständigen Erhöhung des politischen Drucks auf die irakische Führung in den vorangegangenen Wochen nunmehr eine Pause eingelegt und intensiv nach diplomatischen Lösungen gesucht werden müßte<sup>50)</sup>.

Die beiden Monate zwischen dem Helsinki-Gipfel und der Entscheidung der Bush-Administration Anfang November, von einer defensiven zu einer offensiven Strategie überzugehen, brachten die Krise um Kuwait einer Lösung nicht näher, obgleich (oder: gerade weil) sich zahlreiche Vermittler aus den verschiedensten Staaten auf der Suche nach einer diplomatischen Lösung nach Bagdad begaben. Wiederholte Meldungen, daß Saddam Hussein bereit sei, Zugeständnisse zu machen, wurden häufig schon nach wenigen Stunden von irakischer Seite dementiert. Diese Art der öffentlichen Brückierung mußte sich auch die Sowjetunion gefallen lassen, als sie Mitte und Ende Oktober einen engen Berater Gorbatschows nach mehrtägigen Vermittlungsbemühungen in Bagdad zweimal mit leeren Händen nach Moskau zurückkehren sah<sup>51)</sup>. Der sich verstärkende Eindruck, daß Saddam Hussein diese Vermittlungsversuche als ein Zeichen der

<sup>45)</sup> Vgl. William Claiborne, U.N. Leader to Hold Talks With Iraqi in Mediation Bid, in: Washington Post vom 27. August 1990, S. 1.

<sup>46)</sup> Vgl. Karen Tumulty, U.S. Offers Soviets Economic Aid for Cooperation on Iraq, in: Los Angeles Times vom 6. September 1990, S. 1.

<sup>47)</sup> Vgl. Joint Communiqué of the Summit Meeting between U.S.-President Bush and Soviet President Gorbachev, Helsinki vom 9. September 1990, in: U.S. Policy Information and Texts, Nr. 119 vom 10. September 1990, S. 9–10; vgl. ferner Transcript of the Joint News Conference of U.S.-President Bush and Soviet President Gorbachev, ebd., S. 11–22.

<sup>48)</sup> Vgl. Transcript of a News Briefing by U.S. Secretary of State James Baker, Helsinki vom 9. September 1990, in: U.S. Policy Information and Texts, Nr. 120 vom 11. September 1990, S. 20.

<sup>49)</sup> Vgl. beispielsweise die Kritik des stellvertretenden sowjetischen Außenministers Belonogov vor dem Auswärtigen Ausschuß des Obersten Sowjet (Moscow TASS International Service in Russian, 30. August 1990, in: FBIS-SOV vom 31. August 1990, S. 10) sowie die Warnung vor expansionistischen Bestrebungen der USA durch den Generalstabschef der Warschauer Pakt Truppen, General Lobov, vor demselben Ausschuß (Moscow TASS in English, 30. August 1990, in: FBIS-SOV vom 31. August 1990, S. 12); vgl. ferner die Zurückweisung dieser Kritik durch Außenamtssprecher Gerasimov, in: Michael Dobbs, Moscow's Spokesman Defends U.S. Against Military Critics of Buildup, in: Washington Post vom 4. September 1990, S. 1; vgl. auch Berichte über Differenzen innerhalb der sowjetischen Führung aufgrund von Hintergrundinformationen der amerikanischen Nachrichtendienste, Bill Gertz/Martin Sieff, Soviet Military Aiding Saddam, in: Washington Times vom 23. August 1990, S. 1; Martin Sieff, Iraq Crisis Widens Gap Between Soviet Military, Civilian Leaders, in: Washington Times vom 5. September 1990, S. 7.

<sup>50)</sup> Vgl. David Hoffman, Bush, Gorbachev Toughen Stand Against Iraq, in: Washington Post vom 10. September 1990, S. 1.

<sup>51)</sup> Vgl. Edward Cody, Diplomacy in a Stall, in: International Herald Tribune vom 16. Oktober 1990, S. 1; Paul Lewis, Baghdad Not Ready to Compromise, Moscow Says, in: International Herald Tribune vom 27./28. Oktober 1990, S. 1.

Schwäche auslegte, und neue Geheimdienstinformationen, daß die irakische Führung gezielt versuchte, den (falschen) Eindruck zu erzeugen, daß die Sanktionsmaßnahmen zu wirken begannen, um dadurch einen Angriff der Anti-Saddam-Koalition hinauszuzögern<sup>52</sup>), ließen ab Mitte Oktober innerhalb der Bush-Administration die Bereitschaft wachsen, den militärischen Druck durch die Entsendung zusätzlicher Soldaten weiter zu erhöhen.

Am 8. November teilte Präsident Bush auf einer Pressekonferenz mit, daß er angeordnet habe, die Stärke der US-Streitkräfte so weit zu erhöhen, daß die Anti-Saddam-Koalition über „eine angemessene Offensivoption verfügt, falls dies notwendig werden sollte, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen“<sup>53</sup>). Im Unterschied zum Alleingang der US-Administration Mitte August waren dieser Entscheidung langwierige Konsultationen mit den engsten Verbündeten und der Sowjetunion vorausgegangen. In seiner Pressekonferenz betonte Bush zwar, daß der Artikel 51 der UN-Charta nach Auffassung seiner Administration nach wie vor eine hinreichende rechtliche Grundlage zum Einsatz militärischer Mittel biete und daß eine weitere UN-Resolution nicht unbedingt notwendig sei<sup>54</sup>), aber in ihren diplomatischen Aktivitäten hatte die US-Regierung schon seit Anfang Oktober durchklingen lassen, daß sie alles unternehmen wollte, um eine solche Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat zu erhalten. Auf einer Rundreise durch den Nahen Osten und Europa Anfang November drängte US-Außenminister Baker die Verbündeten in der Anti-Saddam-Koalition einschließlich der Sowjetunion, einer Autorisierung militärischer Gewaltanwendung durch den Sicherheitsrat zuzustimmen<sup>55</sup>). Es ist daher gewiß kein Zufall, daß der amerikanische Präsident mit der Verkündung seiner Entschei-

dung zur Entsendung weiterer Truppen in den Golf wartete, bis sein Außenminister seine Gespräche in Moskau beendet hatte. In diesen Gesprächen wurde deutlich, daß die sowjetische Führung zwar nicht mehr ausschließen wollte, daß „eine Situation entstehen könnte, in der (die Anwendung von Gewalt) notwendig würde“<sup>56</sup>), aber Schewardnadse und Gorbatschow unterstrichen wiederum, daß sie diplomatische Initiativen nach wie vor vorzögen und jegliche Entscheidung über die Anwendung von Gewalt im Rahmen der Vereinten Nationen getroffen werden müsse<sup>57</sup>).

Der nochmaligen Erhöhung des Drucks durch diese Entscheidung der Bush-Administration folgten weitere drei Wochen intensiver diplomatischer Bemühungen, die auf irakischer Seite wiederum keinerlei Einlenken erkennen ließen. Dem Versuch seitens des marokkanischen Königs, durch die Einberufung einer arabischen Gipfelkonferenz einer „arabischen Lösung“ den Weg zu ebneten<sup>58</sup>), war (wie von Kennern der Region schon vorher vorausgesagt<sup>59</sup>) genausowenig Erfolg beschieden, wie allen anderen Vermittlungsinitiativen zuvor. Aus der Sicht der Bush-Administration wurde die Kuwait-Krise daher immer stärker zu einem Wettlauf mit der Zeit: jene selbst nach optimistischen Schätzungen mindestens ein bis zwei Jahre, die es erfordern würde, um den Sanktionen zum Erfolg zu verhelfen<sup>60</sup>), waren mit jedem Tag weniger akzeptabel – nicht nur weil mit schwindender Zeit der Zusammenhalt der Koalition zunehmend in Frage gestellt war und die Moral der alliierten Truppen an der Grenze zu Kuwait untergraben zu werden drohte, sondern auch, weil die USA befürchteten, daß die irakische Führung im Falle einer militärischen Konfrontation zu einem späteren Zeitpunkt über ein noch größeres Arsenal an zerstörerischen Waffen

<sup>52</sup>) Vgl. John F. Burns, *Is UN Embargo Working? Baghdad's Bounty of Food Raises Doubts*, in: *International Herald Tribune* vom 18. Oktober 1990, S. 1; Youssef M. Ibrahim, *Iraq Gas-Ration Plan, Now Over, Seen as Bluff to Stall Attack*, in: *International Herald Tribune* vom 29. Oktober 1990, S. 1.

<sup>53</sup>) Transcript of a News Conference by U.S. President Bush, Washington, D.C., 8. November 1990, in: *U.S. Policy Information and Texts*, Nr. 154 vom 9. November 1990, S. 14.

<sup>54</sup>) Vgl. Transcript of a News Conference by U.S. President Bush, ebd., S. 16. UN-Generalsekretär Perez de Cuellar vertrat dagegen die Auffassung, daß der Artikel 51 nicht mehr zur Rechtfertigung einer militärischen Offensive herangezogen werden könne, weil der Sicherheitsrat in dieser Angelegenheit bereits aktiv geworden sei und adäquate Maßnahmen ergriffen habe, um den internationalen Frieden wiederherzustellen; vgl. *UN Chief Hints at Illegality of Force*, in: *International Herald Tribune* vom 10./11. November 1990, S. 4.

<sup>55</sup>) Vgl. *Baker Pressing for UN Approval to Use Force Against Iraq*, in: *International Herald Tribune* vom 5. November 1990, S. 5.

<sup>56</sup>) Transcript of a Press Briefing by U.S. Secretary of State Baker and Soviet Foreign Minister Shevardnadze, Moscow, 8. November 1990, in: *U.S. Policy Information and Texts*, Nr. 154 vom 9. November 1990, S. 25.

<sup>57</sup>) Auch die anderen Verbündeten der USA hatten Baker gegenüber deutlich gemacht, daß sie eine militärische Aktion nur unterstützen würden, wenn diese durch die Vereinten Nationen autorisiert wäre, vgl. Thomas L. Friedman, *U.S. Partners Want UN to Approve Any Strike in Gulf*, in: *International Herald Tribune* vom 8. November 1990, S. 1.

<sup>58</sup>) Vgl. Edward Cody, *Morocco Asks Arab Summit*, in: *International Herald Tribune* vom 12. November 1990, S. 1.

<sup>59</sup>) Vgl. Bassam Tibi, *Ein dauernder Streit unter „Brüdern“: Gibt es eine „arabische Lösung“ für die Golfkrise?*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6. November 1990, S. 14.

<sup>60</sup>) Vgl. R. Jeffrey Smith/George Lardner, Jr., *U.S. Officials Don't Expect „Heartburn“ Soon for Hussein*, in: *International Herald Tribune* vom 26. November 1990, S. 4; Daniel Hofmann, *Große Erfolgchancen der Irak-Sanktionen? Optimistisches Privatgutachten, Skepsis der Washingtoner Administration*, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 9./10. Dezember 1990, S. 13f.

(vielleicht sogar über Nuklearwaffen) verfügen könnte<sup>61</sup>).

Unter dem Vorsitz der USA begannen daher die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates am 19. November mit den Beratungen über die 12. UN-Resolution im Zusammenhang mit der Kuwait-Krise, die den Einsatz von Gewalt zur Befreiung Kuwaits legitimieren sollte<sup>62</sup>). Während sich US-Präsident Bush bereits am 23. November nach Gesprächen mit Ägyptens Präsident Mubarak im November optimistisch äußerte, daß der Sicherheitsrat kurz vor einer Entscheidung über den Einsatz von Gewalt stünde<sup>63</sup>), richteten die beiden Außenminister Chinas und der Sowjetunion am selben Tag einen letzten eindringlichen Appell an die Adresse des Irak, den UN-Resolutionen Folge zu leisten<sup>64</sup>).

Nachdem auch dieser Appell und eine weitere Warnung des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow<sup>65</sup>) keine Änderung der irakischen Haltung bewirkte, verabschiedete der Sicherheitsrat am 29. November die bislang weitreichendste Resolution in seiner Geschichte: „feststellend, daß der Irak sich trotz aller Bemühungen der Vereinten Nationen weigert, seiner Verpflichtung nachzukommen, die Resolution 660 (vom 2. August) und die darauffolgenden . . . relevanten Resolutionen zu erfüllen“, beschloß der Rat, „dem Irak eine Gnadenfrist einzuräumen, um ihm eine letzte Gelegenheit zu geben, dies zu tun“. Des weiteren bevollmächtigte der Sicherheitsrat „seine Mitgliedsstaaten, die mit der Regierung von Kuwait zusammenarbeiten, alle notwendigen Mittel einzusetzen, um die . . . Resolutionen umzusetzen und zu verwirklichen, um den Frieden und die internationale Sicherheit in der Region wiederherzustellen, wenn der Irak nicht bis zum 15. Ja-

nuar 1991 die (entsprechenden) Resolutionen . . . voll angewendet hat“<sup>66</sup>).

Anders als bei der einzigen anderen vom Sicherheitsrat autorisierten Militäraktion hatte der Rat damit darauf verzichtet, ein UN-Kommando zu errichten oder spezifische Regeln zu erlassen, die eine direkte Überwachung möglicher Militäraktionen durch die Vereinten Nationen gewährleisten würden. Vielmehr wurde es den USA und ihren Verbündeten überlassen, selbst zu entscheiden, welche Mittel sie für notwendig erachteten<sup>67</sup>). Das nur einen Tag nach der Verabschiedung der Resolution veröffentlichte Angebot Bushs, „um des Friedens willen eine extra Meile zu gehen“ und in die bislang strikt abgelehnten direkten Gespräche mit dem Irak einzuwilligen<sup>68</sup>), deuteten jedoch an, daß die Bush-Administration auch nach der UN-Zustimmung zur Gewaltanwendung daran interessiert war, alles zu unternehmen, um jenen keinen Anlaß zur Kritik zu geben, die ihr vorwarfen, sie würde nicht genügend unternehmen, um eine diplomatische Lösung zu erzielen.

In den eineinhalb Monaten zwischen der Verabschiedung der Resolution 678 des UN-Sicherheitsrats und dem Ablauf des UN-Ultimatums Mitte Januar wurden die diplomatischen Aktivitäten nochmals intensiviert. Mit jedem Tag, mit dem der 15. Januar näher rückte, wurde jedoch deutlich, wie wenig Spielraum der Diplomatie eigentlich verblieben war. Besonders drastisch zeigte sich dies bei dem amerikanisch-irakischen Gerangel um Termine und Tagesordnungen für die beiden ursprünglich ins Auge gefaßten direkten Gespräche in Washington und Bagdad. Die Anti-Saddam-Koalition beharrte – vor allem unter dem Druck der angelsächsischen Achse – darauf, daß von den UN-Resolutionen keinerlei Abstriche gemacht würden und insbesondere der von der irakischen Führung geforderte direkte Zusammenhang zwischen der Palästina-Frage und der Besetzung Kuwaits nicht hergestellt werden könne<sup>69</sup>). Saddam Hussein machte sich seinerseits mit Analogien zur amerikanischen Vietnam-Erfahrung Mut, daß die USA, selbst wenn sie angreifen würden, den Krieg nicht solange durchhalten könnten, um ihn nicht nur militärisch

<sup>61</sup>) Zu einer kritischen Einschätzung der Fähigkeit des Irak, Nuklearwaffen zu bauen, vgl. Patrick E. Tyler, *Iraqi Bomb Is Possible, Not Likely*, in: *International Herald Tribune* vom 9. November 1990, S. 2; Malcolm W. Browne, *Unless Checked, Iraq's Nuclear Arsenal Is a Decade Away, Experts Say*, in: *International Herald Tribune* vom 19. November 1990, S. 1, sowie den auf neueren nachrichtendienstlichen Informationen basierenden Bericht von Jeffrey Smith, *Saddam Hussein and the Bomb: Will Crisis Lead Him to Build a Primitive Device?*, in: *International Herald Tribune* vom 30. November 1990, S. 3.

<sup>62</sup>) Vgl. *UN War Text Being Discussed*, in: *International Herald Tribune* vom 20. November 1990, S. 1.

<sup>63</sup>) Vgl. *Transcript of a News Conference by US-President Bush and Egyptian President Mubarak*, Cairo, 23. November 1990, in: *U.S. Policy Information and Texts*, Nr. 161 vom 26. November 1990, S. 10f.

<sup>64</sup>) Vgl. Nicholas D. Kristof, *Beijing and Moscow Won't Rule Out Force in Gulf*, in: *International Herald Tribune* vom 24./25. November 1990, S. 2.

<sup>65</sup>) Vgl. David Remnick, *Quit Kuwait or Else, Moscow Warns Iraq*, in: *International Herald Tribune* vom 27. November 1990, S. 1.

<sup>66</sup>) Text der UN-Resolution, UNSC Doc. S/RES/678 (1990) vom 29. November 1990.

<sup>67</sup>) Vgl. hierzu die kritischen Anmerkungen von John Gerard Ruggie, *Is America Pursuing the Right „New World Order“?*, in: *The San Diego Union* vom 2. Dezember 1990, S. 8.

<sup>68</sup>) Vgl. *Transcript of a Statement by and a News Conference with President Bush*, Washington, D.C., 30. November 1990, in: *U.S. Policy Information and Texts*, Nr. 164 vom 3. Dezember 1990, S. 16.

<sup>69</sup>) Vgl. den Brief des US-Präsidenten an Saddam Hussein, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 14. Januar 1991, S. 6.

zugewinnen, sondern auch politisch in ihrem Sinne zu entscheiden. Angesichts dieser Konstellation sah UN-Generalsekretär Perez de Cuellar nach einem letzten verzweifelten Vermittlungsversuch in Bagdad „keinen Grund (mehr), optimistisch zu sein“<sup>70)</sup>. Auf Anweisung von Präsident Bush unter-

zeichnete der amerikanische Verteidigungsminister Cheney daher bereits neun Stunden vor Ablauf des UN-Ultimatums am 15. Januar den Angriffsbefehl für die „Operation Wüstensturm“<sup>71)</sup>. 33 Stunden später begannen die Luftangriffe der alliierten Streitkräfte.

### III. Die Kuwait-Krise und die Weltordnung der neunziger Jahre

Obleich der Krieg um Kuwait am 17. Januar 1991 eskalierte und damit die diplomatischen Bemühungen der Anti-Saddam-Koalition gescheitert waren, stellt der von niemandem erwartete Zusammenhalt dieser Koalition über eine Periode von fünfeinhalb Monaten einen beispiellosen Erfolg multilateraler Diplomatie in der Nachkriegsgeschichte dar. Dieser Erfolg wurde gewiß durch eine Reihe von Faktoren begünstigt, die nicht unmittelbar mit dem neuen Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion oder der neuen Effektivität der Vereinten Nationen zusammenhängen. Dazu zählen u. a. die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges präzedenzlose Brutalität des irakischen Vorgehens: keinem Mitgliedstaat der UN konnte daran gelegen sein, auch nur durch die Duldung dieser Aktion eine Legitimationsbasis für ähnliche Handlungen in der Zukunft zu schaffen. Des weiteren ist zu diesen Faktoren zu rechnen, daß es sich zwei der primär betroffenen Konfliktparteien, Kuwait und Saudi-Arabien, leisten konnten, sowohl den Truppenaufmarsch am Golf zu finanzieren als auch durch Kompensationsleistungen für jene Staaten, die von den Folgen der Sanktionen gegen den Irak am meisten betroffen waren, die Voraussetzungen zu schaffen, daß die Koalition zusammenhielt. Saudi-Arabien konnte durch die krisenbedingte Schwächung der OPEC und die Erhöhung des Ölpreises sogar beträchtliche Einnahmesteigerungen verzeichnen.

Ein weiterer Grund für den Erfolg hat mit den geopolitischen und logistischen Gegebenheiten der Region zu tun. Von den fünf Nachbarn des Irak haben sich drei (Saudi-Arabien, Syrien, Türkei) aktiv in die Anti-Saddam-Koalition eingereiht, einer (Iran) hat zumindest seine passive Unterstützung für die Wiederherstellung der staatlichen Integrität Kuwaits zugesichert. Nur der vergleichsweise schwächste Nachbar des Irak (Jordanien) machte aus seiner Unterstützung für Hussein keinen Hehl. Dank der weitgehenden Kooperation der vier erstgenannten Staaten mit den Vereinten Nationen und aufgrund

der funktionierenden Seeblockade, die die Bedeutung Jordaniens als Transit für den Handel Iraks beträchtlich minderte, konnte daher weitgehend sichergestellt werden, daß die von den Vereinten Nationen verhängten Sanktionen nicht unterlaufen wurden.

Obleich also eine Reihe von wirtschaftlichen, geopolitischen und logistischen Faktoren den Erfolg der Anti-Saddam-Koalition begünstigten, ist nicht zu übersehen, daß die Koalition zum einen erst gar nicht zustande gekommen wäre und zum zweiten nicht zusammengehalten hätte, wenn nicht mindestens drei weitere Faktoren hinzugekommen wären. Der erste und wahrscheinlich wichtigste bestand in der Bereitschaft der Vereinigten Staaten, die Unfähigkeit und Ohnmacht der Arabischen Liga durch entschlossenes Handeln wettzumachen und in einem ersten Schritt eine glaubwürdige Abschreckung gegen ein weiteres irakisches Vordringen nach Saudi-Arabien zu etablieren. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat es die Bush-Administration sodann in der zweiten Phase verstanden, den Verführungen des Unilateralismus zu widerstehen und in zäher diplomatischer Kleinarbeit jene Kompromisse zustande zu bringen, die jeweils von einer überwältigenden Mehrheit der Mitglieder im UN-Sicherheitsrat mitgetragen wurden.

Obleich der relative Machtverlust der Vereinigten Staaten heute von niemandem mehr ernsthaft bestritten wird, hat die Kuwait-Krise erneut gezeigt, daß die USA weiterhin und gerade vor dem Hintergrund der Rolle der UdSSR die stärkste Macht des internationalen Staatensystems darstellen. Nur sie verfügen über hinreichend große Ressourcen, nur sie sind (noch) in der Lage, einen diesem Machtpotential entsprechenden Willen zur Übernahme einer Führungsrolle in der Weltpolitik aufzubringen; und nur sie sind – was häufig übersehen wird – trotz vielfältiger Vorbehalte im Ernstfall als Schutzmacht selbst für jene akzeptabel, die sich – wie etwa Kuwait – lange Jahre gegen den „amerikanischen Imperialismus“ abzugrenzen suchten.

Mehr noch, die Bush-Administration hat in der Kuwait-Krise eine Bestätigung für die These von Joseph S. Nye geliefert, daß die USA zur Beibehaltung ihrer Führungsrolle in der Weltpolitik nicht

<sup>70)</sup> Rudolph Chimelli, Perez: Kein Frieden in Sicht. Bagdad will Heiligen Krieg, in: Süddeutsche Zeitung vom 14. Januar 1991, S. 1.

<sup>71)</sup> Vgl. Leo Wieland, Mit Bomben auf Bagdad wurde aus dem Wüstenschild ein Wüstensturm, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. Januar 1991, S. 3.

nur gezwungen, sondern auch aufgerufen sind<sup>72)</sup>, weil derzeit kein anderer Staat in Sicht ist, der in ähnlicher Weise zum „Management der komplexen Interdependenz“ der neunziger Jahre in der Lage wäre.

Die vor allem in den US-Medien hervorgehobene Überlegenheit der USA<sup>73)</sup> hat allerdings etwas in den Hintergrund gedrängt, was für den Erfolg der Anti-Saddam-Koalition nicht nur unabdingbar, sondern auch alles andere als selbstverständlich war: die Bereitschaft der reformorientierten politischen Elite innerhalb der sowjetischen Führung, diesen Macht- und Prestigeverlust hinzunehmen und – ähnlich wie bereits bei der widerstandslosen Entlassung der osteuropäischen Staaten aus dem Griff der Alt-Stalinisten – durch eine konsequente Umsetzung des „neuen Denkens“ in der Praxis, bedeutenden Beitrag zur Schaffung eines neuen Vertrauensverhältnisses mit dem ehemaligen Rivalen USA zu leisten. Die Konzession der Weltführerschaft an die USA und die noch darüber hinausgehende Unterstützung der USA in dieser Rolle sind wahrscheinlich der dramatischste Beleg für die These, daß die derzeitige sowjetische Führung ein kooperatives Verhältnis mit der westlichen Führungsmacht sucht, das weit über jene „kooperative Rivalität“ hinausgeht, die von Kennern der Sowjetunion noch vor wenigen Monaten als realistischstes Szenario für die zukünftige Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten angesehen wurde<sup>74)</sup>.

Die weitreichende Zusammenarbeit der sowjetischen Führung mit dem vormaligen Erzrivalen ist umso erstaunlicher als durchaus auch weit weniger entgegenkommende Verhaltensweisen seitens der Sowjetunion vorstellbar waren, die immer noch als kooperatives Verhalten hätten interpretiert werden können. Die Lieferung von Informationen über die Ausbildung und Ausrüstung der irakischen Armee an die Beamten des Pentagons; die engen, nahezu tagtäglichen Konsultationen zwischen Moskau und Washington auf höchster politischer Ebene; die gemeinsame Erarbeitung und Einbringung von Resolutionsentwürfen im UN-Sicherheitsrat; die Abstimmung von Vermittlungsbemühungen – all dies war weit mehr als jene unilaterale wechselseitige Anpassung des Verhaltens zweier Akteure („partisan mutual adjustment“), die in der neueren Kooperationstheorie als Minimalvoraussetzung ange-

sehen wird, um von Kooperation zwischen zwei Akteuren zu sprechen<sup>75)</sup>.

Doch selbst diese beiden Faktoren (Führungsrolle der USA sowie Akzeptanz dieser Führungsrolle und Kooperationsbereitschaft seitens der Sowjetunion) hätten nicht ausgereicht, die Geschlossenheit der internationalen Staatengemeinschaft zu gewährleisten. Erst die Reaktivierung des brachliegenden Instrumentariums der Vereinten Nationen vermochte jene völkerrechtlich abgesicherte Legitimationsbasis zu schaffen, deren es bedurfte, um die internationale Staatengemeinschaft auf eine gemeinsame Vorgehensweise zu verpflichten. Beide Weltmächte haben wesentlich dazu beigetragen, das dies möglich würde: die Sowjetunion, weil sie aus wohlverstandenen Eigeninteresse (und früher als die USA) erkannt hatte, daß das Instrumentarium der Vereinten Nationen konsequent fortentwickelt und entschlossener eingesetzt werden muß<sup>76)</sup>; die USA, weil sie unter Bush mit dem wenig rühmlichen Vermächtnis Reaganscher UN-Politik gebrochen und den tiefsitzenden Neigungen der USA zum Unilateralismus widerstanden haben.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß durch die Kooperation zwischen den beiden Weltmächten im Rahmen der Vereinten Nationen (zumindest in der Konfliktformation des Ost-West-Konflikts) bedeutsame Stabilitätsgewinne zu verzeichnen sind. Ob diese Gewinne angesichts der militärischen Eskalation in der Kuwait-Krise durch möglicherweise weitreichendere Stabilitätsverluste letztlich aufgewogen werden, hängt von einer Reihe von zum Teil schwer kalkulierbaren und einander wechselseitig beeinflussenden Faktoren ab. Zu den wichtigsten zählen dabei

1. der weitere Verlauf und der Ausgang des Krieges um Kuwait,
2. die zukünftige Entwicklung amerikanischer und sowjetischer Außenpolitik vor allem im Hinblick auf die Kooperations- und Interventionsbereitschaft beider Staaten im Rahmen der Vereinten Nationen,

<sup>75)</sup> Vgl. hierzu den exzellenten Sammelband von Alexander L. George/Philip J. Farley/Alexander Dallin (Hrsg.), *U.S.-Soviet Security Cooperation. Achievements, Failures, Lessons*, New York u. a. 1988, insbesondere das Kapitel von Alexander George, *Incentives for U.S.-Soviet Security Cooperation and Mutual Adjustment*, S. 649–652.

<sup>76)</sup> Die Literatur zur UN-Politik der Sowjetunion unter Gorbatschow umfaßt zahlreiche neuere Arbeiten; hier seien nur die folgenden drei genannt: Günther Unser, *Die Sowjetunion in den Vereinten Nationen. Entwicklung und Standortbestimmung*, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, (1990) 4, Köln 1990; Thomas G. Weiss/Meryl A. Kessler, *Moscow's U.N. Policy*, in: *Foreign Policy*, 79 (1990), S. 94–112, sowie aus der Sicht eines leitenden Diplomaten im sowjetischen Außenministerium, Andrei Kozyrev, *The USSR's New Approach to the UN*, in: *International Affairs (Moscow)*, (1990) 7, S. 12–19.

<sup>72)</sup> Vgl. Joseph S. Nye, Jr., *Bound to Lead. The Changing Nature of American Power*, New York 1990.

<sup>73)</sup> Vgl. etwa R. W. Apple, Jr., *A Lone Superpower: Defining the Limits*, in: *International Herald Tribune* vom 21. August 1990, S. 1.

<sup>74)</sup> Vgl. George W. Breslauer, *On Collaborative Competition*, in: ders., *Soviet Strategy in the Middle East*, Boston 1990, S. 3–22.

3. die Fortschreibung, Anpassung und weitere systematische Anwendung des UN-Instrumentariums im internationalen Krisenmanagement und

4. die sicherheitspolitische Entwicklung in einigen krisenbedrohten Weltregionen.

Der Ausgang des Krieges um Kuwait ist mit sovielen Unwägbarkeiten behaftet, daß die langfristigen Konsequenzen für die Weltpolitik im allgemeinen und die Region des Nahen und Mittleren Ostens im besonderen zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum angemessen eingeschätzt werden können. Die meisten Experten gehen derzeit davon aus, daß die Anti-Saddam-Koalition aller Wahrscheinlichkeit den Krieg militärisch gewinnen wird. Ob dies, falls es tatsächlich dazu kommt, jedoch auch bedeuten würde daß am Ende des Krieges die politischen Voraussetzungen vorhanden sein würden, um die Region langfristig zu stabilisieren, ist höchst ungewiß.

Ein zweiter wichtiger Faktor betrifft die zukünftige Entwicklung der amerikanischen und sowjetischen Außenpolitik. In beiden Fällen (vor allem aber im Falle der USA) werden mögliche Veränderungen sehr stark vom Ausgang des Krieges abhängen. Vereinfacht ausgedrückt könnte die Einschätzung so zusammengefaßt werden: Die Bereitschaft beider Staaten, in zukünftigen Krisen sowohl auf bilateraler Ebene als auch im Rahmen der Vereinten Nationen ähnlich konstruktiv zusammenzuarbeiten, wird im wesentlichen davon abhängen, welche Kosten-Nutzen-Bilanz die Entscheidungsträger auf beiden Seiten über diese Kooperation erstellen. Dies mag auf den ersten Blick wie ein Gemeinplatz anmuten, hat aber bei näherer Betrachtung durchaus eine gewisse prognostische Aussagekraft: soweit dies zum derzeitigen Zeitpunkt zu übersehen ist, tendieren sowohl die noch verbliebenen reformorientierten Kräfte in der UdSSR als auch weite Teile der Bush-Administration zu einer positiven Kooperationsbilanz. Wenn sich diese Bilanz im weiteren Verlauf des Krieges nicht wesentlich verschlechtert, könnte dies auf beiden Seiten „Lernfortschritte“ über die zukünftige Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen zur Folge haben, die weltpolitisch den vielleicht bedeutsamsten Gewinn dieser Krise darstellen<sup>77)</sup>. Wie das gewaltsame Vorgehen der sowjetischen Sicherheitskräfte im Baltikum

<sup>77)</sup> Zum Problem des „Lernens“ im sowjetisch-amerikanischen Verhältnis vgl. u. a. Joseph S. Nye, Jr., *Nuclear Learning and U.S.-Soviet Security Regimes*, in: *International Organization*, 41 (1987) 3, S. 371–402; James N. Rosenau, *Learning in East-West Relations. The Superpowers as Habit-Driven Actors*, Paper prepared for the Conference on East-West Conflict: Elite Perceptions and Political Options, Bonn 15.–19. Juni 1986 (unveröffentlichtes Manuskript), sowie die ebenfalls noch unveröffentlichte Dissertation von Andrew Bennet, *Soviet Governmental Learning and the Rise and Fall of Soviet Military Intervention 1975–1987*, Harvard University 1989.

jedoch seit Anfang Januar gezeigt hat, wird sich das amerikanisch-sowjetische Verhältnis durch Kooperation in der Kuwait-Krise allein nicht langfristig stabilisieren lassen. Viel wird daher davon abhängen, ob sich die innenpolitischen Umwälzungen in der Sowjetunion in einem aus westlicher Sicht auch weiterhin tolerierbaren Maße vollziehen, d. h. die Beziehungen zwischen dem Westen und der sowjetischen Führung in einem Kernbereich nicht über Gebühr strapaziert werden.

Der dritte wichtige Einflußfaktor ist in der weiteren Entwicklung der Vereinten Nationen zu sehen, die vor zahlreichen neuen Aufgaben und „mitunter präzedenzlose(n) Herausforderungen“<sup>78)</sup> stehen. Wenn sie in Zukunft nicht mehr nur Friedenssicherungs- („peace-keeping“), sondern – ihrem ursprünglichen Auftrag entsprechend – auch vermehrt Friedensstiftungsaufgaben („peace-making“) wahrnehmen sollen, müssen neue Mechanismen geschaffen bzw. bestehende fortgeschrieben werden, um diesen neuen Anforderungen an das Management internationaler Sicherheit entsprechen zu können. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat in seinem letzten Jahresbericht hervorgehoben, daß (vor allem zum Zwecke der frühzeitigen Konfliktverhütung) die Arbeitsweise des Sicherheitsrates verändert, die Kompetenzen des Generalsekretärs ausgeweitet, die friedenssichernden Operationen auf eine solidere Grundlage gestellt und die diplomatischen Mittel zur gewaltlosen Konfliktbeilegung voll ausgeschöpft werden sollten, bevor auf Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta zurückgegriffen wird<sup>79)</sup>.

Darüber hinaus bedarf es eines grundlegenden Umdenkungsprozesses zahlreicher Mitgliedsstaaten (allen voran den USA), um das seit Jahren ungelöste Finanzierungsproblem der Vereinten Nationen in den Griff zu bekommen. Nur wenn es gelingt, diese Reformen durchzusetzen, werden die Vereinten Nationen zukünftig in der Lage sein, den regionalen und globalen Bedrohungen des Friedens wirksam entgegenzutreten. Denn bei aller Euphorie über die neue Effektivität der Weltorganisation

<sup>78)</sup> Bericht des UN-Generalsekretärs über die Tätigkeit der Vereinten Nationen, in: UNGA Doc. A/45/1 (deutsch) vom 16. September 1990, S. 59; vgl. zu einer kritisch-konstruktiven Auseinandersetzung mit der Leistungsfähigkeit des UN-Systems unter besonderer Berücksichtigung des Friedenssicherungs- und Friedensstiftungsauftrages Roger A. Coate/Donald J. Puchala, *Global Policies and the United Nations System: A Current Assessment*, in: *Journal of Peace Research*, 27 (1990) 2, S. 127–140.

<sup>79)</sup> Vgl. Bericht des Generalsekretärs ebd. insbesondere Kapitel III, S. 18–27; zur Fortentwicklung der friedenssichernden Operationen der Vereinten Nationen vgl. ferner das Themenheft der Zeitschrift *Survival*, 32 (1990) 3; zur Stärkung der Rolle des UN-Sekretariats und des Generalsekretärs vgl. die Empfehlungen einer hochrangigen Studienkommission unter Leitung von Brian Urquhart/Erskine Childers, *A World in Need of Leadership: Tomorrow's United Nations*, Uppsala 1990.



im Zusammenhang mit der Kuwait-Krise sollte nicht übersehen werden, daß zahlreiche, die multilaterale Vorgehensweise in diesem Fall begünstigenden Umstände in zukünftigen Krisen nur in Ausnahmefällen vorhanden sein werden.

Der letzte Faktor schließlich, der für den Weltfrieden von Bedeutung sein wird, betrifft die Machtbalance und die Qualität perzipierter Sicherheit in mehreren krisenträchtigen Regionen. Die seit mehr als zwei Jahrzehnten virulente Angst vor einem „nuklearen Sarajewo“ (d. h. einem Szenario, bei dem ein regionaler Konflikt zwischen Klienten beider Supermächte zu einem nuklearen Weltkrieg eskaliert<sup>80</sup>) scheint der Welt durch die Annäherung der USA und der Sowjetunion zwar genommen. Diese Bedrohungsvorstellung ist jedoch in jüngster Zeit durch einen sich abzeichnenden Trend der Herausbildung regionaler Hegemonie ersetzt worden. Die „relative Autonomisierung“<sup>81</sup> oder „Regionalisierung“<sup>82</sup> von Konflikten, die mit dem Disengagement der beiden Weltmächte einhergeht, und die „Herausbildung einer Art von »Chaos-Macht«“<sup>83</sup> in vielen Staaten der Dritten Welt, die dieses Disengagement beschleunigt hat (und vor dem Hintergrund wachsender innenpolitischer Schwierigkeiten sowohl in den USA als auch in der Sowjetunion auch in Zukunft weiter beschleunigen wird), wird neue Konfliktregulierungsmechanismen erfordern, die gerade angesichts der besorgniserregenden Rüstungswettläufe in mehreren Krisenregionen zur „Einhegung“ regionalisierter Konflikte notwendig sind<sup>84</sup>).

<sup>80</sup>) Vgl. u. a. Volker Matthies, Nie Wieder Sarajewo! Erkenntnisse zur Einhegung regionaler Konfliktherde, in: Wolfgang R. Vogt (Hrsg.), Mut zum Frieden. Über Möglichkeiten einer Friedensentwicklung für das Jahr 2000, Darmstadt 1990, S. 107–122. Daß das Risiko eines Sarajewo-Effektes gerade im Persischen Golf als besonders hoch eingeschätzt wurde, legen zwei Arbeiten aus den achtziger Jahren sehr eindrucksvoll dar: Miroslav Nincic, How War Might Spread to Europe, London 1985, sowie Francis Fukuyama, Escalation in the Middle East and Persian Gulf, in: Graham T. Allison/Albert Carnesale/Joseph S. Nye, Jr. (Hrsg.), Hawks, Doves and Owls. An Agenda for Avoiding Nuclear War, New York 1985, S. 115–147.

<sup>81</sup>) Dieter Senghaas, Regionalkonflikte in der internationalen Politik, in: ders. (Hrsg.), Regionale Konflikte in der Dritten Welt. Autonomie und Fremdbestimmung, Baden-Baden 1989, S. 20.

<sup>82</sup>) Earl C. Ravenal, The Regionalization of Power: General Unalignment in the Future International System, Paper Presented at the 31st Annual Convention of the International Studies Association, Washington, D.C., April 10–14, 1990; Geoffrey Kemp, Regional Security, Arms Control and the End of the Cold War, in: The Washington Quarterly, 13 (1990) 4, S. 34.

<sup>83</sup>) D. Senghaas (Anm. 81), S. 21.

<sup>84</sup>) Vgl. zur alarmierenden Entwicklung regionaler Rüstungswettläufe vor allem im Bereich der Proliferation von Nuklear- und Chemiewaffentechnologie sowie ballistischer Raketentechnologie und ihren möglichen Rückwirkungen auf die Qualität regionaler und globaler Sicherheit G. Kemp (Anm. 82), sowie Leonard S. Spector (with Jacqueline

„Aggressoren gedeihen auf dem Boden der Beschwichtigung.“ Dieser vom stellvertretenden irakischen Außenminister Nazir Hamdun in einem anderen Kontext geäußerte „Lehrsatz“ über die internationalen Beziehungen ist in der Kuwait-Krise auf tragische Weise erneut bestätigt worden<sup>85</sup>). Ähnliches gilt auch für ein von Saddam Hussein kurz vor dem Einmarsch seiner Truppen in Kuwait bemühtes „Sprichwort“: „Es ist besser, jemandem das Genick zu brechen, als ihm den Nachschub zu kappen.“<sup>86</sup>) Dieses Verständnis vom relativen Nutzen alternativer Konfliktstrategien lag seiner Invasion in Kuwait zugrunde.

Spätestens fünfeinhalb Monate nach der irakischen Invasion wurde offensichtlich, daß auch die zentralen Akteure der Anti-Saddam-Koalition keinen anderen Ausweg sahen, als sich dieser Logik zu ergeben. Daß die Diplomatie versagt hat, wenn es zum Krieg kommt, ist sicherlich eine zutreffende Feststellung, und zwar sowohl für die Invasion Anfang August, als auch für den Ausbruch des Krieges Mitte Januar 1991. Zur Erklärung eines eskalierenden Konfliktes, der der Regulierung mit diplomatischen Mitteln entglitten ist, greift sie jedoch zu kurz, denn sie läßt die entscheidende Frage unbeantwortet, warum die Diplomatie versagt hat. Ein Grund scheint darin gelegen zu haben, daß die „Rationalitäten“ der Anti-Saddam-Koalition auf der einen und der irakischen Führung auf der anderen Seite nicht kompatibel waren. Beide Konfliktparteien scheinen davon ausgegangen zu sein, daß der Gegner die Kosten einer weiteren militärischen Eskalation früher oder später als zu hoch einstufen und daher nachgeben würde. Zusammen mit anderen Faktoren führte dies letztlich dazu, daß beide in zunehmendem Maße zu Gefangenen ihrer ursprünglichen Ziele wurden: die bereits getätigten „Investitionen“ (Truppendislozierungen, politische Deklarationen etc.) mußten durch immer neue „Investitionen“ gerechtfertigt werden, und dies verstrickte die Akteure immer tiefer in eine scheinbar ausweglose Situation<sup>87</sup>).

Aus weltpolitischer Perspektive besteht die eigentliche Tragik dieses Krieges darin, daß die Institution der Vereinten Nationen – gemessen an ihrem friedensstiftenden Auftrag – just zu jenem Zeitpunkt verhängnisvoll scheiterte, als sie als handlungsfähiger Akteur Profil zu gewinnen begann. Einseitige Schuldzuweisungen an die Adresse der USA sind in diesem Zusammenhang jedoch genauso kurzsichtig wie nutzlos, denn die US-Admi-

R. Smith), Nuclear Ambitions. The Spread of Nuclear Weapons 1989–1990. Boulder u. a. 1990.

<sup>85</sup>) Zit. in: Barry Rubin, Reshaping the Middle East, in: Foreign Affairs, 69 (1990) 3, S. 144.

<sup>86</sup>) N. Boustany/P. Tyler (Anm. 11).

<sup>87</sup>) Vgl. Joel Brockner/Jeffrey Rubin, Entrapment in Escalating Conflicts: A Social Psychological Analysis, New York u. a. 1985.

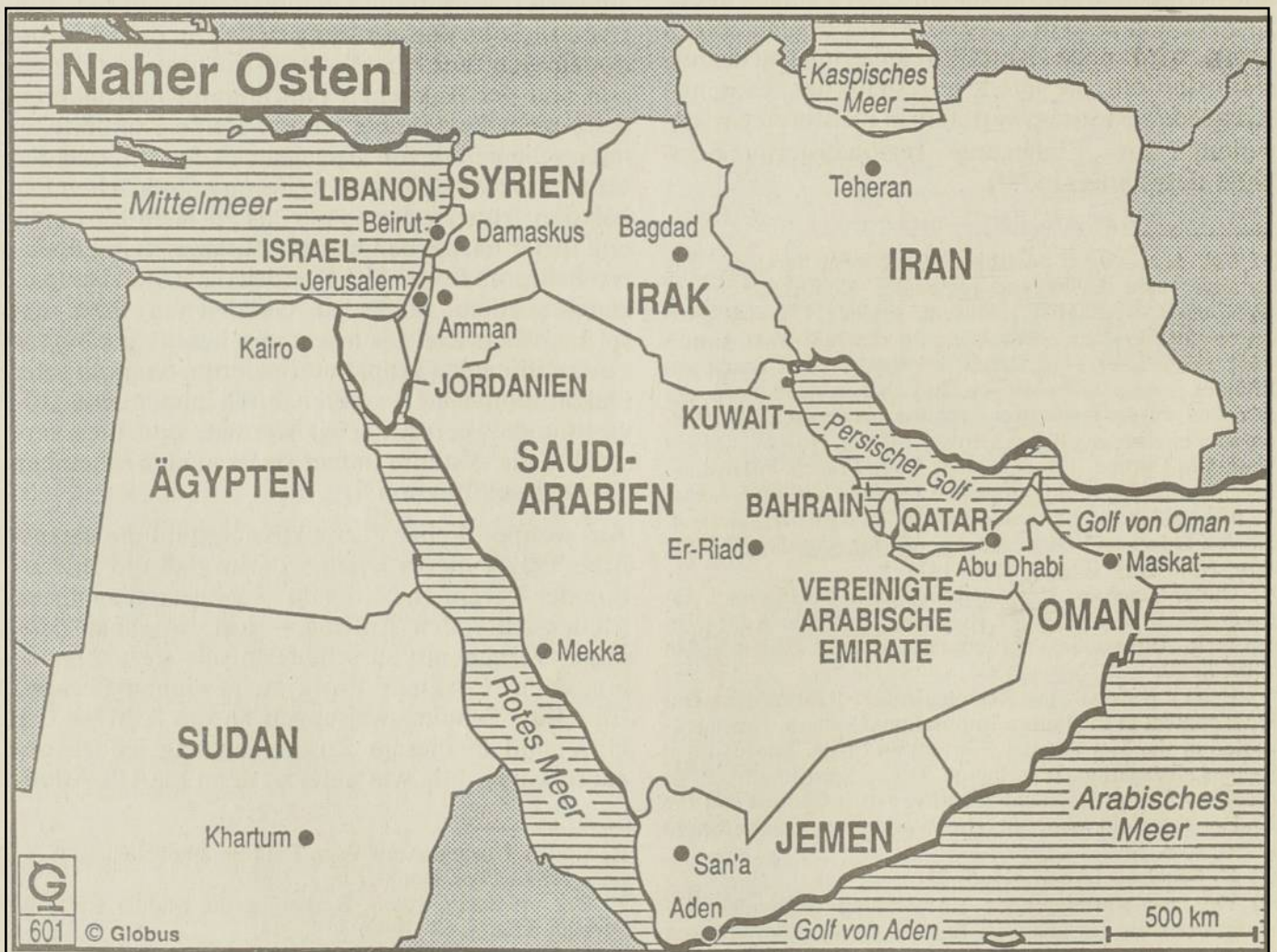
nistration ist gerade für die ungleichgewichtige Beteiligung verschiedener Staaten an kollektiven Sicherheitsmaßnahmen nicht verantwortlich zu machen. Im Gegenteil, die USA haben sich über Monate hinweg vergebens darum bemüht, ein breiteres Spektrum von Staaten zur aktiven Teilnahme an Zwangsmaßnahmen gegen den Aggressor zu bewegen. Wenn daher das Instrumentarium der kollektiven Sicherheit trotz aller Fortschritte letztlich versagt hat, dann vor allem deshalb, „weil maßgebliche Staaten ihren im Rahmen der UN eingegangenen Verpflichtungen nicht nachkamen“<sup>88)</sup>.

In der Geschichte des Staatensystems ist der Krieg um Kuwait präzedenzlos. Auch wenn aus ihm im Vergleich zu den beiden anderen großen Kriegen dieses Jahrhunderts kein „Weltkrieg“ wird, so wird er doch zweifelsohne Konsequenzen haben, die

<sup>88)</sup> Dieter Senghaas, Was bleibt von Kuwait übrig, wenn um Kuwait gekämpft wird, in: Frankfurter Rundschau vom 12. Januar 1991, S. 14.

über die unmittelbar betroffene Region des Nahen und Mittleren Ostens weit hinausreichen. Ob diese Auswirkungen hinreichend „katalytisch“ sein werden, um eine qualitativ „neue“ Weltordnung zu schaffen, „in der die Sprache des Rechts das Gesetz des Dschungels ersetzt, . . . die Nationen die gemeinsame Verantwortung für Frieden und Gerechtigkeit erkennen . . . (und) die Starken die Rechte der Schwachen achten“<sup>89)</sup>, wird ganz wesentlich von den politischen Schlußfolgerungen abhängen, die die Weltöffentlichkeit und die internationale Staatengemeinschaft am Ende ziehen werden.

<sup>89)</sup> So die Vision des amerikanischen Präsidenten, vgl. Address by President Bush to a Joint Session of Congress, 11. September 1990, in: U.S. Policy Information and Texts, Nr. 121 vom 12. September 1990, S. 17; vgl. ähnlich die Bezugnahme auf die „entstehende neue Weltordnung“ durch den sowjetischen Außenminister Schewardnadse vor den Vereinten Nationen, Soviets Tell Iraq UN Force Could End Aggression, in: International Herald Tribune vom 26. September 1990, S. 1.



## Saudi-Arabien im nahöstlichen regionalen System

Seit mehr als zwei Jahrzehnten wird die Rolle Saudi-Arabiens in der arabischen Welt heftig diskutiert. Während in den siebziger Jahren die Führungsrolle Saudi-Arabiens im wesentlichen von den arabischen Linken in Frage gestellt wurde<sup>1)</sup>, überwogen Anfang der achtziger Jahre Zweifel, ob Saudi-Arabien aus vielfältigen Gründen in der Lage und gewillt ist, eine solche Rolle zu übernehmen. Die Kritiker bemängeln vor allem die strukturellen demographischen Schwächen Saudi-Arabiens, die Rückständigkeit der saudischen Gesellschaft, das starre politische System und vor allem das defizitäre Verteidigungspotential. Wenn Saudi-Arabien diese Defizite in den siebziger Jahren durch sein Bündnis mit Ägypten noch verbergen konnte, so stellte die Isolierung Ägyptens in der arabischen Welt nach dem Camp-David-Abkommen von 1977 Saudi-Arabien vor mehrere Probleme, die durch „Petro-Dollar-Scheckdiplomatie“ nicht zu lösen waren. Zum einen wurde der Irak nach dem Sturz des Schahs zu einem dominierenden Akteur in der Golfregion, der alleine über die Machtinstrumentarien zur Eindämmung des iranischen Versuchs, sein Revolutionsmodell zu „exportieren“, verfügte. Zum anderen war keine Kompatibilität zwischen den politischen und ideologischen Vorstellungen des von der sozialistischen Baath-Partei regierten Irak und der konservativen, traditionellen saudischen Herrschaft vorhanden, die dem während des Golfkriegs geschlossenen Zweckbündnis langfri-

stige Stabilität hätte verleihen können. Zudem bereiteten die Hegemoniebestrebungen Iraks den Saudis und den anderen Golfstaaten seit den früheren siebziger Jahren begründete Sorgen. Dies war die Ursache für das gegenseitige Mißtrauen, auch nach dem Ende des Krieges zwischen dem Irak und Iran.

Aus diesem Dilemma heraus versuchte Saudi-Arabien nach dem Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges durch die Gründung des Golf-Kooperationsrates Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß nach dem Krieg die Siegermacht die Golfstaaten nicht in Bedrängnis bringen würde. Die prekäre Situation, in der sich Saudi-Arabien nach dem Waffenstillstand im Golfkrieg befand, ergab sich aus dem Umstand, daß die Entwicklung des regionalen Systems nach dem Camp-David-Abkommen ihre vermeintliche Rolle als eine Stabilitätsmacht als Fiktion entlarvte. Dies kam deutlich zum Ausdruck, als der Irak nach dem Waffenstillstand seine Militärkraft als Vehikel zur Durchsetzung seiner Hegemoniebestrebung benutzte. Was in den letzten zwei Jahren in der Golfregion geschah, ist bemerkenswert: Saudi-Arabiens Versuche, sich mit dem Irak zu arrangieren und dadurch der Verschärfung von Konflikten vorzubeugen, wirkte kontraproduktiv. Denn der Irak ging davon aus, daß Saudi-Arabien ihm in der Golfregion freie Hand läßt. Insofern wurde der gegenwärtige Golfkonflikt durch Saudi-Arabien mit verursacht.

### I. Die strukturelle Schwäche der „Stabilitätsmacht“ Saudi-Arabien

Seit geraumer Zeit verweisen die Kritiker der vermeintlichen Stabilitätsmacht Saudi-Arabien auf die strukturellen Schwächen, die dieses Land durch die anderen regionalen Akteure erpreßbar machen. Vor allem in der Sicherheitsfrage zeigt sich die Verwundbarkeit des Königreichs, das — wie sich während der neuen Krise zeigte — nur durch massive externe Hilfestellung vor einer ernsthaften Bedrohung gerettet werden konnte. William Quandt

machte mit der folgenden Beschreibung die in mehr als einer Hinsicht widersprüchlichen Elemente dieses Staates deutlich: „Es ist eine Monarchie, aber der König ist nur einer der vielen Personen, die bei den wichtigen Entscheidungen beteiligt sind. Es ist ein Familienunternehmen, die Familie ist aber uneinig. Es ist ein islamischer Staat, aber die säkularen Einflüsse sind überall bemerkbar. Er ist ein autoritärer Staat, aber der Zugang zu den Herrschern ist vergleichsweise leicht und die Bürgergesuche für individuelle Beschwerden können vorgetragen werden. Es ist eine Gesellschaft, die die Annehmlichkeiten der modernen Welt anstrebt, aber traditio-

<sup>1)</sup> Vgl. Sadiq Jalal al-'Azam, *al-Haqba al-Su'udiya* (die saudische Ära), Beirut 1977.

nelle Elemente wie die Stämme haben noch Einfluß.“<sup>2)</sup>

Die Widersprüche ergeben sich aus der Tatsache, daß die Transformation des saudischen Staates von traditionellen Herrschaftsformen in einen modernen Staat unvollständig blieb. Zwar gelang es dem Gründer des saudischen Staates, Ibn Saud, bis 1932 die beiden Hauptregionen Najd und Hijaz unter seine Herrschaft zu bringen, der Aufbau moderner staatlicher Institutionen wurde aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg in Angriff genommen. Die Legitimation der Herrschaft beruht seit der Allianz der saudischen Dynastie 1744 mit dem islamischen Reformator Muhammad bin Abd al-Wahab auf einer Symbiose zwischen tribaler Herrschaft und den Lehren des Wahabismus. Diese religiöse Lehre erwies sich in den ersten Jahren der Staatsgründung als Quelle der Legitimation, aber auch als Hindernis für die von Ibn Saud als notwendig erachteten Modernisierungen. Der vernichtende Schlag Ibn Sauds 1929 gegen die radikalen Wahabiten, die Ikhwan (Bruderschaft), die sich gegen jegliche Modernisierungsversuche stellten<sup>3)</sup>, ermöglichte es ihm, die Vertreter der religiösen wahabitischen Institution, die Ulama, „an den Staat anzugliedern“<sup>4)</sup>.

Nach dem Tode Ibn Sauds 1953 bauten seine Nachfolger die staatlichen Institutionen aus. Dennoch weigerten sich die Herrscher, der Partizipation der Bevölkerung im politischen Prozeß mittels moderner Institutionen zuzustimmen. Gleichwohl begannen sie nach der Machtübernahme von König Faisal, den Staat und die Wirtschaft umfassend zu modernisieren. Der Hauptwiderspruch liegt eben zwischen dieser Modernisierung und der begrenzten Partizipation der Bevölkerung im politischen System.

Die Verkündung einer Verfassung, die König Faisal nach seiner Krönung 1964 versprach, und die Debatte über die mögliche Wahl einer legislativen Versammlung wurden kurz danach aufgegeben<sup>5)</sup>. Nach der Niederschlagung des Aufstands der puritanischen Neo-Ikhwan (Bruderschaft), die 1979 die Großmoschee von Mekka besetzten, wurde erneut die Möglichkeit der Gründung eines Konsultativen Rates (Majlis al-Shura) erörtert, allerdings ohne ihn

in die Tat umzusetzen<sup>6)</sup>. Die Debatte über die Partizipation der Bevölkerung im politischen System kam nach der irakischen Invasion in Kuwait erneut zur Sprache. König Fahd versprach im November 1990 die Reform der Verwaltung und stellte die Gründung eines Konsultativrats in Aussicht<sup>7)</sup>.

Die bisherige Erfahrung zeigt aber, daß die saudischen Herrscher eine Öffnung des Systems nur dann zur Sprache bringen, wenn der Staat sich in einer Konfliktsituation befindet. Obwohl die Herrschaftsform in Saudi-Arabien mit denen der autoritären arabischen Staaten, etwa Syrien, Irak und Libyen, nicht vergleichbar ist, unterdrückt auch hier der Staat jede Form der politischen Organisation. Aufgrund eines Dekrets von 1961 wird die Propagierung einer anderen Ideologie als der islamischen und die Formierung von politischen Parteien und von Gewerkschaften, welche Orientierung sie auch immer haben mögen, verboten<sup>8)</sup>.

Zweifellos hatte die Bewegung der Neo-Ikhwan keine genauen sozialen und politischen Vorstellungen. Darüber hinaus war der messianische Aspekt der mobilisierende Faktor der Gruppe. Dennoch war die Bewegung allein deswegen bedeutsam, weil sie durch ihre Entstehung die Widersprüchlichkeit des saudischen Staates aufdeckte. Al-Yassini macht auf drei Konfliktfelder aufmerksam, die durch die von Neo-Ikhwan organisierte Besetzung der Großmoschee in Mekka offenbar wurden:

„1) Wie kann der rasch entstandene Reichtum und die rapide Modernisierung mit dem im 18. Jh. entstandenen Wahabismus vereinbart werden?

2) Die Tatsache, daß die Monarchie nicht immer mit dem islamischen Fundamentalismus vereinbar ist.

3) Die Infragestellung der herrschenden Dynastie sowohl durch die Fundamentalisten als durch die säkularistischen Elemente.“<sup>9)</sup>

Auch wenn die Bewegung der Neo-Ikhwan gewaltlos unterdrückt wurde, zeigte sie deutliche Risse in der inneren Sicherheit Saudi-Arabiens auf und stellte die islamische Legitimation der saudischen Herrschaft in Frage.

Die königliche Familie nimmt die wichtigsten Posten im Ministerrat (Außen, Innen und Verteidigung) sowie die Provinzregierungen selbst in An-

<sup>2)</sup> William B. Quandt, *Saudi Arabia in the 1980s. Foreign Policy, Security, and Oil*, Washington, D. C. 1981, S. 76.

<sup>3)</sup> Vgl. Christine Moss Helms, *The Cohesion of Saudi Arabia. Evolution of Political Identity*, London 1981, S. 198 ff.

<sup>4)</sup> Vgl. Ayman al-Yassini, *Religion and State in the Kingdom of Saudi Arabia*, Boulder u. a. 1985, S. 67.

<sup>5)</sup> Vgl. Waddah Sarara, *Al-Ahl wa al-Ghanima. Muquimat al-Siyasa fi al-Mamlaka al-Arabiya al-Sa'udiya* (Die Verwandten und die Beute. Politikstrukturen in Saudi-Arabien), Beirut 1981, S. 152.

<sup>6)</sup> Vgl. W. B. Quandt (Anm. 2), S. 96.

<sup>7)</sup> Vgl. Deutsche Welle, Monitordienst vom 12. November 1990.

<sup>8)</sup> Vgl. Ghassan Salamé, *Political Power in the Saudi-State*, in: Berch Berberoglu (Hrsg.), *Power and Stability in the Middle East*, London 1989, S. 85.

<sup>9)</sup> Ayman al-Yassini (Anm. 4), S. 124.

spruch. Die Differenzen innerhalb der königlichen Familie, die sich Anfang der sechziger Jahre in Form organisierter Opposition manifestierten, haben sich zwar in den siebziger und achtziger Jahren nicht wiederholt, die machtvolle Rolle des Königs hat sich jedoch nach dem Tode Faisals 1975 zugunsten einer kollektiven Entscheidungsfindung relativiert. Der König muß darüber hinaus die Interessen der verschiedenen Richtungen in der königlichen Familie berücksichtigen<sup>10)</sup>.

Der Zugang zu den Herrschern ist leicht; er ist aber in einem „Korporationssystem“<sup>11)</sup> fast institutionalisiert. Stämme, Vertreter der wahabitischen religiösen Institutionen und die städtische Großhändlerschicht stehen in einer festen Interessengemeinschaft mit der herrschenden Dynastie. Neue soziale Gruppen, Arbeiter und Angestellte, bleiben außerhalb dieses Korporationssystems. Der wohl sensibelste Bereich, in dem sich die Schwäche des saudischen Staates offenbart, liegt im Unvermögen des Königreiches, seine Sicherheit zu gewährleisten.

Die bisherige Diskussion über die Ursachen der Defizite in der saudischen Verteidigungspolitik zieht die Haltung der saudischen Dynastie zur modernen Militärorganisation nicht genügend in Betracht. Obwohl die saudische Armee seit Anfang der dreißiger Jahre existiert, unternahmen die Saudis auch in den fünfziger Jahren nach der Zunahme der Erdöleinnahmen keine Anstrengungen, die Armee zu modernisieren. Erst der Ausbruch des Jemen-Krieges 1962, in dem die Unfähigkeit der saudischen Armee, den ägyptischen Truppen in Jemen entgegenzutreten, offenbar wurde, veranlaßte die Saudis, ihre Armee zu modernisieren. Sie waren gezwungen, ihre bisherige Haltung zu revidieren, die aus der Erkenntnis resultierte, daß die Armee im arabischen Raum Hauptfaktor der Instabilität im Staate ist. Die rigorosen Verteidigungsprogramme, die seit den siebziger Jahren einen beacht-

lichen Teil des Staatshaushalts verschlingen<sup>12)</sup>, konnten (wie bei der neuen Golfkrise erneut unter Beweis gestellt wurde) ihre Ziele nicht erreichen. Nach ihrer durch die proisraelische Lobby erzwungene Zurückhaltung in den siebziger Jahren wurden die USA in den achtziger Jahren zu dem wichtigsten Waffenlieferant der Saudis<sup>13)</sup>. Aber auch Großbritannien, das seit 1987 Waffen im Wert von drei bis fünf Mrd. US-Dollar jährlich liefert, und Frankreich gehören zu den wichtigsten Lieferanten des saudischen Waffenarsenals<sup>14)</sup>. Die Tatsache, daß die Saudis, abgesehen von der für die innere Sicherheit zuständigen Nationalgarde<sup>15)</sup>, mit Beginn der Kuwait-Krise im Juli 1990 lediglich 50 000 Soldaten mobilisierten, zeigt die Grenzen der Verteidigungsfähigkeit von Saudi-Arabien<sup>16)</sup>.

Die Größe des Landes, die Absorbierung der für die Armee geeigneten Kräfte durch die attraktiveren zivilen Berufe sowie die demographische Schwäche stellt die Saudis im Zusammenhang mit der Verteidigungsfrage vor fast unüberwindbare Schwierigkeiten. Die Rekrutierung pakistischer und jordanischer Soldaten kann zwar die demographischen Schwächen vorübergehend kompensieren<sup>17)</sup>, ihre Loyalität kann aber, wie im Fall der jordanischen Soldaten nach der Kuwait-Krise, nicht garantiert werden. Cordesman kommt im Rahmen seiner 1987 verfaßten Studie zu einem vernichtenden Urteil, wenn er konstatiert, daß Saudi-Arabien sich militärisch nicht verteidigen kann und es erst in den neunziger Jahren die gelieferten Waffen einigermassen effizient wird einsetzen können<sup>18)</sup>.

<sup>12)</sup> 1985 gab Saudi-Arabien 30,5 Prozent des Budgets für die Verteidigung aus; seit 1987 etwa 35 Prozent; vgl. Middle East Economic Digest vom 23. November 1990, Special Report, Saudi Arabia, S. XVII.

<sup>13)</sup> Vgl. ebd., S. XV–XVII.

<sup>14)</sup> Vgl. ebd.

<sup>15)</sup> Zur Entstehungsgeschichte der Nationalgarde und ihrer Strukturen vgl. Al-Yassini (Anm. 4), S. 120 f.; s. a. Anthony Cordesman, Western Strategic Interests in Saudi Arabia, London 1987, S. 153–157.

<sup>16)</sup> Vgl. Middle East Economic Digest (Anm. 12), S. XV.

<sup>17)</sup> Nach Cordesman war seit Anfang der achtziger Jahre eine pakistische Brigade (11 000–15 000 Soldaten) in Saudi-Arabien stationiert, vgl. A. Cordesman (Anm. 15), S. 139.

<sup>18)</sup> Vgl. ebd., S. 16, 73.

<sup>10)</sup> Vgl. W. B. Quandt (Anm. 2), S. 76–86.

<sup>11)</sup> Vgl. Khaldun Hasan al-Naqib, Al-Mujtama wa al-Dawla fi al-Khalij wa al-Jazira al-Arabiya (Die Gesellschaft und der Staat im Golf und auf der arabischen Halbinsel), Beirut 1987, S. 149–161.

## II. Saudi-Arabien im nahöstlichen regionalen System

Trotz der vielen Veränderungen in der arabischen regionalen Politik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges blieb das Grundkonzept der saudischen Regionalpolitik bestehen: ihre regionale Hegemonie auf der arabischen Halbinsel zu behaupten und durch ein flexibles Netzwerk von innerarabischen Allianzen zu verhindern, daß ein Akteur oder Lager zu mächtig wird. Dieses Konzept kam am deutlichsten zur Geltung, als Saudi-Arabien in den fünfziger Jahren im Rahmen des „Struggle for Syria“<sup>19)</sup> durch ein Bündnis mit Nassers Ägypten erfolgreich die Bestrebungen des haschemitischen Irak, Syrien unter seinen Einfluß zu bringen, zum Scheitern brachte. Der Ausbruch des sogenannten „Arab Cold War“<sup>20)</sup> nach der militärischen Intervention Ägyptens im Jemen an der Seite der Republik und der Unterstützung der Royalisten durch Saudi-Arabien spaltete die arabische Welt in zwei Lager.

Die arabische Niederlage im Krieg von 1967 stellte die Weichen für eine Entspannung in den innerarabischen Beziehungen. Vor allem aber mußte das stark angeschlagene nasseristische Ägypten die führende Rolle Saudi-Arabiens akzeptieren. Nasser war gezwungen, seine Truppen aus dem Jemen zurückzuziehen und, nachdem er auf dem arabischen Gipfeltreffen in Khartum 1968 einen neuen *modus vivendi* mit König Faisal gefunden hatte, seine revolutionäre Rhetorik und seine Versuche, das in Ägypten praktizierte Sozialmodell zu exportieren, aufzugeben<sup>21)</sup>. Spätestens seit dem Khartum-Gipfeltreffen ging die Führungsrolle in der arabischen Regionalpolitik, wie Bassam Tibi es formuliert, vom „Zentrum der Revolution“ zum „Zentrum des Petro-Dollars“ über<sup>22)</sup>. Das Arrangement mit Ägypten bildete bis zum Separatfrieden Sadats mit Israel 1979 die Hauptachse in der Regionalpolitik. Eine für die bilaterale und für die Regionalpolitik wichtige Entwicklung war die Entscheidung Sadats von 1972, die sowjetischen Berater auszuweisen. Das Kernproblem für die Regionalachse Ägypten – Saudi-Arabien blieb der arabisch-israelische Konflikt. Während sich Sadat und Syriens Staatspräsident Assad bereits vor 1973 für einen Krieg, verbunden mit einem Erdölembargo, entschieden

hatten, fürchtete Saudi-Arabien eine Radikalisierung gegen die konservativen, pro-westlichen Regime, falls die arabischen Armeen erneut eine Niederlage erleiden sollten<sup>23)</sup>. Saudi-Arabien konnte aus legitimatorischen Gründen keine andere Entscheidung treffen, als einem Erdölembargo nach dem Krieg von 1973 zuzustimmen<sup>24)</sup>.

Wenn die von dem ehemaligen Chefredakteur der halbamtlichen ägyptischen Zeitung *al-Ahram*, Mohamed Hasanain Heikal, geprägte Bezeichnung „Saudi era“<sup>25)</sup> als Beschreibung der Dominanz Saudi-Arabiens in der postnasseristischen Phase zutrifft, dann in der Phase zwischen dem Krieg von 1973 und dem Separatfrieden Sadats mit Israel. Die „Petro-Dollar-Scheckdiplomatie“ Saudi-Arabiens kam in vollem Umfang zur Geltung und damit ihr Einfluß in der arabischen Welt<sup>26)</sup>. Der Umstand, daß die Erdöleinnahmen Saudi-Arabiens von 2,745 Mrd. US-Dollar (1972) auf 22,574 Mrd. nach dem Embargo von 1974 angestiegen waren, gab den Saudis die Möglichkeit, durch Abgabe eines Bruchteils der Erdöleinnahmen an die ärmeren arabischen Staaten den regionalen Status quo aufrechtzuerhalten<sup>27)</sup>. Die „Saudi era“ läßt sich aber nicht auf die bloße Verteilung eines Teils der Erdöleinnahmen reduzieren. Sicherlich blieb der Petro-Dollar auch in den folgenden Phasen das eigentliche Instrument der saudischen Außenpolitik. Der Eckpfeiler, aufgrund dessen die „Saudi era“-These entstanden war, nämlich die saudisch-ägyptische Achse, war nach dem Ausschluß Ägyptens aus der arabischen Liga 1979 zur Makulatur geworden. Der Irak trat nach dem Gipfeltreffen verstärkt als machtvoller regionaler Akteur auf, der von Saudi-Arabien nach der iranischen Revolution voll akzeptiert wurde. Ebenso darf nicht unberücksichtigt bleiben, daß die iranische Revolution und der irakisch-iranische Krieg eine zusätzliche Rolle bei der Unterminierung des saudischen regionalen Führungsanspruchs spielten.

Die iranische Revolution und der Khomeinismus waren ein tiefer Schock für die Saudis. Die „subversive“ Ideologie war dieses Mal keine säkular-arabisch-nationalistische oder linksmarxistische. Sie war eine islamische, die im Namen des Islam die Legitimation des politischen Systems in Saudi-Ara-

<sup>19)</sup> Vgl. Patrick Seale, *The Struggle for Syria: A Study of Post-War Arab Politics, 1945–1958*, London 1965.

<sup>20)</sup> Vgl. Malcolm H. Kerr, *The Arab Cold War: Gamal Abd al-Nasir and his Rivals 1958–1970*, London 1971.

<sup>21)</sup> Vgl. Bassam Tibi, *Konfliktregion Naher Osten. Regionale Eigendynamik und Großmachtinteressen*, München 1989.

<sup>22)</sup> Vgl. Bassam Tibi, *Vom „Zentrum der Revolution“ zum „Zentrum des Petro-Dollars“*, in: *Beiträge zur Konfliktforschung*, 14 (1984) 2, S. 1022; Fouad Ajami, *The Arab Predicament: Arab Political Thought and Practice Since 1967*, London 1981, S. 63 ff.

<sup>23)</sup> Vgl. W. B. Quandt (Anm. 2), S. 20.

<sup>24)</sup> Vgl. Michael Hudson, *Arab Politics: The Search for Legitimacy*, New Haven 1977, S. 175.

<sup>25)</sup> Vgl. Fouad Ajami (Anm. 21), S. 139.

<sup>26)</sup> Vgl. B. Tibi (Anm. 22), S. 189.

<sup>27)</sup> Vgl. Nadav Safran, *Saudi Arabia: The Ceaseless Quest for Security*, Cambridge, Mass. 1985, S. 168.

bien, das ebenfalls den Anspruch erhebt, islamisch zu sein, in Frage stellte<sup>28)</sup>.

Die durch den Ausfall Ägyptens und durch die iranische Revolution verunsicherten Saudis hatten kein klares Konzept für ihre Regionalpolitik; sie versuchten, durch Improvisation die regionalen Widersprüche und Konflikte zu umgehen<sup>29)</sup>. Als Paradebeispiel nennt Safran die saudische Politik gegenüber Syrien seit dem Gipfeltreffen der arabischen Staaten von Amman im November 1980<sup>30)</sup>. Syrien boykottierte den Gipfel, weil von vornherein evident war, daß der Golfkrieg das Hauptthema der Versammlung sein mußte und seine antiirakische Position keine Erfolgsaussichten hatte. Während die arabischen Staatsoberhäupter in Amman tagten, konzentrierte die syrische Regierung ihre Truppen an der jordanischen Grenze mit der Begründung, Jordanien unterstütze die bewaffneten Aktionen der syrischen „Muslimbrüder“. Der eigentliche Grund lag aber darin, daß Syrien Jordanien, den Verbündeten Iraks, von der Entsendung von Truppen zur Unterstützung des Irak abhalten und den Saudis seine Macht demonstrieren wollte. Die saudische Vermittlung unmittelbar nach dem Gipfeltreffen zwischen Syrien und Jordanien zeigte, daß die Saudis nicht in der Lage waren, ihren Standpunkt im Golfkonflikt mit allen Konsequenzen durchzusetzen. Ein anderes Beispiel für die Improvisation der saudischen Regionalpolitik und ihr Unvermögen, ihre Vorstellungen zu realisieren, ergab sich bei dem Versuch Saudi-Arabiens, durch eigene Vorschläge eine Lösung des arabisch-israelischen Konflikts voranzubringen. Diese Vorschläge, die der Kronprinz Fahd im April 1981 bekanntgab, sahen den Rückzug Israels aus den 1967 besetzten

Gebieten, die Gründung eines palästinensischen Staates aus West-Bank und Gazastreifen mit Ostjerusalem als Hauptstadt und Sicherheitsgarantien für alle Staaten des Nahen Ostens vor<sup>31)</sup>. Nachdem die Saudis auf dem Gipfeltreffen von Fez im November 1981 keine Zustimmung für ihren Plan fanden, zogen sie ihn zurück. Die Suche nach einem Konsens zeigt die „Grenzen der Fähigkeit der Saudis, eine führende Rolle bei der Gestaltung der arabischen Angelegenheiten zu übernehmen“<sup>32)</sup>.

Die Konzeptionslosigkeit der saudischen Politik läßt sich auch an ihrer Politik gegenüber dem Irak nach dem Waffenstillstand im Golfkrieg von 1988 demonstrieren. Es wurde offenkundig, daß die saudisch-irakischen Vorstellungen über die Zukunft der Golfregion keine Gemeinsamkeiten aufweisen: Während Saudi-Arabien mit Syrien nach einer politischen Lösung für das Libanon-Problem suchte, unterstützte die irakische Regierung den „Befreiungskrieg“ von General Aoun gegen die syrische Präsenz durch Waffenlieferungen und durch politische Unterstützung. Der Irak gehörte zu den radikalsten Opponenten gegen das durch die saudische Vermittlung zustandegekommene Taif-Abkommen der libanesischen Parlamentarier<sup>33)</sup>.

Der amerikanisch-palästinensische Dialog wurde von Anfang an von Saudi-Arabien unterstützt, während der Irak von Anbeginn an die Bedeutung dieses Dialogs in Frage stellte<sup>34)</sup>. Die Wiederbelebung der territorialen Ansprüche Iraks gegen Kuwait 1988 wurde von Saudi-Arabien hingenommen, da man es nicht zu einem Bruch mit dem Irak kommen lassen wollte.

### III. Die Beziehungen Saudi-Arabiens zum Irak

Nach einer siebenjährigen Spannungsphase kam es Mitte der siebziger Jahre zu einer vorsichtigen Annäherung zwischen dem Irak und Saudi-Arabien. Das Ergebnis dieser Annäherung war die Unterzeichnung eines Grenzvertrags im Juli 1975, der die

Aufteilung der neutralen Zone zwischen den beiden Ländern vorsah<sup>35)</sup>.

Eine umfassende Wende in den irakisch-saudischen Beziehungen ergab sich jedoch durch drei Veränderungen in der nahöstlichen Region Ende der siebziger Jahre:

– Der Separatfrieden Ägyptens mit Israel setzte der regionalen Achse Ägypten – Saudi-Arabien vorläufig ein Ende. Der Irak beanspruchte nun die Führungsrolle im arabischen Raum. Saudi-Arabien hatte keine andere Wahl, als sich mit seinem machtvollen Nachbar zu arrangieren.

<sup>28)</sup> Vgl. ebd., S. 39.

<sup>29)</sup> Vgl. ebd., S. 326.

<sup>30)</sup> Vgl. ebd., S. 323.

<sup>31)</sup> Zum vollständigen Text des Fahd-Planes vgl. A. Cordesman (Anm. 15), S. 44.

<sup>32)</sup> N. Safran (Anm. 27), S. 338.

<sup>33)</sup> Zum Taif-Abkommen vgl. Andreas Rieck, Eine Friedenslösung für den Libanon? Die Aussichten nach dem Abkommen von Taif, in: Außenpolitik, (1990) 3, S. 297–309.

<sup>34)</sup> Vgl. den Kommentar der irakischen Baath-Parteizeitung al-Thawra vom 23. Juni 1990 zur Suspendierung des amerikanisch-irakischen Dialogs.

<sup>35)</sup> Vgl. Majid Khadduri, The Socialist Iraq: A Study in Iraqi Politics Since 1968, Washington, D. C. 1978, S. 160f.

— Der Irak hatte schon seit der Unterzeichnung des Algier-Vertrages mit dem Schah im Zeichen seiner neuen wirtschaftlichen und außenpolitischen Orientierung begonnen, die sowjetische Politik, insbesondere den sowjetischen Einfluß in Afghanistan, Äthiopien und im Südjemen, zu kritisieren. Im Zusammenhang mit den Spannungen Saudi-Arabiens mit dem Südjemen setzte Saddam Hussein deutliche Signale für eine neue irakische Außenpolitik. „Der Sowjetunion“, verkündete er im Oktober 1979, „darf nicht erlaubt werden, auch nur einen Fußbreit saudischen Territoriums zu besetzen, denn Saudi-Arabien ist ein befreundeter Staat und Teil des arabischen Vaterlandes.“<sup>36)</sup>

— Das neue Regime im Iran bedrohte offen sowohl den Irak als auch Saudi-Arabien und die anderen Golfstaaten. Saudi-Arabien versuchte parallel zum Bündnis mit dem Irak, die Zusammenarbeit unter den arabischen Golfstaaten anzuregen.

Ein zentraler Aspekt bei dem Versuch Saudi-Arabiens eine Golfstaatengemeinschaft zu gründen, war die befürchtete negative Reaktion Irans und Iraks. Während die negative Reaktion Irans von vornherein vorausgesetzt worden war, mußten neue Spannungen mit dem Irak vermieden werden. Der Irak wurde zwar zur Außenministerkonferenz der Golfstaaten in Taif im Oktober 1979 nicht eingeladen, Saudi-Arabien beabsichtigte aber, mit der Unterzeichnung eines Abkommens mit dem Irak über die Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane beider Länder und mit informellen Konsultationen der saudischen und irakischen Streitkräfte den Irak zu beruhigen<sup>37)</sup>.

Dem Irak seinerseits war im Zeichen der Konfrontation mit dem Iran nicht daran gelegen, die sich anbahnende Zusammenarbeit der Golfstaaten durch eine heftige Reaktion zu desavouieren oder gar seine Beteiligung als eine *Conditio sine qua non* für die regionale Kooperation der Golfstaaten zu machen. Dennoch versuchte er, im Zusammenhang mit der regionalen Zusammenarbeit der Golfstaaten initiativ zu werden. Im Februar 1980 verkündete der neue irakische Präsident Saddam Hussein die von den irakischen Massenmedien hochstilisierte sogenannte „Saddam-Deklaration“, die eine Grundlage für die innerarabische Zusammenarbeit sein sollte<sup>38)</sup>.

Vor allem der zweite Punkt der Deklaration dürfte für die dem Irak gegenüber skeptischen Golfstaaten von Interesse gewesen sein: „Die Einsetzung der

Streitkräfte irgendeines arabischen Staates gegen einen anderen soll verboten werden; die Streitfälle zwischen den arabischen Staaten sollen im Einklang mit den Prinzipien der gemeinsamen arabischen Zusammenarbeit und mit den höheren arabischen Interessen friedlich beigelegt werden.“<sup>39)</sup>

Die im Punkt vier der Deklaration enthaltene Verpflichtung der arabischen Staaten, auf die Aggression einer fremden Macht gegen einen arabischen Staat mit allen „Mitteln einschließlich militärischer Aktionen“ zu reagieren, dürfte nicht der einzige Grund dafür gewesen sein, daß die Deklaration in Saudi-Arabien totgeschwiegen wurde<sup>40)</sup>. Der Besuch Saddam Husseins in Saudi-Arabien im August 1980 hatte zwar zur Übereinstimmung der Position der beiden Staaten hinsichtlich der Ablehnung des israelisch-ägyptischen Rahmenabkommens von Camp David, der sowjetischen Intervention in Afghanistan und der Übergabe von Militärstützpunkten in der Golfregion geführt, für die Golfzusammenarbeit kamen sie aber zu keinen greifbaren Ergebnissen.

Sieben Monate nach dem Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges im April 1981 unterzeichneten die Staatsoberhäupter der sechs Golfstaaten Saudi-Arabien, Kuwait, Oman, die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Katar und Bahrain in Abu Dhabi den Vertrag über die Gründung des Golf-Kooperationsrates („The Cooperation Council for the Arab States of the Gulf“). Saddam Hussein, der selbst in seiner Deklaration von 1980 eine enge arabische Zusammenarbeit gefordert hatte, kritisierte die Golfstaaten, die sich „unter Ausschluß des Irak zu einem Zeitpunkt trafen, zu dem die irakischen Truppen für das Wohl des Irak und der Golfstaaten kämpften.“<sup>41)</sup>

Daß die Mitgliedschaft des Irak die sozialen und politischen Strukturen des Golfrates gänzlich verändert hätte, scheint ein Teil der Erwägungen der Gründerstaaten gewesen zu sein. Aus demselben Grund wurde die Mitgliedschaft des Nordjemen nicht in Betracht gezogen. Die Mitgliedschaft Iraks hätte auch zu negativen regionalen Komplikationen insbesondere im Zusammenhang mit den saudisch-syrischen Beziehungen geführt.

Darüber hinaus scheint die These nicht abwegig zu sein, daß die Staaten des Golfrates, die nach einem *Modus vivendi* mit dem Iran suchten, zu einem dritten Faktor im Golf werden wollten. Die Unter-

<sup>36)</sup> Der Spiegel, (1979) 43.

<sup>37)</sup> Vgl. ebd.

<sup>38)</sup> Vgl. Gerd Nonneman, *Iraq, the Gulf States & the War: A changing relationship 1980—1986 and beyond*. London 1986, S. 12 f.

<sup>39)</sup> Ebd., Appendix I, S. 141.

<sup>40)</sup> Vgl. N. Safran (Anm. 27), S. 266.

<sup>41)</sup> Frauke Heard-Bey, *Die arabischen Golfstaaten im Zeichen der islamischen Revolution. Innen-, außen- und sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Golf-Rat*, Bonn 1983, S. 180.



zeichnung eines Vertrags über die Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane der Golfstaaten, die Gründung einer „Rapid Deployment Force“ (schnellen Eingreiftruppe) der Golfstaaten und die Abhaltung von gemeinsamen militärischen Manövern seit 1983 waren Anzeichen dafür, daß die Golfstaaten auf dem Wege waren, selbständige Strukturen zu entwickeln und sich als kohärente Teilregion von dem regionalen System der arabischen Welt mittelfristig abzukoppeln.

Mit der Eskalation des Krieges mußten Saudi-Arabien und die anderen Golfstaaten ihre finanzielle und logistische Unterstützung intensivieren. Saudi-Arabien ermöglichte dem Irak seit 1985, sein Erdöl sicher über die durch Saudi-Arabien verlegte Pipeline auszuführen. Nach dem Waffenstillstand im Golfkrieg 1988 versuchten Saudi-Arabien und die Golfstaaten, eine deutliche Distanz zum Irak zu gewinnen. Saudi-Arabien hat zwar im April 1988 die diplomatischen Beziehungen zum Iran als Reaktion gegen die von Teheran gelenkten Unruhen durch iranische Pilger in Mekka abgebrochen; König Fahd versuchte aber Ende 1988 durch die Einstellung der Pressekampagnen gegen den Iran eine Dialogbereitschaft zu signalisieren<sup>42)</sup>. Es scheint, daß die gemäßigte Fraktion in der iranischen Regierung diese Geste wahrgenommen hatte<sup>43)</sup>.

Die Golfstaaten konzentrierten nach dem Waffenstillstand im Golfkrieg ihre Anstrengungen auf den Ausbau des Golfrates. Das Gipfeltreffen von Manama im Dezember 1988 sah die Ausweitung der gemeinsamen Struktur in der Verteidigungs- und Erdölpolitik vor sowie den Aufbau von gemeinsamen Industrieprojekten mit dem Ziel, einen gemeinsamen Markt zu schaffen<sup>44)</sup>. Die Hoffnungen des Irak auf eine Beteiligung der Golfstaaten am Wiederaufbau der irakischen Wirtschaft blieben trotz Investitionserleichterungen seitens der irakischen Führung erfolglos.

Der Irak reagierte auf die Ignoranz der Golfstaaten in bezug auf seine Rolle als „Wächter der östlichen Pforte der arabischen Welt“ im Golfkrieg (wie die irakische Propagandamaschine die Rolle des Irak während des Krieges definierte) und die unerwünschte Partizipation des Irak in den Golfangelegenheiten mit einer stärkeren Annäherung an Ägypten, Jordanien und Nordjemen. Diese drei Staaten hatten den Irak während des Golfkrieges

42) Vgl. die saudische Tageszeitung al-Sharq al-Ausat vom 31. Oktober 1988.

43) Der stellvertretende iranische Außenminister Ali Muhammad Besharati antwortete auf die Frage des Korrespondenten der Kuwait Times über die iranisch-saudischen Beziehungen: „We must forget all the bad things of the past and start a new chapter of better relations with Saudi-Arabia.“ (Kuwait Times vom 9. November 1988).

44) Vgl. al-Majala vom 14. Dezember 1988.

aktiv unterstützt, sie waren wie er ökonomisch angeschlagen und hatten den Sonderweg der reichen Golfstaaten mißtrauisch beobachtet. Die Gründung des „Arabischen Kooperationsrates“ nach einem Treffen Saddam Husseins mit den Staatsoberhäuptern der erwähnten drei Staaten in Bagdad am 16. Februar 1989 hatte signifikante Auswirkungen auf die Golfregion<sup>45)</sup>. Es bestanden Zweifel, ob Saddam Husseins Ziel primär ökonomisch war. Eine wirtschaftliche Integration, wie es der Vertrag des Rates vorsah, könnte angesichts der wirtschaftlichen Situation im Irak, Ägypten und Jordanien nur langfristig spürbare Fortschritte bringen.

Wenn die Wirtschaft eine periphere Bedeutung für den Rat hatte, welche Ziele verfolgte dann Saddam Hussein mit der Gründung des Rates? Zweifellos war die Gründung des Rates ein Versuch des Irak, einer Isolation in der arabischen Welt zu entgehen. Der wichtigste Aspekt war aber die Verfügbarkeit über ein wirksames Instrument im Rahmen seiner Regionalpolitik. Die strategische Konsequenz des Arabischen Kooperationsrats war praktisch die Einkreisung Saudi-Arabiens<sup>46)</sup>. Es ist zu vermuten, daß Ägypten, welches während des Golfkrieges die Beziehungen mit dem Irak intensiviert, sich durch die Beteiligung am Kooperationsrat ökonomische Vorteile erhoffte<sup>47)</sup> und keine gegen die Golfstaaten gerichtete politische Blockbildung verfolgte.

Die Normalisierung der Beziehungen der Golfstaaten mit dem Iran vor einem irakisch-iranischen Friedensvertrag stellte für den Irak eine sehr ernste Entwicklung dar. Der Irak befürchtete nicht ohne Grund, in der Golfregion isoliert zu werden. In einem Artikel in der Zeitung der herrschenden irakischen Baath-Partei unter dem Titel „Auffallende Aktionen im arabischen Golf“ wurde konstatiert: „Es kann zu einem verdächtigen Pakt mit dem Iran kommen, aber zu keiner Freundschaft, weil die arabischen Regime, die das arabische Volk herausfordern und bevormunden wollen, nicht weiter existieren werden.“<sup>48)</sup> Diese unmißverständliche Warnung war vor allem an die Regierungen des Oman und der VAE gerichtet, die vor der Abhaltung des zehnten Gipfeltreffens der Golfstaaten geheime Sondierungen mit der iranischen Regierung über die Normalisierung der Beziehungen führten.

45) Zur Gründung des Arabischen Kooperationsrats vgl. den ausführlichen Bericht der ägyptischen Tageszeitung al-Ahram vom 17. Februar 1989.

46) Vgl. Wolfgang Köhler, Der liebe Saddam Hussein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. Juli 1989.

47) Der Herausgeber der ägyptischen Tageszeitung al-Ahram, Ibrahim Nafi, der gewöhnlich die Meinung des Präsidenten Hosni Mubarak wiedergibt, verweist in seinem Leitartikel über die Ziele Ägyptens nur auf die gegenseitigen Vorteile der Mitgliedsstaaten, vgl. al-Ahram vom 15. Februar 1989.

48) al-Thawra vom 16. September 1989.

## IV. Die saudische Reaktion auf die Kuwait-Krise

Das Verhaltensmuster der saudischen Führung in der Golfpolitik 1988–1990 entsprach dem Charakteristikum, das Quandt in der saudischen Außenpolitik sah<sup>49)</sup>. Er geht davon aus, daß der Stil der saudischen Politik ihre Entscheidungsfähigkeit beeinträchtigt. Die Saudis versuchen, die außenpolitischen Konflikte zu umgehen und sie auszusitzen, geraten aber in Panik, wenn die Probleme akut werden.

Dieses Verhaltensmuster kam in den zwei Wochen zwischen den irakischen Beschuldigungen gegen Kuwait und die VAE und der Invasion deutlich zum Ausdruck. Anstatt von Anbeginn an deutlich zu reagieren, nahm die saudische Diplomatie eine äußerst zurückhaltende und ambivalente Haltung ein, die sie auch nicht aufgab, als der Irak seine Truppen an der kuwaitischen Grenze konzentrierte und der Ton der irakischen Massenmedien immer aggressiver wurde.

Saudi-Arabien hatte trotz des Nichtangriffspakts mit dem Irak von 1989 allen Grund, sich als unmittelbaren Adressaten irakischer Beschuldigungen zu sehen. Schließlich war Saudi-Arabien derjenige OPEC-Staat, der seit der ersten Energiekrise 1973 maßgebend auf die Entwicklung der Erdölpreise einwirkte. Der Irak mußte angesichts der Tatsache, daß Saudi-Arabien und die anderen arabischen Golfstaaten die irakischen Erdölkunden mit ihrem eigenen Erdöl belieferten, den Preisverfall, der u. a. durch die Überschwemmung des Marktes durch die saudische Produktionserhöhung verursacht wurde, hinnehmen. Nach dem Waffenstillstand plädierte der Irak, dessen Förderkapazität bei 2,5 Mio. Barrel pro Tag lag<sup>50)</sup>, für eine strikte Einhaltung der von der OPEC festgelegten Mengen. Die von der OPEC Ende Dezember 1987 festgelegte Gesamtquote von 15,06 Mio. Barrel pro Tag wurde schon vor dem Waffenstillstand überschritten. Für den Verfall der Erdölpreise wurde bei der OPEC-Versammlung im Juni 1989 vor allem die Überschreitung der auf 18,5 Mio. festgelegten Gesamtquote durch Kuwait und die VAE, aber auch durch den Iran, verantwortlich gemacht<sup>51)</sup>. Nach dem Juni-Treffen der OPEC 1989 erhöhte Saudi-Arabien seine Produktion und beharrte auf seinem Anteil von 25 Prozent der gesamten OPEC-Fördermenge mit dem Argument, daß der Markt

eine größere Erdölmenge verkraften könne<sup>52)</sup>. Das Vorhaben Saudi-Arabiens, seine Erdölproduktion, die von 1989 bis August 1990 bei ca. 5,5 Mio. Barrel pro Tag lag, auf 8,5 Mio. zu erhöhen, dürfte für den hochverschuldeten Irak eine akute Gefahr dargestellt haben. Die Äußerungen des kuwaitischen Erdölministers Scheich Ali al-Khalifa al-Sabah und des Erdölministers der VAE, Mani al-Utaiba, daß ihre Länder die Quote für unpraktikabel halten und die Produktion gesteigert werden müsse, wenn die Preise die Marke von 18 US-Dollar pro Barrel überschreiten, stand im krassen Widerspruch zur erklärten irakischen Politik, die für die Beibehaltung der Quotenregelung und Erhöhung der Preise eintrat<sup>53)</sup>. Vor allem die Äußerung al-Sabahs Anfang Februar 1990, daß Kuwait seine Quote, die bei 1,5 Mio. Barrel pro Tag lag, nicht einhalte und statt dessen 2,5 Mio. fördere, konterkarierte die Bemühungen des Irak, seine eigene Quote zu erhöhen und die anderen arabischen Staaten zur Zurückhaltung zu bewegen.

Trotz der unterschiedlichen Positionen zur Erdölpolitik überraschte das irakische Memorandum vom 15. Juli 1990 Saudi-Arabien und die Golfstaaten. Das Memorandum war zwar an Kuwait und an die VAE gerichtet; es war aber nicht zu übersehen, daß sich die offenen Drohungen an zwei Mitglieder des Golfrats richteten, mit denen Saudi-Arabien in einem Verteidigungsbündnis steht, und somit die Sicherheitsinteressen Saudi-Arabiens unmittelbar berührten. Ferner waren die saudische Erdölpolitik und die saudischen Produktionserweiterungspläne das sekundäre Ziel der irakischen Vorwürfe und Beschuldigungen.

Die irakischen Drohungen nahmen keine Rücksicht auf die Position Saudi-Arabiens als Hauptmacht innerhalb des Golfrates. Diese Herausforderung war vielmehr eine Konsequenz der militärischen Stärke Iraks und der saudischen Bereitschaft, sie als *Fait accompli* hinzunehmen, solange die irakische Militärmaschinerie nicht gegen sie gerichtet war.

Als auch durch die Einigung der OPEC-Staaten im Juli 1990 auf einen Referenzpreis von 20 US-Dollar je Faß die Spannungen zwischen Irak und den beiden bedrohten Golfstaaten Kuwait und VAE nicht geringer wurden und die auf Vermittlung der Saudis am 31. Juli 1990 in Jiddah geführten Verhandlungen scheiterten, mußte Saudi-Arabien eine irakische Invasion in Kuwait befürchten. Die Saudis standen in einer äußerst prekären Situation. Das Übereinkommen in der Frage der Erdölpreise und

<sup>49)</sup> Vgl. W. B. Quandt (Anm. 2), S. 109f.

<sup>50)</sup> Vgl. *al-Sharq al-Ausat* vom 28. November 1988. Die Verlegung einer zweiten Pipeline über Saudi-Arabien im Januar 1990 erhöhte die irakische Förderkapazität auf 3,5 Millionen Barrel pro Tag, siehe *al-Majala* vom 30. Januar 1990.

<sup>51)</sup> Vgl. *Süddeutsche Zeitung* vom 8. Juni 1989.

<sup>52)</sup> Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. September 1989.

<sup>53)</sup> Vgl. *Neue Zürcher Zeitung* vom 8. Juni 1989.

die prinzipielle Bereitschaft Kuwaits, irakische Schulden zu erlassen, reichten nicht aus, um Saddam Hussein durch eine „Petro-Dollar-Scheckdiplomatie“ beschwichtigen zu können. Zudem hätte die Zustimmung Saudi-Arabiens für einen Ausgleich mit dem Irak, in dem die kuwaitische Regierung die Ansprüche und Forderungen Iraks erfüllt hätte, den Saudis den Rest ihrer Glaubwürdigkeit als „Schutzmacht“ der kleinen Golfstaaten gekostet. Saudi-Arabien und die Staaten des Golfrates wären im engeren Sinne des Wortes irakische Vasallen geworden. Der Versuch der irakischen Führung, Saudi-Arabien zur Neutralität zu bewegen, hatte keinen Erfolg. Die saudische Entscheidung, die amerikanische Regierung um Entsendung von Truppen zu bitten, entsprang nach Einschätzung der Saudis einer akuten Notwendigkeit<sup>54</sup>).

Die Verurteilung der irakischen Invasion in Kuwait durch Ägypten und Syrien und die Entscheidung beider Staaten zum Schutz Saudi-Arabiens Truppen zu entsenden, konnte angesichts der Übermacht des Irak kein glaubwürdiges militärisches Gegengewicht herstellen. Das saudische Hilfeersuchen an die USA war insofern essentiell für die Sicherheit des Königiums, auch wenn aus politischen Gründen ein solcher Entschluß ansonsten nicht erfolgt wäre. Aus Rücksicht auf die heftige Reaktion der radikalen arabischen Staaten hatte sich Saudi-Arabien seit 1962 stets geweigert, den USA militärische Luftbasen zur Verfügung zu stel-

len. In Übereinstimmung mit dem Irak stand Saudi-Arabien gegen die Präsenz ausländischer Streitkräfte in der Golfregion<sup>55</sup>). Sowohl der Nixon-Doktrin, die dem Iran und Saudi-Arabien die Hauptrolle in der regionalen Sicherheit gab, als auch der Carter-Doktrin, die eine amerikanische militärische Intervention bei einer Golfgefährdung vorsah, stand Saudi-Arabien ablehnend gegenüber<sup>56</sup>). Dem widersprach nicht die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten im Rüstungsbereich. Es ging vielmehr um die Befürchtung, daß die Präsenz einer Supermacht – etwa durch Einräumung von militärischen Basen – die Präsenz der anderen Supermacht herbeiführen werde.

Die Invasion und Annexion Kuwaits – sowie das klägliche Scheitern der Arabischen Liga auf ihrer Tagung in Kairo am 10. August, die Krise zu lösen – machte das saudische Hilfeersuchen unvermeidlich, zumal die Saudis nach der irakischen Invasion in Kuwait weder dem Nichtangriffspakt mit dem Irak noch den irakischen Zusicherungen, Saudi-Arabien nicht zu bedrohen, Glauben schenken konnten<sup>57</sup>). Schließlich stellte Saddam Hussein durch die Invasion seine eigene Deklaration von 1980, die eine militärische Intervention bei innerarabischen Konflikten ablehnte, und seinen Vorschlag beim Gipfeltreffen der Staaten des „Arabischen Kooperationsrates“ in Alexandria im April 1989 in Frage.

## V. Saudi-Arabien, Ägypten und Syrien: Eine neue regionale Achse?

Die irakische Invasion und Annexion Kuwaits führte zu mehreren regionalen Entwicklungen. Deren Hauptergebnis ist eine tiefe Spaltung im arabischen regionalen System, in dem seit zwei Jahrzehnten kein Konsens über regionale und internationale Fragen herrscht<sup>58</sup>). Die Herstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Syrien und Ägypten vor der irakischen Invasion in Kuwait und die kontinuierliche Normalisierung in den saudisch-syrischen Beziehungen, die letztendlich zum Vertrag von Taif 1989 zwischen verschiedenen libanesi-

schen Bürgerkriegsparteien führte, schuf günstige Bedingungen für eine gemeinsame Politik der drei Staaten gegenüber dem Irak nach der Invasion.

Obwohl eine neue regionale Ordnung, auch wenn man von der gegenwärtigen Blockbildung ausgeht, vom weiteren Verlauf des Krieges abhängig ist, scheint die neue syrisch-ägyptisch-saudische Achse nicht von vorübergehender Dauer zu sein: Ägypten tendierte auch nach der Gründung des „Arabischen Kooperationsrats“ regionalpolitisch eher zu Saudi-Arabien als zum Irak. Auf dem arabischen Gipfeltreffen in Bagdad 1990 herrschte eine große Übereinstimmung in den saudischen und ägyptischen Positionen. Beide Staaten lehnten die radikalen Forderungen Saddam Husseins nach Rückzug der arabischen Gelder und einen Erdölboykott gegenüber jenen Ländern, die die „aggressive und expansionistische Politik“ Israel unterstützen, ab<sup>59</sup>). Ägypten, das seit 1979 mit Israel um die Rolle eines

<sup>54</sup>) Vgl. al-Jazeera vom 18. August 1990.

<sup>55</sup>) Vgl. G. Nonneman (Anm. 40), S. 20.

<sup>56</sup>) Vgl. David E. Long, *The United States and Saudi Arabia: Ambivalent Allies*, Boulder u. a. 1985.

<sup>57</sup>) Auf die Behauptung, der Irak habe Saudi-Arabien nicht bedroht, antwortete der saudische Außenminister Saud al-Faisal: „Kann der Irak leugnen, daß mehr als 200 000 irakische Soldaten in Kuwait stehen? Kann der Irak leugnen, daß weitere 200 000 irakische Kämpfer an die kuwaitisch-saudische Grenze vorgerückt sind? Mußte der Irak, um Kuwait zu besetzen, eine Million Kämpfer mobilisieren?“ Vgl. *Der Spiegel*, (1990) 42.

<sup>58</sup>) Vgl. B. Tibi (Anm. 22), S. 199 ff.

<sup>59</sup>) Vgl. Arnold Hottinger, *Machtverschiebung in der arabischen Welt. Konfrontations- oder Friedenspolitik gegenüber Israel?*, in: *Europa Archiv*, (1990) 13–14, S. 417.

„strategischen Aktivpostens“ (strategic asset) der amerikanischen Nahost-Politik konkurriert<sup>60</sup>), konnte den irakischen Radikalkurs nicht unterstützen. Vor und nach der irakischen Invasion scheiterten alle irakischen Bemühungen, Ägypten zu einer proirakischen oder einer neutralen Position zu bewegen. Eine solche Haltung hätte nicht nur zu internationalen Komplikationen, vor allem in den ägyptisch-amerikanischen Beziehungen, geführt, sondern die ökonomischen und politischen Beziehungen mit Saudi-Arabien und den anderen Golfstaaten beeinträchtigt. Der Schuldenerlaß durch Saudi-Arabien und die anderen Golfstaaten könnte der Beginn für einen finanziellen Plan zur Sanierung der ägyptischen Wirtschaft sein.

Für Syrien, das seit 1989 seine Beziehungen zu den arabischen Staaten normalisieren wollte, bot die Golfkrise eine seltene Gelegenheit, um sein Vorhaben zu forcieren. Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Ägypten und die regelmäßige Zusammenkunft der Regierungsvertreter der beiden Staaten war das Grundelement der neuen syrischen Orientierung. Die Unterzeichnung eines umfassenden ökonomischen und kulturellen Vertrages mit Ägypten am 12. Dezember 1990 ließ beide Länder eng zusammenrücken<sup>61</sup>). Im Zusammenhang mit der syrischen Position zur irakischen Invasion in Kuwait war die syrische Verurteilung und die Entsendung von Truppen nicht überraschend. Die lange Geschichte des Konflikts zwischen den beiden von der Baath-Partei regierten Staaten ließ keine anderen Schlußfolgerungen zu. Die saudische finanzielle Unterstützung für Syrien hat aber, angesichts der vielfältigen regionalen und internationalen Ziele, die Syrien durch die Krise für sich entscheiden will, nur sekundäre Bedeutung.

Syrien konnte im Schatten der Golfkrise den vom Irak unterstützten General Michel Aoun entmachten und somit die Autorität des libanesischen Präsidenten Elias Hrawi durchsetzen.

Die Begegnung Präsident Assads mit dem amerikanischen Präsidenten Bush am 23. September 1990 in Genf hatte ihre Bedeutung nicht nur im Zusammenhang mit der Übereinstimmung der Positionen der beiden Staaten zur Golfkrise und zur Situation im Libanon; von Syrien wurde die Begegnung auch als Anerkennung der syrischen Rolle als einer der Hauptakteure in der nahöstlichen Politik gewertet<sup>62</sup>).

<sup>60</sup>) Vgl. Bassam Tibi, Schlüsselrolle im Schatten Israels, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Oktober 1990.

<sup>61</sup>) Zum vollständigen Vertragstext vgl. Deutsche Welle, Monitor-Dienst vom 13. Dezember 1990.

<sup>62</sup>) Vgl. die Äußerungen des syrischen Informationsministers Muhammad Salman zum Genfer Gipfeltreffen in: Deutsche Welle, Monitor-Dienst vom 26. November 1990.

Die intensiven politischen Konsultationen zwischen Syrien, Ägypten und Saudi-Arabien seit der neuen Golfkrise und zumal seit dem Beginn des Krieges, ferner der Koordinationsausschuß, der die drei Außenminister dieser Staaten umfaßt und in regelmäßigen Abständen tagt, sowie die im Rahmen des ägyptisch-syrischen Vertrages vom Dezember 1990 vorgesehenen Treffen der Ministerpräsidenten beider Länder liefern den Grund für die Annahme, daß die drei Staaten die Notwendigkeit einer neuen regionalen Zusammenarbeit ähnlich einschätzen. Dabei geht Saudi-Arabien davon aus, daß sich in den achtziger Jahren entstandene regionale Zusammenschlüsse wie der Golfkooperationsrat und der Arabische Kooperationsrat hinsichtlich der Sicherheit der arabischen Staaten nicht bewährt haben<sup>63</sup>).

Obwohl die saudische Auffassung nicht von der Hand zu weisen ist, ignoriert sie die Tatsache, daß die Ziele, auch die Sicherheitsziele, dieser regionalen Gruppierungen partikularistisch waren. Die arabische Sicherheit wurde keineswegs als eine Ganzheit konzipiert. Im Fall des Golfkooperationsrates war – wie die neue Golfkrise zeigte – der Versuch der reichen Ölstaaten, sich von den Konflikten der arabischen Welt abzukoppeln, unrealistisch. Der Arabische Kooperationsrat entstand als Reaktion auf den Golfrat und dient primär den regionalen Hegemoniebestrebungen des Irak. Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak bezeichnete ihn im nachhinein als „Arabischen Konspirationsrat“<sup>64</sup>).

Das elfte Gipfeltreffen der Staaten des Golfrates Ende Dezember 1990 räumte der Zusammenarbeit mit Ägypten und Syrien in der Sicherheitsfrage eine besondere Bedeutung ein. Die saudische, ägyptische und syrische Sicherheitskooperation soll die Verteidigungsanstrengungen des Golfrates ergänzen. Die Sicherheitspolitik soll nach Beschlüssen des Golfrates durch ein umfassendes Entwicklungsprogramm für die wirtschaftlich schwachen arabischen Staaten flankiert werden<sup>65</sup>). Eine ständige Wirtschaftskommission soll die Kooperation Ägyptens mit den Golfstaaten voranbringen.

Mit diesen Beschlüssen rückt der Golfrat von seiner bisherigen Sicherheitspolitik ab, die nur die Golfregion umfaßte. Die Kuwait-Krise machte unmißverständlich deutlich, daß die Golfsicherheit von einem neuen arabischen Sicherheitskonzept abhängig ist. Dieses Sicherheitskonzept kann, worauf der ehemalige ägyptische Verteidigungsminister und der jetzige Sicherheitsberater Mubaraks, Muham-

<sup>63</sup>) Vgl. al-Sharq al-Ausat vom 18. November 1990.

<sup>64</sup>) Vgl. al-Ahram al-Iqtisadi vom 29. Oktober 1990, S. 31.

<sup>65</sup>) Vgl. al-Sharq al-Ausat vom 26. Dezember 1990.

telfristig realisiert werden<sup>66</sup>). Saudi-Arabien, Ägypten und Syrien hatten vor Ausbruch des Krieges am 16. Januar 1991 alles versucht, Saddam Hussein für eine friedliche Lösung durch den Abzug seiner Truppen aus Kuwait zu gewinnen. Sollte dies nicht gelingen, hielten sie einen Waffengang für unvermeidbar<sup>67</sup>). Die Erklärung der Außenminister der drei Staaten auf ihrem vierten Treffen nach Ausbruch der Krise am 6. Januar 1991 in Riyad bestand auf dem bedingungslosen und vollständigen Abzug der irakischen Truppen aus Kuwait<sup>68</sup>). Vor allem für Saudi-Arabien hätte der Abzug aus Kuwait aber keine Abwendung der irakischen Bedrohung bedeutet. Eine glaubwürdige Sicherheit wäre nur durch eine Präsenz amerikanischer Truppen in einer angemessenen Stärke oder der Stationierung ägyptischer und möglicherweise syrischer Truppen denkbar. Beide Möglichkeiten sind mit Mängeln behaftet.

Die Abhängigkeit Saudi-Arabiens von amerikanischen Truppen könnte die Legitimation des saudischen Systems in Frage stellen<sup>69</sup>). Aus diesem

<sup>66</sup>) Vgl. das Interview Abu Ghazalas mit dem ägyptischen Nachrichtenmagazin al-Mussawar vom 18. Januar 1991.

<sup>67</sup>) In einer Rede vor dem „Islamischen Volkskongreß“ in Mekka am 12. Januar 1991 forderte König Fahd den irakischen Präsidenten auf, seine Truppen aus Kuwait zurückzuziehen. Er deutete aber an, daß die Zuspitzung der Krise den Waffengang unvermeidbar macht. Vgl. al-Sharq al-Ausat vom 14. Januar 1991. Der syrische Präsident Assad stellte im Falle des Abzugs der irakischen Truppen ein Bündnis mit dem Irak in Aussicht. Vgl. die syrische Zeitung Tishrin vom 13. Januar 1991. Der ägyptische Präsident Mubarak legte in einer Rede am 9. Januar dar, daß er in den letzten drei Wochen vor Ablauf des Ultimatums des Sicherheitsrats mehr als einmal Kontakt mit Saddam Hussein aufgenommen habe in der Hoffnung, Hussein zu einem Kompromiß zu bewegen. (Vgl. al-Sharq al-Ausat vom 10. Januar 1991.)

<sup>68</sup>) Vgl. al-Sharq al-Ausat vom 7. Januar 1991.

<sup>69</sup>) Die saudische Regierung versuchte durch die Einberufung einer Konferenz der islamischen Ulama Mitte September 1990 in Mekka, die die Stationierung der amerikanischen Truppen legitimieren sollte, die irakische Polemik von der „Entweihung der heiligen Stätten“ zu entkräften. Die Erklärung der Ulama stimmt der Stationierung der amerikanischen Truppen als Notfall zu (vgl. den Erklärungstext, in: al-Jazeera vom 14. September 1990). Schon im August 1990 legitimierten der Shaik von der islamischen Universität Al-Azhar (Kairo) und der ägyptische Landesmufti die saudische Entscheidung (vgl. Al-Ahram vom 22. August 1990). Der Rechtsspruch der Ägypter wurde vom jordanischen Minister für die religiösen Stiftungen, Saikh Ali al-Faqir, durch einen Gegenrechtsspruch (Fatwa) abgelehnt. Al-Faqir ging davon aus, daß die Muslime ihre Streitigkeiten selbst lösen müssen. Der Rechtsspruch des ägyptischen Landesmufti und des Shaikh von Al-Azhar riecht, wie al-Fakir in seinem Gegenrechtsspruch formulierte, nach „Erdöl“ (vgl. die jordanische Zeitung al-Dastur vom 22. August 1990).

Grunde schlossen sowohl die amerikanische als auch die saudische Regierung eine längere Präsenz der amerikanischen Truppen in Saudi-Arabien aus<sup>70</sup>).

Die Stationierung ägyptischer Truppen zusammen mit Verteidigungsanstrengungen der Golfstaaten könnte erst nach Beendigung des Krieges in die Tat umgesetzt werden. Es ist allerdings kaum vorstellbar, daß der Irak, im Falle eines Truppenrückzugs, ein gegen ihn gerichtetes Sicherheitssystem akzeptiert hätte.

Auch wenn Saudi-Arabien und seine arabischen Verbündeten die militärische Option für sehr wahrscheinlich hielten, barg der Krieg von Anfang an kaum kalkulierbare Gefahren. Schon zwei Tage nach Ausbruch des Krieges versuchte Saddam Hussein durch die Raketenangriffe auf Israel, einen Gegenangriff zu provozieren, um den Konflikt auszuweiten und die Allianz zu spalten<sup>71</sup>). Diese Befürchtung ist, trotz der von der amerikanischen Regierung veranlaßten Zurückhaltung Israels, nicht völlig abgewendet. Saddam Husseins Versuch der Mobilisierung der arabischen Bevölkerung zeigte in Syrien und Ägypten bislang keine systemgefährdende Wirkung. In Ägypten stellten sich neben den fundamentalistischen Untergrundorganisationen lediglich die neofundamentalistische „Sozialistische Arbeitspartei“ bedingungslos an die Seite Saddam Husseins.

Die Formierung einer proirakischen Bewegung in Syrien ist dagegen unvorstellbar. Vor dem Hintergrund des syrisch-irakischen Konflikts würde eine solche Bewegung die Legitimation des syrischen Staates in Frage stellen. Die Auffassung der syrischen Regierung, daß sie nicht bereit sei, an einem Krieg gegen Israel teilzunehmen, an dessen Vorbereitung sie nicht beteiligt sei, zeugt von einer realistischen Beurteilung der militärischen Lage. Zudem riskiert Syrien, im Falle eines Frontenwechsels, seine aufgrund der Krise gewachsene Machtposition in der Region. Unabhängig von der weiteren Entwicklung des gegenwärtigen Konfliktes muß davon ausgegangen werden, daß das Bündnis zwischen Saudi-Arabien, Ägypten und Syrien in der Nachkriegszeit aus sicherheitspolitischen und ökonomischen Gründen gefestigt wird.

<sup>70</sup>) Vgl. hierzu das Interview König Fahds in: al-Sharq al-Ausat vom 8. Januar 1991.

<sup>71</sup>) Der syrische Verteidigungsminister Mustafa Tlass lehnte die irakischen Angriffe gegen Israel als „unlogisches Vorgehen“ ab, vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. Januar 1991.

# Der Golfkrieg als Schlüsselereignis für den arabisch-israelischen Konflikt

## I. Einleitung

Wohl selten hat der Überfall eines Staates auf einen kleinen Nachbarn verheerendere Folgen für den Aggressor gehabt, als die irakische Besetzung Kuwaits vom 2. August 1990. Auch wenn das Ende des am 17. Januar 1991 begonnenen Krieges und das ganze Ausmaß an Zerstörungen und Verlusten an Menschenleben, die er mit sich bringen wird, bisher noch längst nicht abzusehen sind, so steht doch jetzt schon fest, daß das irakische Volk der Hauptverlierer sein wird.

Saddam Hussein und sein Regime haben das eigene Volk unerbittlich in eine aussichtslose Konfrontation gegen übermächtige Gegner geführt, und ähnlich wie früher Hitler scheint der irakische Diktator entschlossen zu sein, die „Mutter aller Schlachten“ bis zum bitteren Ende durchzustehen. Möglicherweise glaubt Saddam noch an einen Ausweg, der einen Rest des „politischen Erfolges“ der Kuwait-Invasion retten könnte, da sein Versuch, die Kraftprobe um Kuwait in einen Kreuzzug aller Araber gegen Israel und dessen Verbündete zu verwandeln, zumindest bei Teilen der arabischen Bevölkerung von Nordafrika bis Palästina Resonanz gefunden hat.

Am 2. August 1990 dürfte Saddam Hussein allerdings kaum auch nur annähernd die Katastrophe vorausgesehen haben, die im Januar 1991 über sein Land hereingebrochen ist. Vielmehr scheint er einer dreifachen Fehlkalkulation erlegen zu sein: Er hatte vor der Kuwait-Invasion sicher nicht die machtvolle Reaktion der USA und anderer westlicher Staaten vorausgesehen. In den folgenden fünf Monaten spekulierte er vergeblich auf ein Auseinanderbrechen der internationalen Koalition und ein Zurückschrecken der westlichen Demokratien vor dem Einsatz militärischer Gewalt. Schließlich setzte er auch noch falsche Hoffnungen auf einen „Seitenwechsel“ seiner arabischen Gegner durch die Verwicklung Israels in den Krieg.

Welches Prestige auch immer Saddam Hussein durch seinen kompromißlosen Konfrontationskurs „für die arabische Ehre“ in den folgenden Wochen oder gar Monaten noch gewinnen mag, sofern er nicht schon frühzeitig kapitulieren muß — das

Kräfteverhältnis zwischen Israel und den arabischen Staaten wird nach dem Krieg noch ungünstiger für die Araber sein als nach dem Junikrieg von 1967. Selbst ein (inzwischen unwahrscheinlicher) Kriegseintritt Jordaniens und Syriens auf Seiten des Irak könnte die militärische Katastrophe für die arabischen Hauptgegner Israels wohl nur verschlimmern. Ägypten und Saudi-Arabien würden wahrscheinlich sogar bei einem monatelangen Zermübungskrieg gegen den Irak auf der Seite der westlichen Allianz bleiben, und die weiter vom Schauplatz entfernten arabischen Staaten könnten dem Irak nicht helfen, selbst wenn sie dies wollten.

Der einzige greifbare „Gewinn“, den Saddam Hussein und seine Sympathisanten aus dem Krieg ziehen könnten, ist die zu erwartende Welle anti-amerikanischer Emotionen, die selbst so prowestliche Staaten wie Ägypten und Saudi-Arabien erfassen und die dortigen Regime erschüttern könnte. Die USA sind wegen ihrer Rolle als Hauptschutzmacht Israels ohnehin seit Jahrzehnten der Feind für arabische Nationalisten und islamische Fundamentalisten. Viele Araber waren bereit, Saddam Hussein seine Untaten gegen die Kuwaitis und gegen das eigene Volk nachzusehen, weil er sich gleichzeitig als Vorkämpfer der arabischen Einheit und Herausforderer Israels präsentieren konnte. Wenn jetzt Amerikaner und andere westliche „Imperialisten“ zehntausende oder gar hunderttausende von Irakern töten, um Saddam Husseins Machtapparat zu zerschlagen, so werden die dadurch aufgerissenen psychologischen Wunden nur sehr schwer wieder zu heilen sein.

Dies kann überhaupt nur dann gelingen, wenn die nach einem Sturz Saddam Husseins und der Wiederherstellung Kuwaits zu erwartende Ära der absoluten westlichen Vormacht im Nahen Osten dazu genutzt wird, ernsthaft auf eine Lösung des über fünfzig Jahre alten arabisch-israelischen Konfliktes hinzuwirken. Die von Saddam Hussein vergeblich angestrebte Verknüpfung der Kuwait-Krise mit dem Palästina-Problem könnte so doch noch Wirklichkeit werden. Israel, das im Golfkrieg zum Ziel unprovoked Raketenangriffe wurde, wird nach

dem Krieg vielleicht einen Preis dafür bezahlen müssen, daß es der Bedrohung durch die irakische Militärmacht entledigt sein wird. Am Ende einer

solchen Entwicklung könnte jedoch die Aussicht auf einen dauerhaften Frieden für Israel und seine arabischen Nachbarn stehen.

## II. Der Stand des arabisch-israelischen Konflikts vor der Golfkrise

### 1. Israel und seine arabischen Nachbarn

Die seit dem ägyptisch-israelischen Separatfrieden von 1978/79<sup>1)</sup> so beliebt gewordene Floskel vom „Friedensprozeß“ im Nahen Osten ist ein starker Euphemismus, wenn nicht eine irreführende Bezeichnung für die tatsächliche Entwicklung der Beziehungen zwischen Israel, seinen arabischen Nachbarstaaten und den Palästinensern. Zwar hat der Friedensvertrag mit Ägypten seitdem schon etlichen schweren Belastungsproben standgehalten, aber selbst die bilateralen Beziehungen zwischen Israel und Ägypten stagnierten, blieben jedenfalls weit hinter den israelischen Erwartungen zurück. Ägypten brauchte fast 13 Jahre, um nach dem „Verrat“ Anwar al-Sadats — der für seinen Alleingang im Oktober 1981 mit dem Leben bezahlen mußte — wieder voll und ganz in die arabische Staatengemeinschaft aufgenommen zu werden<sup>2)</sup>.

An der Spitze der „Ablehnungsfront“ gegen die ägyptische Politik des Friedens mit Israel standen Syrien, der Irak, Libyen und die PLO. Syrien beanspruchte nach dem Ausfall Ägyptens eine führende Rolle als „Frontstaat“ und ließ sich dafür von Saudi-Arabien und anderen arabischen Staaten wie auch vom Iran<sup>3)</sup> mit materiellen Zuwendungen belohnen. Mit sowjetischer Hilfe versuchte Syrien in den achtziger Jahren sein Möglichstes, um militärtechnologisch eine „strategische Parität“ mit Israel zu erringen<sup>4)</sup>.

Auch Jordanien, der Anrainer mit der längsten Grenze zu Israel, konnte keinesfalls für Friedensverhandlungen nach ägyptischem Vorbild gewonnen werden, solange die Palästinenser bzw. die PLO als deren politischer Vertreter davon ausgeschlossen blieben. Die Mehrheit seiner Bevölke-

rung (selbst nach dem Verlust der bis 1967 jordanischen „Westbank“) ist palästinensisch, und anders als Ägypten könnte Jordanien auch nicht kurzfristig einen wirtschaftlichen Boykott durch seine arabischen Nachbarn durchstehen. Auch ohne die Beendigung des Kriegszustandes mit Israel hat Jordanien allerdings seit 1967 stets den Personen- und Warenverkehr von und zur besetzten Westbank erlaubt und seit der gewaltsamen Vertreibung der PLO aus seinem Staatsgebiet (1970/71) den Waffenstillstand streng respektiert. Jordanien hat sich bereits am arabisch-israelischen Krieg von 1973 (Oktoberkrieg) nicht mehr beteiligt.

Auch Syrien, seit dem Kurswechsel Ägyptens der ernsthafteste unmittelbare Gegner Israels, hat schon 1974 einem Truppenentflechtungsabkommen auf den israelisch besetzten Golan-Höhen zugestimmt und dort ebenfalls den Waffenstillstand fast nie gebrochen. Gleichzeitig war Syrien aber stets bestrebt, den militärisch machtlosen Kleinstaat Libanon zur Ausgangsbasis für anti-israelische Operationen und damit zum Hauptschauplatz des arabisch-israelischen Konflikts zu machen. Mit der massiven Förderung der Aufrüstung palästinensischer Guerillaverbände dort seit Ende der sechziger Jahre hat Syrien nicht nur erfolgreich den Libanon in einen „Konfrontationsstaat“ verwandelt, sondern auch den entscheidenden Anstoß zum Ausbruch des Bürgerkriegs (seit 1975) gegeben. Auch nach seinem Einmarsch in den Libanon als „Ordnungsmacht“ 1976 überließ Syrien der PLO eine Zone im Süden des Landes, um von dort aus den Kleinkrieg gegen Israel fortzusetzen.

Wie weit Israel auch nach dem Friedensschluß mit Ägypten von einer friedlichen Eingliederung in die Region entfernt war, zeigte 1982 seine hauptsächlich gegen die PLO gerichtete Libanon-Invasion. Dieser monatelange Feldzug, der über 20 000 Todesopfer unter den Libanesen und Palästinensern gekostet haben soll<sup>5)</sup>, zerschlug zwar vorübergehend den militärischen Machtapparat der PLO, trug aber kaum zur „Lösung“ des Konflikts im israelischen Sinne bei. Ein 1983 mit amerikanischer Vermittlung geschlossenes Abkommen mit der li-

1) Nach dem Camp-David-Abkommen vom 17. September 1978 wurde am 26. März 1979 ein ägyptisch-israelischer Friedensvertrag geschlossen.

2) Als letzte arabische Staaten nahmen Syrien und Libyen 1990 wieder volle diplomatische Beziehungen mit Ägypten auf, und der Sitz der Arabischen Liga wurde im Oktober 1990 nach Kairo zurückverlegt.

3) Vgl. Yair Hirschfeld, *The Odd Couple: Ba'athist Syria and Khomeini's Iran*, in: Moshe Ma'oz/Avner Yaniv (Hrsg.), *Syria under Assad*, London 1986, S. 105–124.

4) Ende 1989 erklärte die Sowjetunion, dieses Ziel nicht länger zu unterstützen, sondern nur noch eine „vernünftige Verteidigungsfähigkeit“ Syriens; vgl. *Le Monde* vom 22. November 1989.

5) Vgl. *Israel in Lebanon. Report of the International Commission to enquire into reported violations of international law by Israel during its invasion of the Lebanon*, London 1983.

banesischen Regierung, das Israel dauerhafte Kontrollrechte auf libanesischem Staatsgebiet zur Sicherung der eigenen Nordgrenze gewährt hätte, scheiterte am Widerstand Syriens und prosyrischer Milizen. Israels Besatzungstruppen zogen sich 1985 aus dem größten Teil Südlibanons zurück, wo selbst die PLO wieder neue Basen errichten konnte. Inzwischen hatte sich Israel neue gefährliche Gegner in Gestalt der libanesischen Schiiten geschaffen. Die vom Iran geförderte fundamentalistische „Hizbullah“ (Gottespartei) kämpft nicht nur mit großem Elan für die Vertreibung der Israelis aus einer immer noch besetzten „Sicherheitszone“ im Südlibanon, sondern hat mit ihrer Propaganda für den Kampf „bis zur Zerschlagung Israels“ auch gleichgesinnten Bewegungen in Palästina selbst Auftrieb gegeben.

## 2. Die Palästinenser als Kern des Problems

Der andauernde Kriegszustand mit seinen arabischen Nachbarstaaten — wobei Israel immer auch entferntere Staaten als potentielle Angreifer einkalkulieren muß — ist jedoch längst nicht mehr das größte Hindernis für eine Befriedung der Nahost-Krisenregion. Abgesehen von Syrien, das die Rückgabe der 1967 verlorenen und 1981 von Israel förmlich annektierten Golan-Höhen verlangt, hat heute kein Staat — auch nicht Jordanien<sup>6)</sup> — mehr territoriale Forderungen an Israel. Die arabischen Staaten begründen ihre Weigerung zum Friedensschluß mit Israel — wie schon vor den Kriegen von 1948/49 und 1967 — vielmehr mit ihrer Solidarität mit den Palästinensern. Dies war zwar nie die ganze Wahrheit, weil Ägypten, Jordanien und Syrien früher vor allem eigene Machtinteressen in Palästina verfolgt haben. Seit Ende der sechziger Jahre und dem Aufstieg der PLO zur eigenständigen Kraft hat sich jedoch langsam ein arabischer Konsens herausgebildet, politische Selbstbestimmung für die Palästinenser innerhalb der Grenzen des ehemaligen britischen Mandatsgebiets zu fordern<sup>7)</sup>.

Wenn es Israel also gelänge, sich mit den arabischen Palästinensern über eine Aufteilung der Souveränität in diesem 28 000 qkm großen Terrain zu einigen, könnte sich kaum ein arabischer Staat noch einem Friedensschluß mit Israel widersetzen — sofern die Bereitschaft dafür nach über vier Jahrzehnten kostspieligen Wettrüstens nicht ohnehin längst vorhanden ist. Genau dies erscheint aber der großen Mehrheit der Juden in Israel immer noch als

<sup>6)</sup> Am 31. Juli 1988 erklärte König Hussein den Verzicht auf die „administrative Zuständigkeit“ Jordaniens für die Westbank und bereitete damit den Weg für die Proklamation eines „Staates Palästina“ einige Monate später.

<sup>7)</sup> D. h. in Israel (ohne Golan-Höhen), in der Westbank und im Gaza-Streifen.

unerträgliche Zumutung. „Die Israelis wollen Frieden und unser Land“, werfen die Palästinenser ihnen seit langem und nicht zu Unrecht vor. Tatsächlich hat Israel, das Ägypten im Austausch für den Frieden die Sinai-Halbinsel bis auf den letzten Quadratkilometer zurückgegeben hat, jede Art von Verhandlungen über die Errichtung eines arabischen Teilstaates in Palästina seit 1967 stets abgelehnt. Als Hauptargument wurde immer das eigene Sicherheitsbedürfnis angeführt: Der jüdische Staat brauche sichere, d. h. mit vertretbarem Aufwand zu verteidigende Grenzen, und jeder palästinensische Staat würde von arabischer Seite doch nur als Vorstufe zur Rückeroberung von ganz Palästina aufgefaßt werden.

So ernst zu nehmen solche israelischen Einwände gegen einen souveränen Palästinenserstaat auch sein mochten, so dienten sie in der Praxis als Alibi für die Fortsetzung der jüdischen „Landnahme“ und langsamen Verdrängung der arabischen Bevölkerung. Der arabische Ostteil von Jerusalem wurde schon 1967 annektiert und mit einem Ring jüdischer Vorstädte (bis 1990 mit ca. 100 000 Einwohnern) umgeben, weitere ca. 100 000 Juden siedelten sich zwischen 1967 und 1990 an zahlreichen nach strategischen Gesichtspunkten ausgewählten Orten in der übrigen Westbank und im Gaza-Streifen an. Der für diese Neusiedlungen erforderliche Grund und Boden wurde in der Regel von der Militärverwaltung zu herrenlosem Staatsland erklärt oder unter anderen Vorwänden beschlagnahmt<sup>8)</sup>.

Wie immer man zu dem zionistischen Anspruch stehen mag, Juden müßten prinzipiell das Recht haben, an jedem beliebigen Ort im „Land ihrer Vorfäter“ zu siedeln — mit einem „Friedensprozeß“ hatte diese Entwicklung in Palästina seit 1967 wenig zu tun. Sie ähnelt vielmehr der Phase des britischen Mandats (1922 bis 1948), als die jüdische Masseneinwanderung ebenfalls gegen den Willen der arabischen Bevölkerung das demographische Gesicht Palästinas veränderte.

## 3. Zuspitzung des Konflikts seit der „Intifada“

Über 20 Jahre lang hat Israel die genannte Politik der schleichenden Annexion der 1967 eroberten Teile Palästinas relativ unangefochten fortsetzen können. Zwar hatte es auch zwischen 1967 und 1987 häufig Unruhen durch das Aufbegehren der betroffenen Araber gegeben, aber in der Regel flauten diese innerhalb einiger Tage oder Wochen ab. Seit Dezember 1987 ist jedoch eine völlig neue Situation entstanden, indem sich Zusammenstöße im Gaza-Streifen zu einer Massenprotestbewegung auswei-

<sup>8)</sup> Vgl. Alexander Flores. Intifada: Aufstand der Palästinenser, Berlin 1988, S. 15–42.



teten, die alle 1,5 bis 1,8 Millionen Araber dort und in der Westbank erfaßte und in einen andauernden organisierten Volksaufstand (arabisch: „Intifada“) einmündete.

Diese neue Massenbewegung entstand sogar für die Palästinenser selbst überraschend, und ihre Haupttriebkraft war die unter der Besatzung aufgewachsene junge Generation in Palästina, nicht die von außen um Einfluß und Führung ringende PLO. Die 1965 gegründete PLO hat ihre aktiven Mitglieder stets überwiegend aus den in den Kriegen von 1948/49 bzw. 1967 vertriebenen oder geflohenen Palästinensern in den Flüchtlingslagern Jordaniens, Syriens und Libanons rekrutieren müssen<sup>9)</sup>, wenn sie auch von einer Mehrheit der in Palästina verbliebenen Araber als ihr politischer Repräsentant angesehen wurde. Und anders als der überwiegend mit terroristischen Mitteln geführte Kampf der PLO-Guerillagruppen gegen Israel seit Ende der sechziger Jahre hatte die „Intifada“ von Anfang an die Sympathien der internationalen Medien auf ihrer Seite. Deren ausführliche Berichterstattung hat wesentlich dazu beigetragen, den Aufstand lebendig zu erhalten.

Trotz der gelungenen Mobilisierung fast aller Palästinenser in den 1967 besetzten Gebieten – und inzwischen auch von Teilen der 700 bis 800 000 als israelische Staatsbürger behandelten Araber in den Grenzen von 1949 bis 1967 – zu zahlreichen Formen des Protestes und des aktiven und passiven Widerstandes blieb der Kampf äußerst ungleich. Die nur mit Steinen und Brandflaschen bewaffneten Jugendlichen und Kinder konnten die israelische Armee zwar fast täglich provozieren, aber nicht wirklich „bekämpfen“ und zahlten dafür einen hohen Preis: Bis Mitte 1990 kostete die „Intifada“ über 700 Todesopfer und viele Tausend Schwerverletzte auf arabischer Seite, abgesehen von den Zehntausenden von Verhaftungen und den materiellen Verlusten durch ständige Streiks, israelische Repressalien und die Aufgabe arabischer Arbeitsplätze in Israel.

Die einzige Hoffnung für die Palästinenser bei ihrer opferreichen Dauerkonfrontation mit der Besatzungsmacht bestand von Anfang an in der Mobilisierung der Weltöffentlichkeit für ihre Sache. Tatsächlich haben die Presse- und Fernsehbilder von

<sup>9)</sup> 1948/49 flohen 700–800 000 Araber bzw. wurden vertrieben, blieben jedoch zum Teil noch in Lagern in Palästina (Gaza-Streifen und Westbank). Der Krieg von 1967 führte zum neuerlichen Exodus von mindestens 300 000 Palästinensern. Heute wird die Zahl der Palästina-Flüchtlinge und ihrer Nachkommen allein in Jordanien, Syrien und Libanon auf fast zwei Millionen geschätzt.

prügelnden und schießenden israelischen Soldaten und mißhandelten palästinensischen Zivilisten, darunter viele Frauen und Kinder, auch in Westeuropa und in den USA die Kritik an Israel und das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer Lösung des Palästinenserproblems verstärkt. Dieser „moralische Sieg“ hat indessen bis 1990 nur sehr bescheidene politische Ergebnisse gebracht. Die Ausrufung eines „unabhängigen Staates Palästina“ durch den palästinensischen Nationalrat (eine Art Exilparlament) im November 1988 blieb bisher ebenso folgenlos wie die gleichzeitige indirekte Anerkennung Israels, zu der sich die PLO-Führung seinerzeit erstmals durchgerungen hatte<sup>10)</sup>. Die israelische Regierung blieb bei ihrer kategorischen Weigerung, mit der PLO auch nur zu verhandeln, und wurde von den USA letztlich darin bestärkt. Zwar begannen die USA Ende 1988 einen „offiziellen Dialog“ mit der PLO, brachen diesen aber im Juni 1990 wieder ab und unterließen jeden effektiven Druck auf Israel, ernsthafte Verhandlungen mit den Palästinensern einzuleiten.

Die politische Stagnation trotz andauernder „Intifada“ hat seitdem beide Seiten weiter radikalisiert. Unter den Palästinensern wuchs der Einfluß der fundamentalistischen Bewegung „Hamas“<sup>11)</sup>, die jeden Kompromiß mit den Juden über das „muslimische Land Palästina“ ablehnt und bis zur Zerschlagung des zionistischen Staates kämpfen will. Gleichzeitig richtete sich palästinensische Gewalt immer häufiger gegen „Verräter“ und „Kollaborateure“ in den eigenen Reihen, während die wirtschaftlichen Folgen der „Intifada“ viele Araber zur Auswanderung trieben.

Unter den Israelis wuchs unterdessen die Zahl derjenigen, die für noch härteres Durchgreifen zur Unterdrückung des Aufstandes plädierten oder sogar für einen „Transfer“ der arabischen Bevölkerung in die Nachbarländer – eine milde Umschreibung für eine angestrebte neuerliche Massenvertreibung. Radikale jüdische Siedler in den besetzten Gebieten übten Selbstjustiz gegen steinewerfende Araber und wurden dafür ebenso halbherzig von der israelischen Justiz belangt wie einige wegen besonderer Brutalität angeklagte Mitglieder der israelischen Streitkräfte. Nur eine Minderheit der Israelis wurde durch die „Intifada“ in der Überzeugung bestärkt, Israel müsse zu seiner eigenen Sicherheit

<sup>10)</sup> Dies durch die Anerkennung der UN-Resolutionen Nr. 242 (1967) und 338 (1973), in denen u. a. vom „Recht aller Staaten der Region auf Sicherheit“ die Rede ist; vgl. auch Anm. 6.

<sup>11)</sup> Arabisch: „Eifer“, Akronym für „Bewegung des islamischen Widerstandes in Palästina“. Die „Hamas“ hat ihr politisches Programm im August 1988 in einer „Charta“ niedergelegt.

die Kontrolle über die Westbank und den Gaza-Streifen aufgeben<sup>12)</sup>.

Die israelischen Falken bekamen weiteren Auftrieb, seit die Sowjetunion Ende 1989 ihren jüdischen Staatsbürgern die freie Ausreise zu erlauben begann. Die Aussicht auf eine neue jüdische Masseneinwanderung nach Israel – bis Ende 1992 werden zwei Millionen Juden erwartet<sup>13)</sup> – erweckte bei den Palästinensern schlimmste Befürchtungen, nämlich daß das „Transfer“-Projekt der jüdischen Ultras irgendwann zur offiziellen israelischen Regierungspolitik werden könnte. Dies galt besonders seit dem Ende der großen Koalition Schamir-Peres und der Bildung einer Regierung Schamir, in der nur noch die Rechtsparteien vertreten waren, im Juni 1990. Zwar hat auch diese Regierung bisher stets erklärt, keine sowjetischen Juden würden in den besetzten Gebieten angesiedelt, aber von dieser Zusage Ostjerusalem und seine Vororte ausgenommen. Im Kreise ihrer Anhänger haben rechte Politiker auch wiederholt durchblicken lassen, daß sie in der neuen Einwanderungswelle die Chance zur endgültigen Schaffung eines starken „Groß-Israel“ sehen<sup>14)</sup>.

#### 4. Iraks Entwicklung zum gefährlichsten potentiellen Gegner Israels

So sehr sich der Konflikt mit den Palästinensern „im Inneren“ in den letzten Jahren verschärft hat, so gilt doch nach wie vor, daß eine wirkliche Bedrohung für den Staat Israel nur von außen, nämlich durch das militärische Potential seiner arabischen Nachbarstaaten, entstehen kann. Nach dem Friedensschluß mit Ägypten schien diese Gefahr für Israel längerfristig entscheidend verringert. Dennoch haben Israels Militärstrategen niemals das weitere Umfeld aus den Augen verloren, um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein.

Abgesehen von dem ständigen Rüstungswettlauf mit Syrien galt Israels größte Sorge seit 1979 Saudi-Arabien und dem Irak. Das saudische Staatsgebiet reicht bis 25 km an den Südzipfel Israels heran, und mit ihrem Bestreben, sich „islamisch“ zu legitimieren, wurde die Saudi-Dynastie bei aller engen Anbindung an den Westen von Israel stets als potentiell gefährlicher Feind angesehen. So verhinderten israelische Proteste in den achtziger Jahren wiederholt größere westliche Waffenverkäufe an Saudi-

<sup>12)</sup> Bei einer Umfrage unter Israelis im Juli 1990 sprachen sich nur 30 Prozent für einen Rückzug aus diesen Gebieten aus; vgl. Jerusalem Post vom 10. August 1990, S. 12.

<sup>13)</sup> Bis Ende 1990 sind erst ca. 150 000 sowjetische Juden in Israel eingetroffen. Die Gesamtzahl der jüdischen Bevölkerung Israels beträgt derzeit ca. vier Millionen.

<sup>14)</sup> So zuletzt Schamir am 19. November 1990; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. November 1990.

Arabien, und Israels Einwände gegen dessen Ausrüstung blieben auch nach dem Anlaufen der Operation „desert shield“ im Herbst 1990 bestehen<sup>15)</sup>.

Der wichtigste Gegner Israels – abgesehen von seinen unmittelbaren Nachbarn – blieb jedoch der Irak, der im übrigen auch während der Kriege von 1948/49, 1967 und 1973 jeweils Truppenkontingente an die arabisch-israelische Front entsandt hat. Ein israelischer Albtraum war stets ein effektives Militärbündnis zwischen Syrien, dem Irak und Jordanien, das allerdings wegen der chronischen Rivalität zwischen Syrien und Irak bisher nie zustande kam<sup>16)</sup>. Doch auch schon die seit 1990 sehr intensiv gewordenen Beziehungen zwischen Jordanien und Irak boten Israel Grund genug zur Sorge.

Folgerichtig sah sich Israel als größter Nutznießer des im September 1980 ausgebrochenen irakisch-iranischen Krieges, der den Irak in schwere Bedrängnis brachte und von jedem weiteren Abenteuer abhalten mußte. Die Israelis hatten nicht einmal Hemmungen, das Regime der schiitischen Fundamentalisten in Teheran, die sich zumindest verbal als die unerbittlichsten Kämpfer gegen den Zionismus gebärdeten, wiederholt mit heimlichen Waffenlieferungen zu unterstützen<sup>17)</sup> – wohl wissend, daß 1000 km arabisches Land Israel vom Iran trennen.

Trotz des Krieges am Golf sah sich Israel schon 1981 veranlaßt, mit einem Luftangriff den irakischen Atomreaktor „Osirak“ bei Bagdad zu zerstören. (Ohne diesen Präventivschlag wäre der Irak heute wahrscheinlich bereits – wie Israel selbst – im Besitz von Atomwaffen.) Und als im Sommer 1988 der von der UNO vermittelte Waffenstillstand den irakisch-iranischen Zermürbungskrieg beendete, äußerten israelische Politiker nicht nur Sorge um die Zukunft, sondern fast offenes Bedauern<sup>18)</sup>.

Der Irak war aus dem Golfkrieg als die stärkste Militärmacht der Nahost-Region hervorgegangen. So hatte er sowjetische Kurzstreckenraketen (Scud-B) bis zu einer Reichweite von über 600 km weiterentwickelt und im Februar 1988 erstmals auf Teheran und andere entfernte iranische Städte abgeschossen. Schon seit 1983 hatte die irakische Armee

<sup>15)</sup> Im Oktober 1990 widersetzte sich die israelische Lobby in den USA dem Verkauf von F-15 Kampfflugzeugen an Saudi-Arabien, verzichtete aber auf ein „Veto“ gegen andere Waffenlieferungen; vgl. Jordan Times vom 20. Oktober 1990.

<sup>16)</sup> Vgl. Eberhard Kienle, Ba'th versus Ba'th, London 1990.

<sup>17)</sup> Vgl. Sohrab Sobhani, The Pragmatic Entente: Israeli-Iranian Relations 1948–1988, New York 1989.

<sup>18)</sup> Vgl. Stellungnahmen von Schamir und Peres in: Arab News (Jeddah) vom 20. Juli 1988, und in: Le Monde vom 11. August 1988.

außerdem wiederholt Giftgas gegen iranische Truppen eingesetzt und im März 1988 sogar gegen kurdische Zivilisten im eigenen Land (Halabja). Auch mit konventionellen Waffen war der Irak nach Einkäufen im Wert von 80 Milliarden US-Dollar in den achtziger Jahren besser ausgerüstet als alle Nachbarstaaten, einschließlich Israels<sup>19)</sup>.

Schon seit dem Herbst 1988 waren Andeutungen israelischer Militärs über mögliche weitere „Präventivschläge“ gegen das irakische Arsenal von Massenvernichtungswaffen und irakische Gegenrohungen an der Tagesordnung. Die Spannungen verschärften sich, seit im Frühjahr 1990 auch bei den westlichen Staaten, die mit heimlichen oder offenen Waffenlieferungen seit dem Golfkrieg kräftig zu diesem militärischen Potential beigetragen hatten, die Sorge über das beschleunigt fortgesetzte irakische Aufrüstungsprogramm wuchs. Einige Tage nach der Beschlagnahme für den Irak bestimmter Bauteile zur Zündung von Atombomben auf dem Londoner Flughafen (28. März 1990) sprach Saddam Hussein von einer „internationalen Verschwörung“, die auf die Zerstörung der militärischen Macht des Irak abziele. In diesem Zusammenhang drohte er, im Falle eines israelischen Prä-

ventivangriffs „halb Israel mit chemischen Waffen zu verbrennen“<sup>20)</sup>.

Mit dieser viel publizierten Drohung provozierte der irakische Diktator heftige Proteste in der westlichen Welt, aber überwiegend respektvolle Kommentare in der arabischen Presse<sup>21)</sup>. Saddam Hussein stellte sich in der Folgezeit zielstrebig als Vorkämpfer für die Rechte der Palästinenser dar, z. B. auf der arabischen Gipfelkonferenz in Bagdad vom 26. bis 28. Mai 1990, auf der die Bedrohung Palästinas durch die erwartete Masseneinwanderung sowjetischer Juden das Hauptthema war.

Während israelische Experten Ende 1989 noch mit einer Frist von fünf bis zehn Jahren rechneten, nach der der Irak über einsetzbare Atomwaffen verfügen könnte<sup>22)</sup>, nahm Israel die Bedrohung durch irakische Mittelstreckenraketen, möglicherweise mit Giftgas-Sprengköpfen, sehr ernst. Iraks Staatsgebiet reicht bis 350 km an Israel heran, und spätestens seit Juni 1989 sollen auf dem irakischen Luftwaffenstützpunkt „H-2“ nahe der jordanischen Grenze feste Abschubrampen für solche Raketen installiert sein<sup>23)</sup>.

### III. Die neue Lage nach dem irakischen Einmarsch in Kuwait

#### 1. US-Truppen in Saudi-Arabien zur Präventivverteidigung Israels?

Obwohl zu Beginn kein direkter Zusammenhang zwischen dem arabisch-israelischen Konflikt um Palästina und der irakischen Invasion Kuwaits vom 2. August 1990 bestand, hat die führende Rolle der USA bei den internationalen Gegenreaktionen auf den irakischen Überfall genau diesen Zusammenhang sehr schnell hergestellt. Der amerikanische Präsident Bush sah sich veranlaßt, sofort und mit aller verfügbaren Macht dem Aggressor Paroli zu bieten — im Gegensatz zu der Passivität, mit der die USA seit Jahrzehnten zahllose andere Verletzungen des Völkerrechts im Nahen Osten und in der ganzen Welt hingenommen haben. Indem die USA mit der Entsendung von Truppen nach Saudi-Arabien begannen, bevor noch die Staatschefs der Arabischen Liga zu einer ersten Aussprache über die Kuwait-Invasion zusammentrafen (in Kairo am 10. August), verhinderten sie von vornherein eine

rein „arabische Lösung“ der Krise. Es stimmt zwar, daß viele arabische Regimes eine solche „arabische Lösung“ niemals wollten, da sie aller Wahrscheinlichkeit nach doch nur auf eine Belohnung der Aggression und einen weiteren Machtzuwachs des Irak hinausgelaufen wäre. Dennoch lieferten die USA mit ihrem schnellen Eingreifen allen jenen Kräften im Nahen Osten Argumente, die darin nur ein flagrantes Beispiel neoimperialistischer Hegemonialpolitik sahen.

Bezeichnenderweise kamen die schärfsten Reaktionen auf die brutale Unterdrückung der Kuwaitis nicht von „arabischen Brüdern“, sondern von proisraelischen Kolumnisten amerikanischer Zeitungen, die aus völlig anderen Motiven für eine schnelle und gründliche Bestrafung der Aggressoren Stimmung zu machen versuchten. Kaum daß die ersten amerikanischen Truppen am Golf gelandet waren, wurde bereits verlangt, daß am Ende der Intervention *mindestens* die Vernichtung des irakischen Potentials an Massenvernichtungswaffen stehen müsse<sup>24)</sup>. Als prominentester Verfechter eines

<sup>19)</sup> Vgl. Kenneth Kaplan, The Military Balance 1987—1988: Iraq holds the Key, in: Jerusalem Post vom 24. September 1989.

<sup>20)</sup> Baghdad Observer vom 3. April 1990.

<sup>21)</sup> Arab News vom 4. April 1990 zitiert eine Reihe solcher Kommentare.

<sup>22)</sup> Vgl. Le Monde vom 23. Dezember 1989.

<sup>23)</sup> Vgl. International Herald Tribune vom 31. März 1990.

<sup>24)</sup> Siehe z. B. William Safire, Either Roll Saddam Back Now Or Prepare to Roll Over Later, in: International Herald Tribune vom 8. August 1990; A. M. Rosenthal, Baghdad Must Not Be Left With a Nuclear Capability, in: International Herald Tribune vom 17. August 1990.

baldigen „chirurgischen Schlages“ gegen den Irak meldete sich auch der Ex-Außenminister Henry Kissinger zu Wort<sup>25</sup>).

Nicht nur in der arabischen Welt wurde schon im August 1990 gegargwöhnt, daß ein vernichtender Schlag gegen das irakische militärische Potential das eigentliche Ziel des amerikanischen Engagements sei und nicht nur die Wiederherstellung des Status quo ante in Kuwait. Der Verdacht erhärtete sich nach der Entscheidung zur Truppenverstärkung bis zur „offensiven militärischen Option“ (8. November) und der Verabschiedung der Resolution Nr. 678 des UN-Sicherheitsrates mit dem Ultimatum für den Irak (29. November).

Zweifellos sind Saddam Hussein in den letzten fünf Monaten etliche Chancen gegeben worden, durch einen freiwilligen Abzug aus Kuwait seinen militärischen Apparat vor der drohenden Zerstörung zu retten, zuletzt ausdrücklich in dem Brief des Präsidenten Bush vom 9. Januar 1991. Dennoch spricht einiges dafür, daß die militärische Option von Anfang an von Bush und der Mehrheit der amerikanischen Entscheidungsträger bevorzugt worden ist. Sie vertrauten nicht auf die Wirkung des Handelsembargos und setzten sich durch die große Zahl der entsandten Truppen wohl absichtlich selbst in Zugzwang. Außerdem wurde Saddam bewußt keinerlei Brücke gebaut, die ihm einen Abzug aus Kuwait ohne Gesichtsverlust gestattet hätte.

Es scheint, als hätten sich die USA mit ihrem Engagement am Golf das zentrale Ziel der Abschreckungsstrategie Israels zu eigen gemacht, nämlich den militärtechnologischen Vorsprung Israels vor den potentiellen arabischen Gegnerstaaten aufrechtzuerhalten und jede ernsthafte Bedrohung dieses Machtgefälles präventiv auszuschalten. Somit war es von Anfang an unmöglich, die Golfkrise ganz vom arabisch-israelischen Konflikt „abzukoppeln“. Diejenigen arabischen Regime, die sich mit den USA gegen den Irak verbündet haben, waren sich des Risikos bewußt, im Kriegsfall als indirekte Verbündete Israels dazustehen, und taten daher ihr Möglichstes, um Saddam Hussein zum Einlenken zu bewegen. So beschwor Syriens Hafiz al-Assad am 12. Januar 1991 seinen „Bruder Saddam“ in einem dramatischen Fernsehappell, durch einen Abzug aus Kuwait „den Feinden der arabischen Nation die goldene Gelegenheit zu verderben“<sup>26</sup>). Befürchtungen, daß von einer zu großen Schwächung des Irak nur Israel (und der Iran) pro-

fitieren würden, gab es sogar im saudischen Herrscherhaus<sup>27</sup>).

Saddam Hussein hat seinerseits frühzeitig versucht, seine Aggression gegen Kuwait durch eine weitere Verquickung der Golfkrise mit dem Palästina-Problem vergessen zu machen. Am 12. August schlug er vor, „alle Fragen der Besetzungen . . . in der Region . . . nach den gleichen Prinzipien zu lösen“, darunter vorrangig die Besetzung arabischer Gebiete durch Israel<sup>28</sup>). In der Folgezeit drohte er wiederholt und zusehends unverblümter mit sofortigen Vergeltungsschlägen gegen Israel im Falle eines amerikanischen Angriffs. Israels Regierung reagierte mit schärfsten Gegendrohungen und fand es von Woche zu Woche schwieriger, das von den USA gewünschte „niedrige Profil“ in der Golfkrise zu wahren.

## 2. Palästinensische Fehlreaktionen und ihre Folgen

Dieselben Überlegungen, die die USA und ihre Verbündeten zu schnellen Reaktionen gegen den Irak nach der Besetzung Kuwaits veranlaßt haben, verführten umgekehrt die Palästinenser in den besetzten Gebieten und in Jordanien zu spontanen Solidaritätsbekundungen für Saddam Hussein. In ihm glaubten die unterdrückten und erniedrigten Palästinenser endlich wieder einen arabischen Führer gefunden zu haben, der nicht nur redet, sondern handelt, notfalls der ganzen Welt zum Trotz, und der früher oder später auch Israel mit militärischer Macht besiegen oder wenigstens zum Nachgeben im Konflikt um Palästina zwingen könnte.

Vor der Invasion lebten über 300 000 Palästinenser in Kuwait, das seit Jahrzehnten das bevorzugte Land für palästinensische Arbeitsemigranten war. Trotzdem hatten sie wenig Sympathien für die Kuwaitis, die ihrerseits soziale Distanz zu den „Gastarbeitern“ — darunter viele palästinensische Akademiker und andere Fachkräfte — hielten und jedem die Aufenthaltserlaubnis schnell entzogen, der nicht mehr gebraucht wurde.

Die weitverbreiteten Ressentiments gegen die als arrogant verrufenen Kuwaitis verleiteten anfangs eine Mehrheit der Palästinenser dazu, den Irakern ihre Übergriffe in Kuwait nachzusehen und die Invasion als „Schritt zur Verwirklichung der arabischen Einheit“ zu bejubeln. Ausschlaggebend für die palästinensische Parteinahme für Saddam Hussein war jedoch die Einmischung der USA in den Konflikt. Auch die meisten Untergruppen der

<sup>25</sup>) Vgl. Henry Kissinger, Bush Has Crossed a Rubicon in the Saudi Sands, in: International Herald Tribune vom 20. August 1990.

<sup>26</sup>) Al-Baath (Damaskus) vom 13. Januar 1991.

<sup>27</sup>) Vgl. Caryle Murphy, Saudis Fear Chaos in Mideast if Iraq is Annihilated, in: International Herald Tribune vom 13. November 1990.

<sup>28</sup>) Vgl. Deutsche Welle, Monitor-Dienst Nahost, 13. August 1990, S. 1f.

PLO, einschließlich des PLO-Chefs Yassir Arafat, solidarisierten sich weitgehend mit dem Irak, wenn Arafat auch versuchte, seine Position als „vermittelnd“ darzustellen (ebenso wie der seit der Kuwait-Invasion zwischen allen Stühlen sitzende König Hussein von Jordanien). „Wir können nur im Lager der Gegner Israels und seiner Verbündeten stehen“, erklärte Arafat jedoch Anfang September 1990<sup>29)</sup>.

Indem die meisten Palästinenser ihren proirakischen Emotionen freien Lauf ließen, haben sie zunächst ihrer Sache geschadet und einen Teil des „moralischen Sieges“ des drei Jahre langen Aufstandes wieder verspielt. Die Weltöffentlichkeit verlor durch die Golfkrise das Interesse an der „Intifada“ und fragte sich, wieso die gegen eine Besatzung kämpfenden Palästinenser der Besetzung eines anderen arabischen Landes applaudieren. Die Ölmonarchen der arabischen Halbinsel, seit jeher die wichtigsten Finanziere der PLO, waren erbittert über palästinensische Undankbarkeit und drosselten erheblich ihre Zuwendungen. Selbst die irakischen Besatzungstruppen in Kuwait haben sich inzwischen auch als Unterdrücker der dort lebenden Palästinenser entpuppt<sup>30)</sup>. Vor allem aber haben die Palästinenser einen großen Teil ihrer schon vor der Kuwait-Invasion nur wenigen Fürsprecher in der israelischen Gesellschaft verloren.

Die israelischen Falken fühlen sich seit der Golfkrise in ihrem Vorurteil bestätigt, daß „den Arabern“ grundsätzlich nicht zu trauen sei, weil sie bei aller vorgeblichen Bereitschaft zum Frieden und

Kompromiß letztlich doch immer noch die völlige Vernichtung Israels anstreben würden: Mit den Sympathie-Kundgebungen für einen Massenmörder wie Saddam Hussein hätten die Palästinenser ihr „wahres Gesicht“ gezeigt. Aber auch viele Israelis, die sich bisher für die Rechte der Palästinenser engagiert hatten, erklärten nach der Kuwait-Invasion öffentlich ihr „Umdenken“ und plädierten für ein Festhalten an den 1967 eroberten Gebieten aus Sicherheitsgründen.

Der wechselseitige Haß zwischen Arabern und Juden wurde durch den Aufruhr am Jerusalemer Tempelberg vom 8. Oktober 1990, bei dem israelische Polizisten 20 Palästinenser erschossen, weiter aufgeheizt. Seitdem häuften sich die Fälle von arabischen Angriffen auf einzelne Juden mit tödlichen Waffen und von jüdischen Racheakten, während Israels Regierung immer mehr Schritte ergriffen hat, um die Araber aus der Westbank und dem Gaza-Streifen am Zugang zum israelischen Kernland zu hindern.

Anfang 1991 befinden sich die Palästinenser mithin in einer noch viel bedrückenderen Situation als vor Beginn des Aufstandes 1987: wirtschaftlich ausgeblutet durch drei Jahre „Intifada“ und den fast völligen Ausfall von Geldzuwendungen aus den Golfstaaten — sowohl von deren Regierungen als auch von den dort lebenden Angehörigen —, zermürbt durch interne Abrechnungen und den Vormarsch der Extremisten in den eigenen Reihen und konfrontiert mit einer mehr denn je aggressiven und expansiven israelischen Übermacht.

## IV. Der Golfkrieg und sein mögliches Nachspiel

### 1. Der schwerste Rückschlag für die Araber seit 1967

Während noch nicht abzusehen ist, wie lange der Irak den Angriffen der alliierten Übermacht standhalten wird, und ob Israel zur aktiven Beteiligung am Golfkrieg provoziert werden kann, so steht ein Ergebnis jetzt schon fest: Von der in Jahrzehnten aufgebauten und in acht Jahren Krieg gegen den Iran erprobten Militärmaschine des Irak wird nur ein Bruchteil übrig bleiben. Der einzige arabische Staat, der Israel noch ernsthaft bedrohen konnte, wird auf viele Jahre hinaus als Machtfaktor ausgeschaltet sein. Vielmehr steht ihm eine Phase der inneren Konflikte zwischen sunnitischen und schiitischen Arabern und der kurdischen Minderheit bevor, an deren Ende vielleicht die Machtüber-

nahme der schiitischen Bevölkerungsmehrheit stehen wird. Der Irak könnte sich dann politisch an die Islamische Republik Iran anlehnen und zum Außenseiter in der überwiegend sunnitischen arabischen Staatenwelt werden.

Saddam Hussein sah sich in der Rolle eines „neuen Saladin“ und Einigers der arabischen Welt, aber seine skrupellosen Methoden haben das Gegenteil erreicht: Die 200 Millionen Araber sind heute zersplitterter und schwächer denn je. Die Monarchien der arabischen Halbinsel, auf deren Reichtum sich die Begehrlichkeiten der 90 bis 95 Prozent aller Araber richten, die in den armen Staaten leben — zu den Armen wird man in den nächsten Jahren auch die 17 Millionen Iraker zählen müssen —, haben sich selbst zu Protektoraten der westlichen Großmächte degradiert. Sie werden in den kommenden Jahren vielleicht noch weniger bereit sein, ihren Reichtum mit den „arabischen Brüdern“ zu teilen, von denen viele nach der Kuwait-Invasion

<sup>29)</sup> Vgl. Le Monde vom 5. September 1990.

<sup>30)</sup> Vgl. International Herald Tribune vom 19. November 1990, S. 5.

Saddam Hussein zugejubelt haben. Einzig Ägypten, Syrien und Marokko, deren Regime loyal zu Saudi-Arabien und Kuwait gestanden haben, können auch künftig auf die Großzügigkeit der Erdölmonarchen rechnen. Besonders Ägypten wird als wichtigster arabischer Verbündeter dieser Staaten vom Ausgang des Golfkrieges profitieren.

Als große Verlierer erscheinen auch die Palästinenser, oder zumindest die PLO, deren Führer Arafat sich mit seiner Parteinahme für Saddam Hussein so viele Feinde wie nie zuvor in der arabischen Welt geschaffen hat. Vielleicht werden die Golfstaaten nach dem Ende des Krieges ihre Geldzuwendungen an die Palästinenser in den besetzten Gebieten wieder aufnehmen, um verlorene arabische Sympathien zurückzugewinnen, aber sie werden bestimmt ein Interesse daran haben, die PLO als Organisation zu schwächen. Der PLO bleiben dann nur noch Staaten wie Algerien und Libyen als finanzielle Förderer, ihre übrigen Sympathisanten sind selbst hilfsbedürftig.

## 2. Chancen für eine neue Friedensordnung im Nahen Osten?

Vordergründig sieht es so aus, als ob nach einer Niederlage des Irak der Staat Israel auf viele Jahre hinaus die unangefochtene militärische Macht im Nahen Osten sein wird und weiterhin aus einer Position der Stärke Tatsachen in Palästina zu Lasten der arabischen Bevölkerung schaffen kann. Einiges spricht jedoch dafür, daß auch die Israelis in naher Zukunft Abstriche von ihren Ansprüchen und Ambitionen machen müssen.

Die irakischen Raketen auf Israel haben unter anderem ein Versagen der rein militärischen Abschreckung zum Schutz des Judenstaates gezeigt. Ein Fanatiker wie Saddam Hussein hat sich auch durch die Androhung „hundertfacher Vergeltung“ nicht abschrecken lassen, und er hätte mit Sicherheit auch noch schlimmere Waffen eingesetzt, wenn sie ihm zur Verfügung gestanden hätten. Auch hochmoderne Abwehrwaffen bieten, wie gesehen, keinen absoluten Schutz. Die irakischen Raketenangriffe und die schadenfrohen Reaktionen darauf bei Palästinensern und anderen Arabern zeigen vielmehr, daß Israel das Problem seiner Sicherheit langfristig nur lösen kann, wenn es an der Wurzel angepackt wird: Die Ursachen für unversöhnlichen Haß auf arabischer Seite müssen beseitigt werden.

Dies wird ohne Zugeständnisse an die Palästinenser nicht möglich sein. Und trotz der weiter fortgeschrittenen Entfremdung zwischen Israelis und Palästinensern seit der Golfkrise gibt es Chancen für einen israelischen Gesinnungswandel. Die Zu-

nahme gewaltsamer Anschläge von Palästinensern seit Ende 1990 hat auch wieder mehr Israelis davon überzeugt, daß eine Koexistenz zwischen Juden und Arabern in einem Staat unter den seit 1967 herrschenden Bedingungen nicht länger aufrechterhalten werden kann.

Die Israelis werden zwar niemals der Errichtung eines arabischen Staates oder Teilstaates in Palästina zustimmen, solange sich wichtige arabische Staaten noch im Kriegszustand mit ihnen befinden. Aber nach dem Ende des Golfkrieges könnten auch die Voraussetzungen für die Beseitigung dieses Hindernisses geschaffen werden. Bemerkenswert war in der ersten Kriegswoche das Verhalten der Saudis und der Syrer, die Israel sogar eine „begrenzte“ Vergeltung für die irakischen Raketenangriffe zubilligen wollten. Diese beiden Staaten könnten in der Nachkriegsphase sogar zu einem formellen Frieden mit Israel bereit sein, wenn minimale Rechte der Palästinenser dabei gewahrt bleiben.

Die Araber sind in den über fünfzig Jahren seit der Existenz Israels schrittweise von ihrer früheren „Alles-oder-nichts-Haltung“ abgerückt und haben sich inzwischen mehrheitlich mit diesem Staat abgefunden, wenn auch nicht mit dessen vollständiger Einverleibung Palästinas. Eine internationale Nahost-Konferenz nach dem Ende des Golfkrieges könnte also durchaus zu Ergebnissen führen – wenn denn Israel, das sich bisher immer dagegen gesperrt hat, zur Teilnahme daran gezwungen werden kann.

Hier liegt die Schlüsselrolle der USA und der gesamten westlichen Allianz, die ihre neugewonnene Machtposition im Nahen Osten entsprechend nutzen müßten. Die USA haben durch ihren entschlossenen Einsatz gegen die Annexion Kuwaits eine nie dagewesene Glaubwürdigkeit als Schutz- und Garantiemacht für alle Staaten der Region, besonders Israels gewonnen, und haben sich im übrigen auch erstmals direkt an der militärischen Verteidigung Israels (mit Patriot-Raketen) beteiligt. Sie wären also durchaus in der Lage, Israel einen Ersatz für die bisher immer so hartnäckig verlangten „sicheren Grenzen“ zu bieten.

Wenn nun, wie zu erwarten ist, der Irak mit Waffengewalt dazu gezwungen werden kann, die UN-Resolutionen bezüglich Kuwaits zu erfüllen, so sollten über die Resolutionen Nr. 242 und 338, die einen Abzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten verlangen, zumindest Verhandlungen möglich sein. Wird dagegen diese Chance nicht genutzt, so wird keine noch so große arabische Niederlage ein erneutes Wettrüsten und schließlich einen weiteren arabisch-israelischen Krieg in der Zukunft verhindern können.

## **Bassam Tibi: Der Irak und der Golfkrieg. Regionale Faktoren der irakischen Invasion Kuwaits**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7-8/91, S. 3-11

Der irakischen Einverleibung Kuwaits (Einheit von Irak und Kuwait als erste Stufe zur arabischen Einheit) lagen nüchterne ökonomische und geopolitische Ursachen zugrunde. Es ging um finanzielle Ansprüche des durch den Iran-Irak-Krieg mit 70 Milliarden US-Dollar verschuldeten Iraks und um die Forderung des Aggressor-Staates nach einem für den Aufbau eines Tiefwasserhafens geeigneten Zugang zum Golf.

Der Panarabismus Saddam Husseins wurde nach der Invasion Kuwaits ideologisch um weitere Aspekte bereichert: der politische Islam (Aufruf zum Jihad/Heiligen Krieg gegen den Westen) und die Bindung der Kuwait-Frage an die Palästina-Frage (die israelisch besetzten Gebiete). Dadurch konnte Saddam Hussein gleichermaßen bei den islamischen Fundamentalisten und den Palästinensern große Zustimmung und Popularität erlangen.

Innenpolitisch ist der Konflikt im Kontext der Etablierung der totalitären Baath-Herrschaft im Irak zu sehen, während er regional in den Zusammenhang der Bemühungen des Iraks, die pan-arabische Führung nach dem Abstieg Ägyptens zu übernehmen, einzuordnen ist. Neben diesen innenpolitischen und regionalen Faktoren trug die Auflösung der Nachkriegsweltordnung zu der Entstehung einer irakischen Illusion bei, daß die Welt tatenlos der irakischen Annexion Kuwaits zusehen würde. Auch glaubte Saddam Hussein, daß trotz dieser Veränderung die Sowjetunion nach wie vor auf irakischer Seite gegen die USA stehen würde. Der Helsinki-Gipfel brachte eine Ernüchterung für die irakische Führung.

## **Gunther Hellmann: Der Krieg um Kuwait: Katalysator einer „neuen Weltordnung“ oder Vorbote neuer Konflikte?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7-8/91, S. 12-26

Die irakische Invasion Kuwaits und die Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft markieren einen bedeutsamen Einschnitt in der Nachkriegsgeschichte. Nie zuvor seit Bestehen der Vereinten Nationen ist das Krisenmanagement der Weltorganisation in einer vergleichbar konzertierten Strategie eingesetzt und von einer derart breiten Koalition unterstützt worden. Ähnliches gilt für die Rolle der USA und der Sowjetunion in dieser Krise. Seit dem Zerfall der Anti-Hitler-Koalition nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatten sie bei der Bewältigung internationaler Krisen nie mehr derart eng zusammengearbeitet. Wie es zu dieser präzedenzlosen Zusammenarbeit der beiden ehemaligen Kontrahenten kam und worin möglicherweise die Implikationen für die zukünftige Weltordnung bestehen, wird in diesem Beitrag untersucht.

Was im August 1990 als scheinbar begrenzte Militäraktion eines nach regionaler Hegemonie strebenden Diktators begann, hat sich nach fünfeinhalb Monaten zu einem Krieg ausgeweitet. Auch wenn aus ihm im Vergleich zu den beiden anderen großen Kriegen dieses Jahrhunderts kein „Weltkrieg“ wird, so wird er doch zweifelsohne Konsequenzen haben, die über die unmittelbar betroffene Region des Nahen und Mittleren Ostens weit hinausreichen. Ob am Ende eine von vielen propagierte, qualitativ „neue“ Weltordnung stehen wird, hängt von mehreren Faktoren ab: dem weiteren Verlauf des Krieges selbst, der Bereitschaft der USA und der UdSSR, auch zukünftig im Rahmen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, der Fortschreibung des UN-Instrumentariums zum internationalen Krisenmanagement und der sicherheitspolitischen Entwicklung in mehreren krisenträchtigen Weltregionen.

## **Ferhad Ibrahim: Saudi-Arabien im nahöstlichen regionalen System**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7-8/91, S. 27-37

Der Krieg um Kuwait beweist erneut die Unhaltbarkeit der lange propagierten Stellung Saudi-Arabiens als „Stabilitätsmacht“ im Nahen Osten: Es hat weder die adäquaten Machtinstrumente noch ein Konzept zur Gestaltung der Regionalpolitik. Die politische Landschaft im Nahen Osten änderte sich nach dem Camp-David-Abkommen und nach dem irakisch-iranischen Krieg grundlegend.

Saudi-Arabien unternahm den Versuch, durch die Gründung des Golfkooperationsrats die politische, ökonomische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit zu forcieren, um neben dem Irak und dem Iran als eine dritte regionale Kraft aufzutreten. Die hegemonialen Bestrebungen der neuen Militärmacht Irak bedrohten seit dem Waffenstillstand im Golfkrieg 1988 die Sicherheit der Staaten des Golfes. Die militärische Schwäche Saudi-Arabiens zwang sie, trotz offensichtlicher Gefahr, zur Zusammenarbeit mit dem Irak. Die irakische Invasion in Kuwait war eine Konsequenz dieses erzwungenen Arrangements.

Saudi-Arabien und die Golfstaaten werden in der Nachkriegszeit gezwungen sein, mit Ägypten und Syrien ein arabisches Sicherheitssystem zu etablieren.

## **Andreas Rieck: Der Golfkrieg als Schlüsselereignis für den arabisch-israelischen Konflikt**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7-8/91, S. 38-46

Durch die schnelle und machtvolle Reaktion der USA und anderer westlicher Staaten auf den irakischen Einmarsch in Kuwait ist die Krise am Golf untrennbar mit dem arabisch-israelischen Konflikt verknüpft worden. Die USA als Hauptschutzmacht Israels verfolgen mit ihrem Engagement gegen einen aggressiven und expansiven Irak sehr ähnliche Ziele wie Israel selbst, das sich seit einigen Jahren vom Irak mehr als von jedem anderen Staat bedroht fühlt.

Das Kernproblem zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn ist jedoch die Palästinafrage. Wenn es Israel gelänge, mit den Palästinensern einen Kompromiß über die Aufteilung der Souveränität zu finden, würden die arabischen Staaten sich einem Friedensschluß heute nicht mehr widersetzen. Der seit Ende 1987 andauernde Volksaufstand der Palästinenser („Intifada“) hat aber bisher nicht zu einem Gesinnungswandel bei der Mehrheit der Israelis geführt, die an den 1967 eroberten Gebieten festhalten wollen. Seit der Golfkrise haben sich die Fronten hier weiter verhärtet.

Der am 17. Januar ausgebrochene Krieg bietet dennoch Chancen, daß an seinem Ende auch der israelisch-arabische Konflikt einer Lösung näher gebracht wird. Der Erfolg wird davon abhängen, wie die westliche Allianz ihre nach einer Niederlage des Irak gewonnene neue Machtposition im Nahen Osten zu nutzen weiß.